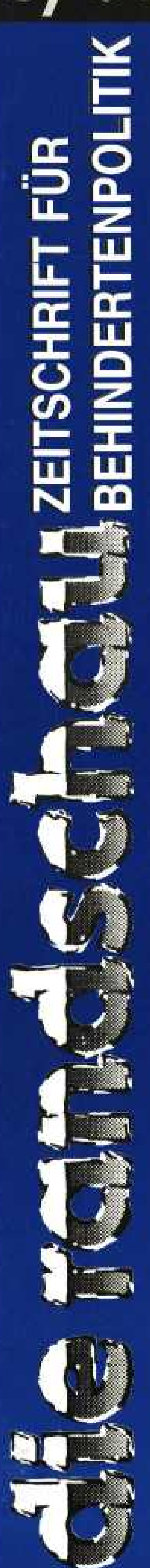
NR
3/97

Hg.: 'krüppeltopia' e.V. · Jordanstraße 5 · 34117 Kassel
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt

12. JAHRGANG EINZELPREIS 7 DM VKZ P4356F



2 SZENE WOHIN?

die randschau ist tot
es lebe die randschau!

Beim Übergabetreffen mit der alten Redaktion im Juli waren leider nur drei neue Interessentinnen da. Das reicht nicht, um eine Zeitung zu machen! Wir, die „Neuen", finden es total wichtig, daß die randschau weiter besteht. Daher suchen wir unbedingt noch weitere InteressentInnen und/oder feste MitarbeiterInnen.

Wir wollen, daß die randschau weiterhin ihre radikale politische Position behält und weiterhin so informativ ist.

Wir wollen, daß die randschau ein autonomes, antihierarchisches KrüppelInnenprojekt ist.

Wir wollen auch weiterhin ein Forum bieten für die verschiedenen Strömungen der Behinderten- und Krüppelszene.

Wir wollen künftig Frauenthemen mehr Raum geben, daher suchen wir insbesondere feministisch interessierte Frauen für die neue Redaktion.

Wir brauchen: Auf jeden Fall mehr Leute!

Wir brauchen radikale Menschen mit kunterbunten Behinderungen.

Wir brauchen Leute mit Verantwortungsbewußtsein und Ausdauer, die Lust haben sich auf dieses Zeitungsprojekt einzulassen.

Ihr braucht: Mindestens eine Behinderung! (ohne Attest)

Ihr braucht nicht notwendigerweise Erfahrung mit Zeitungsarbeit zu haben.

Noch ein paar Infos zum Schluß:

Für die Layout-Arbeit hat sich schon eine Frau gemeldet.

Im September ist ein Treffen der neuen Redaktion, wir sind auch danach noch für neue Leute offen.

Wir freuen uns auf möglichst viele risikofreudige MitstreiterInnen!

HEIKE LENNARTZ, HAMBURG / TANJA MUSTER, BREMEN

KONTAKT-ADRESSE FÜR INTERESSENTINNEN:
Ulrike Rieß • Zum Knick 19 • 29439 Lüchow
Tel. 058 64/ 12 40 oder 058 64/ 416

INHALT

Die Redaktion gratuliert dem Verein zur Förderung der Integration Behinderter - fib e.V., Marburg/Lahn, zum 15-jährigen Bestehen, dem Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter - fab e.V., Kassel zum 10-jährigen und dem Berliner Spontanzusammenschluß 'Mobilität für Behinderte" ebenfalls zum 10-jährigen. Machts weiter gut und bleibt uns gewogen. **Die Redaktion**

Sommerloch und kein Ende: Ohne Zweifel wurde die Produktion dieser Nummer von besonders schwierigen Umständen begleitet, allem voran dem krankheitsbedingten „Totalausfall“ unseres für den diesmaligen Schwerpunkt verantwortlichen Rdedakteurs Thomas Schmidt. Glücklicherweiser ist die Redaktion dank jahrelanger Erfahrung mit Arbeit im Chaos inzwischen so gestrickt, daß ein derartiges Unglück nicht auch gleich den Totalausfall des Schwerpunktes oder gar der ganzen Nummer zur Folge hätte. Aber: Es fehlte jemand bei der Redaktionsarbeit und besonders am Redaktionswochenende, es fehlten seine treffsicheren Kommentare und nicht zuletzt auch seine Schreibe für das „aus der redaktion“. Inzwischen ist Thomas wieder halbwegs genesen und wir sind seeehr froh darüber.

Der Zulauf für ein erstes Treffen der an der Mitarbeit einer neuen Redaktion Interessierten war dann doch nicht so überwältigend, wie wir uns erhofft hatten: Gerade mal dreieinhalb ambitionierte Jungredakteurinnen kamen nach Kassel. Nach ganz kurzfristiger Enttäuschung setzen wir nun auf die konstruktive Planung und die unverbrauchte Energie der Neuredaktion in Gründung: „Szene wohin?“ - diese Frage betrifft ja nicht zuletzt auch die Zukunft der randschau und uns als scheidende Redaktion. *die randschau* verändert sich, sie hat dies in den vergangenen Jahren getan und wird dies wohl auch in Zukunft tun. Veränderung tut wohl Allen gut, auch unserer Zeitschrift. Zum Beginn des nächsten Jahres wird eine neue Generation von RedakteurInnen an dieser Stelle das Wort ergreifen, neue und alte Themen aufgreifen und der Behindertenpolitik eine Stimme und ein Gesicht geben. Wir wünschen uns eine neue Redaktion, die den Enthusiasmus hat, die Dinge beim Namen zu nennen und ein Forum zu sein, für die verschiedenen Diskussionen der behindertenpolitisch Interessierten. Wir bitten alle LeserInnen an dieser Stelle darum, *die randschau* bei den bevorstehenden Veränderungen weiter kritisch zu begleiten und gewogen zu bleiben. Wir werden in der nächsten Ausgabe noch detailierter auf die 'Übergabe' eingehen und verweisen bis dahin auf den nebenstehenden Aufruf der 'Neuen'.



Ja, und dann ist wieder einmal das eingetreten, wofür wir so oft kritisiert werden: Auch diese Nummer erscheint sehr männerdominiert. Obwohl die Beiträge völlig geschlechtsneutral zum Beispiel bei den Zentren für Selbstbestimmtes Leben angefragt wurden, kamen die Rückmeldungen fast ausschließlich von Männern. Spekulieren können wir an dieser Stelle nur, ob das daran liegt, daß Frauen mit einer Fragestellung wie „Szene wohin?“ nicht viel anzufangen wissen, sich nicht so ganz unter dem omminösen Sammelbegriff „Szene“ fassen lassen wollen, immernoch die Öffentlichkeitsarbeit in „gemischten“ Initiativen bzw. Institutionen scheuen oder - bestenfalls - auf den Frauenschwerpunkt der nächsten Nummer setzen (siehe auch Aufruf zur Beteiligung am nächsten Schwerpunkt!). Auf keinen Fall glauben wir, daß den Frauen die Visionen fehlen! Vielleicht wird es der neuen - allem Anschein nach zumindest zahlenmäßig eher frauendominierten -Redaktion eher gelingen, hier Impulse zu geben.
Trotz allem, nachdem die Beteiligung an diesem Schwerpunkt - auch aufgrund der oben beschriebenen Umstände - zunächst schleppned anlief, waren wir doch sehr erleichtert, als schließlich beim Redaktionswochenende sonntagsnachmittags, also lange nach Redaktionsschluß (!), noch einige Beiträge mit erfrischenden Stellungnahmen und Einschätzungen durchs Fax tickerten.
In diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen!
DIE REDAKTION

VORSCHAU SCHWERPUNKT 4/97 - **ENDLICH WIEDER EINE „FRAUENNUMMER“!**

Lange hat es gedauert, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, daß es auch unter behinderten Menschen Männer und Frauen gibt. Seit dem ist, zumindest in bestimmten Kreisen, viel von behinderten Frauen und über behinderte Frauen geschrieben worden, auch hier in der randschau. Dies ist Anlaß für uns, in der letzten Ausgabe der randschau für 1997 diese Entwicklungen genauer zu betrachten und einen Ausblick zu wagen.

Das Themenheft „Ungleiche Schwestern“ liegt vier Jahre zurück. Wir wollen der Frage nachgehen, ob sich das Thema „behinderte Frauen“ „nur“ verbreitert hat oder es auch vertieft werden konnte. Wie steht es mit der Spurensuche in bisher unentdeckten Bereichen, mit neuen Ansätzen und Ideen?

Für diesen Schwerpunkt haben wir vier inhaltliche Bereiche geplant: „Boom“ des Themas - was hat sich wirklich getan? Wie sehen die Krüppelfrauen, die 1981 meinten, daß Krüppelsein zu keiner Mode paßt, und andere behinderte Frauen die Gründung von Netzwerken für behinderte Frauen, die Durchführung internationaler Frauenkongresse oder die Frage der rechtlichen Gleichstellung? Welche Netzwerke und Projekte für behinderte Frauen gibt es zur Zeit? Wie ist der Stand ihrer Arbeit und welche Ansätze verfolgen sie?
Behinderte Frauen werden zum Forschungsthema. Welche Forschungsprojekte gibt es und welche Ziele verfolgen sie? Was bedeutet es für uns als behinderte Frauen, zunehmend zu Forschungsobjekten zu werden?
Welche konkreten Projekte gibt es, die Bildungs- und Beratungsangebote für Mädchen und Frauen mit Behinderungen anbieten? Nach welchen Ansätzen arbeiten sie?

Viele Fragen, die wir keinesfalls alleine beantworten können und wollen. Deshalb sind wieder vielfältigste Beiträge, Infos und Fotos willkommen. Redaktionsschluß ist der 15. Oktober. Sendet Eure Beiträge, am besten auf Diskette, an :

Ulrike Lux, Friedensplatz 6, 35037 Marburg, Tel. 06421/ 25029,
oder an Katrin Metz, Zwiestädter Str. 10, 12055 Berlin, Tel. 030/ 685 17 73.

magazin



Ausbildung zur PR-Assistenz

(blip) Die Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main plant einen neuen Ausbildungsgang für stark sehgeschädigte Menschen. Unter dem Titel 'PR-Assistenz in Institutionen mit sozialem Auftrag' werden im Verlauf von zwei Jahren Theorie und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit vermittelt. Den Abschluß bildet eine anerkannte staatliche Prüfung. Zugangsvoraussetzung ist die allgemeine Hochschulreife. Interessierten melden sich bei der Stiftung Blindenanstalt, Frau Hollerbach, zu melden. Die Anschrift: **Adlerflychtstr. 8-14, 60318 Frankfurt/Main, Tel.: 069 / 95512461**

Fachtagung in Hannover

Unter dem Titel: "Wohnen - ambulant betreut oder stationär - aber immer selbstbestimmt - Ein Schritt auf dem Weg zum selbstbestimmten Leben für Menschen mit Behinderung" führt der NLK - Niedersächsische Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. vom 13. bis 14. November 1997 eine Fachtagung in Hannover durch. Geworben wird mit "namhaften ReferentInnen", die auf den "strukturellen Wandel (sich) veändernder Dienstleistungssystem(e)" versuchen Antworten zu finden. Geladen wird zum Meinungsaustausch zwischen "allen beteiligten Personenkreisen". **Infos bei: NLK, Emil-Meyer-Str. 20, 30165 Hannover, Tel.: 0511 / 35 22 147, Fax 0511 / 35 21 667**

REHA '97

(Presseerkl.) Die zweijährliche Großveranstaltung der bundesdeutschen und zum Teil internationalen Hilfsmittelmafia findet in diesem Jahr vom 22. bis 25. Oktober wieder in Düsseldorf statt. Italien, diesmal Partnerland der Ausstellung, realisiert mit der 'Cittá Ideale', auf mehreren hundert Quadratmetern, die ideale Stadt - im Stil der Rennaissance, für Menschen mit Behinderungen. Die Presseabteilung der Messe Düsseldorf ist hingeriss. „Rückblickend auf en von der behindertengerechten Gestaltung des Rathauses, eines Supermarktes, einer Autowerkstatt oder des Reisebüros. Etwa 750 Aussteller aus 24 Nationen wollen ihre Hilfsmittel auf einer Fläche von 27.000 Quadratmetern an die knapp 50.000 erwarteten BesucherInnen bringen. Die Konsummeile des Sanitätshandels ist auch der Treffpunkt der bundesdeutschen Behindertenverbände. Und alle, alle werden sie kommen.

'beiträge' zwanzig Jahre alt

(Presseerkl.) Die 'beiräge zur feministischen theorie und praxis' hat soeben ihre Jubiläumsausgabe zum zwanzigjährigen Bestehen herausgebracht und ist somit sicher die älteste feministische theoretische Zeitschrift in der BRD. Im Jubiläumsheft halten die Autroinnen Rückschau auf ihre zwanzigjährige Geschichte, beschreiben die Bedeutung der 'beiträge' für die Frauenbewegung und formulieren Zukunftserwartungen an das feministische Projekt. 'die ranschau' gratuliert recht herzlich - auch in der Hoffnung ein solch ehrbares Alter erreichen zu können. Wer das Jubiläumsheft bestellen möchte, wende sich an **Verlag 'beiträge', Niederichstr. 6, 50668 Köln (120 S., 23 DM)**

IMPRESSUM

Herausgeberin: 'krüppeltopia' e.V., Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 7 28 85 51, Fax: 7 28 85 29

Ressorts & Redaktionsadressen

- *Bücher/Rezensionen:* Redaktion Berlin, Ursula Aurien, Barbarossastr. 24, 10779 Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76
- *Abo/Vertrieb:* die randschau - Redaktion Kassel, Ralf Datzer, Jordanstraße 5, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 7 28 85 51, Fax: 0561 / 7 28 85 29, e.mail: randschau@asco.nev.sub.de
- Redaktion Marburg, Ulrike Lux / Jörg Fretter, Friedensplatz 6, 35037 Marburg, Tel.: 06421 / 25 0 29, e.mail: 0642125029-0001@t-online.de
- *Anzeigen:* Redaktion Kassel, Christof Rill, Weidstücker Str. 9, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 84355
- *Magazin:* Redaktion München, Thomas Schmidt, Ridlerstr. 60, 80339 München, Tel.: 089 / 54 07 27 94
- Redaktion Essen, Volker van der Locht, Grendplatz 4, 45276 Essen, Tel.: 0201 / 51 26 47, Fax: 0201 / 51 97 92
- Redaktion Bonn, Martin Seidler, An der Josefshöhe 21, 53117 Bonn, Tel./Fax: 0228 / 67 98 29, e.mail: M-G.Seidler@t-online.de

Ständige MitarbeiterInnen:

Ursula Aurien (Berlin), Martin Seidler (Bonn), Volker van der Locht (Essen), Thomas Schmidt (München), Christof Rill (Kassel), Ralf Datzer (Kassel), Ulrike Lux (Marburg), Jörg Fretter (Marburg) **V.i.S.d.P. dieser Ausgabe:** Jörg Fretter (Marburg)

Die *Cassettenausgabe* der randschau wird betreut durch durch die Aktion Tonbandzeitung für Blinde e.V., Holzminden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden. Als Speichermedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

ABO Preise: Preis für 4 Ausgaben 25,- DM / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 7,- DM & 2,- DM Porto/ Verpackung (Abobestellungen an die Herausgeberin)

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 503 53) Konto-Nr.: 1009 424 (Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau)

Erscheinungsweise: vierteljährlich *Auflage:* 2.500 *Satz:* randschau-Team, Kassel *Druck:* DER DRUCKLADEN, Kohlenstraße 32, 34121 Kassel

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehals. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Darstellung des Grundes zurückzusenden.

Dieser Ausgabe liegt das Faltblatt 'Selbstbestimmt Leben KONKRET' Nr 3/97 der ISLe.V. bei, wir bitten um Beachtung.

„Alternative Filmfestspiele Berlin"

Vom 18. bis 20. Juli 97 veranstaltete die Interessengemeinschaft behinderter Studierender in den Räumen der Berliner Humboldt-Universität einen Kurzfilmwettbewerb zum Thema Behinderung.

Den ersten Preis, der mit 3.000 DM dotiert war, erhielt Calle Overwegs Dokumentarfilm „Fünf Moskauer Musikanten oder das Leben ist ein Witz, ein trauriger." „12 Bilder für Konrad" von Katharina Werner wurde mit dem zweiten Preis ausgezeichnet. Der dritte Preis ging zu gleichen Teilen an die Dokumentarfilme von Johannes Kley „Sie kennen Trudchen Lüscher nicht!" und „Helle Nächte" von Werner Fernengel. Besonders erwähnt wurde darüber hinaus der Film „ Oh Mitternahcht - Oh Sonnenschein. Begegnung mit Christian Specht" von Thomas Winkelkotte und Imma Harms.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion waren sich die TeilnehmerInnen weitgehend einig, daß die gegenwärtige Situation an den Kunst- und Filmhochschulen, Musik- und Schauspielschulen eine unannehmbare Benachteiligung behinderter Menschen darstellt. Bezeichnenderweise nahmen weder der Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf", Prof. Dr. Wiedemann noch der Rektor der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch" Dr. Völker an der Podiumsrunde teil.



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Wendländische Handybiketage ein voller Erfolg

Juli 97: Das ISBB Trebel hatte zu den ersten wendländischen Handbiketagen eingeladen. Alles war erlaubt, solange es nicht benzinbetrieben war. Allen voran natürlich die Handbikes, aber auch Fahrräder in allen Varianten, E-Rollis, Inline-Skates ...

Und es war Klasse! In der Bilderbuchlandschaft des Wendlands - ideal zum Rollibiken - gab es für jeden etwas: für die Schnellfahrer, die jedoch dafür nicht extra belohnt wurden, für die Geruhsamen, die die Natur genossen und die Touren bei einem Schwätzchen mit anderen TeilnehmerInnen eher gemütlich angingen und für die E-Rolli-FahrerInnen, die von einem Service-Wagen eingesammelt wurden, wenn die Batterie schlapp machte. Wenn 10 Leute unter einem Geragendach überraschend mit Kaffe bewirtet werden, gerät sogar ein mittelprächtiger Wolkenbruch zu einem „event". Schlichtweg Begeisterung erntete ein Masseur, der in der Lokalzeitung von den Handbiketagen gelesen hatte, daraufhin einfach seine Massageliege ins Auto packte und die ankommenden mehr oder müden „KriegerInnen" kostenlos mit einer Masage verwöhnte.

Für das leibliche Wohl wurde ebenfalls bestens gesorgt und alle waren sich einig: Die Handbiketage sollen im nächsten Jahr auf jeden Fall wieder stattfinden. Das findet auch die rollibikesüchtige Schreiberin.

„Lesben und Lesben lassen"

(aus der Post) ist das Thema des 24. Lesbenfrühlingstreffens (LFT), das vom 29.5. bis zum 1.6.1998 in Freiburg stattfinden wird. Es wird wieder ein großes Angebot an Workshops, ein Kulturprogramm und Stände geben. Unsere einzelnen Untergruppen rotieren schon auf hohen Touren und suchen eifrig nach Referentinnen und Künstlerinnen für das Nachtleben. Wir rechnen mit zwei- bis viertausend Besucherinnen.

Wir möchten allen Lesben, die zum LFT kommen wollen dies ermöglichen. Wir möchten uns deshalb auch besonders an Andersfähige Lesben wenden. Lesben, die spezielle Informationen zum LFT (Räumlichkeiten, Entfernungen zwischen den Veranstaltungsorten, etc.) benötigen, Lesben, die auf irgendeine Form der Assistenz angewiesen sind, Lesben, die Assistenz anbieten möchten, gehörlose Lesben und Lesben, die als Gebärdendolmetscherinnen zum LFT kommen wollen, ... möchten wir bitten, sich möglichst frühzeitig mit uns in Verbindung zu setzen. Unser Ziel ist, daß jede, die spezielle Infos, Assistenz, einen besonderen Schlafplatz oder die Übersetzung in die Gebärdensprache benötigt, dies auf dem LFT auch erhält. Wir sind dabei allerdings auf Eure Mithilfe, auf die Infoweitergabe durch Euch und einen Austausch mit Euch angewiesen. Bitte schreibt an:

LFT '98 - Medusa e.V.,
c/o Frauenzentrum Freiburg,
Schwarzwaldstr. 107, 79117 Freiburg

Wir freuen us auch über jede finanzielle Unterstützung:
Sparkasse Freiburg, BLZ 680 501 01, Kto.nr. 2 149 749

Kleinanzeige

Behinderten Zwei-Personen-Fahrzeug 10 k./h, Führerschein-frei, mit Plastikdach, günstig gesucht.

Uwe Müller, Tel.: 0211 - 65 33 56 (Anrufbeantworter)



Selbstbestimmt Leben - jetzt auch in Unterfranken

Einweihung der WüSL-Räume

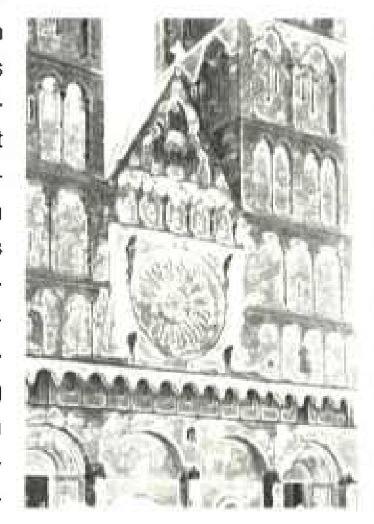
(WüSL) Nachdem wir im Januar dieses Jahres passende Büroräume anmieten konnten, und diese mit der Unterstützung vieler privater SpenderInnen und Firmen umgebaut wurden, fand am 14. Juni '97 endlich die offizielle Einweihungsfeier der bis dato jüngsten deutschen Anlaufstelle für Selbstbestimmtes Leben in Würzburg statt. Unser WüSL-Büro besteht nur aus zwei Räumen, die schon bei unseren Plenen aus den Nähten platzen - so feierten wir die Einweihung in unserem Hof. Trotz dicker Regenwolken konnten wir über 100 Gäste begrüßen, darunter auch einige PolitikerInnen, den Würzburger Oberbürgermeister Jürgen Weber und Ottmar Miles-Paul, den Bundesgeschäftsführer von ISL.

WüSL - das steht für „Selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung Würzburg e. V.". Wir haben bewusst auf den Zusatz „Zentrum" verzichtet, da es in Würzburg nur so von Zentren wimmelt - vom „Körperbehindertenzentrum" bis zum „Gehörlosenzentrum", die zu bewohnen einigen von uns vergönnt war. WüSL zählt mittlerweile 55 Mitfrauen und -männer, davon 11 Aktive, die das Team ausmachen und die „den Laden schmeissen". Neben der Beratungstätigkeit bildet die Öffentlichkeitsarbeit den zweiten Schwerpunkt unseres Engagements. Dazu gehören unter anderem der Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, ReferentInnentätigkeit (z.B. an der Uni Würzburg), Teilnahme an Diskussionsrunden auf kommunaler Ebene, Presseerklärungen zu brisanten Themen - sofern uns die örtliche Presse läßt (schwierig,schwierig, denn leider züchten wir keine Kaninchen...).

Wir hoffen, dass wir auch über das Jahr 1997 hinaus das WüSL-Büro am Laufen halten können. Bis zum Jahreswechsel nämlich sind die ständigen Kosten dank zahlreicher Spenden, der Beiträge unserer FörderInnen und nicht zuletzt einer Anschubfinanzierung durch den ISL-Förderfonds gedeckt. Danach wird uns hoffentlich der selbstgebastelte „Goldene Finanzierungsschlüssel", den uns Ottmar während seiner spritzigen Ansprache überreichte, die Türen zu den nötigen Geldquellen öffnen.

Kirchentag in Leipzig - grenzenlose Beliebigkeit

(Red.) Kirchentage werden immer beliebiger. Ohne jegliche inhaltliche Ausrichtung findet alles Platz, darf alles gesagt werden. Auch das Thema Medizin und Bioethik durfte - dem Zeitgeist entsprechend - nicht fehlen. Nach dem Vormittagsprogramm, das sich mit dem Thema sehr kritisch auseinandersetzte, habe ich mich schon gefreut. Doch leider zu früh: Als „jemand, der die Harmonie stören sollte" wurde er angekündigt und er hat mir dann auch nachhaltig die Laune verdorben: Ein Prof. Dr. Bernhard Irrgang aus Dresden war geladen, um in einer Podiumsdiskussion die Position von Peter Singer zu referieren. Wäre ja schlimm genug gewesen, aber es kam noch schlimmer: Er hat Singer scheinbar nicht verstanden und verharmloste seine Thesen. Mit Landesbischof Klaus Engelhardt und dem Präsidenten der Landesärztekammer Berlin Ellis Huber fehlte ein kompetenter Gegenpart. - Ich möchte lieber nicht wissen, wieviele VeranstaltungsbesucherInnen nachher bei sich dachten: „So schlimm ist Singer doch gar nicht." (Ich selber habe es einfach nicht ausgehalten, die Veranstaltung bis zum Ende zu verfolgen.)





Behindertenwerkstatt als Akzeptanzbeschaffer

(Red.) In Köln ist ein sog. Rechtsrheinisches Technologiezentrum (RTZ) in Bau, in dem auch Gen-Labors für besondere Sicherheitsstufen eingerichtet werden sollen. Wegen den nicht absehbaren Gefahren, die eine solche biotechnologische Forschung mit sich bringt, falls gentechnisch veränderte Organismen an die Umwelt gelangen (noch dazu mitten in einer Großstadt!), ist dieses Projekt nicht unumstritten. Neben der hochgespielten Zahl von Arbeitsplätzen, die neu geschaffen werden sollen - ein Argument, das in dem von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Stadtteil von Köln gerne gehört wird -, soll Akzeptanz für die Errichtung des RTZ geschaffen werden, indem auf dem Gelände ebenfalls eine Werkstatt für Behinderte (mitfinanziert von der Aktion Sorgenkind) gebaut wird. Ein Zusammenschluß verschiedener kritischer Gruppen plant eine Demo gegen dieses RTZ bzw. gegen Biotechnologie und Gentechnik, die am 6. Oktober 1997 stattfinden wird; Treffpunkt ist um 11.00 Uhr am Bahnhof Köln-Deutz (Ottoplatz). Besonders Leute aus dem Behindertenspektrum sind herzlich eingeladen, an dem Protest teilzunehmen.

Arbeitgeber fordern Senkung der Pflichquote

Wieder einmal nutzten die Arbeitgeber das Sommerloch um ihre Forderung nach Senkung der Schwerbehindertenpflichtquote - statt von bishert 6 auf künftig 5% - in die Öffentlichkeit zu transportieren. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände - immer für eine beknackte Forderung zu haben - begründet seinen Vorstoß, indem er vorrechnet, wenn die Arbeitgeber all die Pflichtplätze besetzen würden, für die sie die Ausgleichsabgabe bezahlen (was sie selbstverständlich nicht tun), dann ständen garnicht ausreichend arbeitslose behinderte Menschen zur Verfügung. In Zahlen ausgedrückt: 1995 seien für 516.000 nichtbesetzte Pflichtplätze monatlich 200 DM in die Kassen der Hauptfürsorgestellen bezahlt, demgegenüber seien aber nur 173.000 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet gewesen. Unberücksichtigt blieben natürlich all jene hunderttausende arbeitslose Behinderte, die - dank der Schönheitskorrekturen der Bundesanstalt für Arbeit - ohnehin bereits seit langer Zeit nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Pikant ist insbesondere, daß die Arbeitgeber eigentlich noch nie in der Lage waren, ihre Pflichtquote in irgendeiner Weise zu erfüllen, obwohl viele arbeitende Schwerbehinderte gleich auf mehrere Pflichtplätze angerechnet werden.
Oberstark ist das jetzt die sog. Standortdiskussion auch auf die Pflichtquote ausgedehnt wird.
Aus den eingenommenen Ausgleichsabgaben der Arbeitgeber werden von den Hauptfürsorgestellen im übrigen Stellen, Hilfsmittel usw. für Behinderte finanziert und kommen so Arbeitgebern zugute, die sich bemühen die Beschäftigungspflicht zu erfüllen, statt sich freizukaufen.



Contact Improvisation,

zu deutsch: „Kontaktimprovisation", ist eine Tanzform, die recht wenig mit den herkömmlichen Vorstellungen von „Tanz" zu tun hat. In den USA begann Alito Alessi, in Workshops diese Tanzform auch mit Menschen mit den verschiedensten Behinderungen weiterzuentwickeln. Seither gibt es in den USA und auch in Europa immer mehr begeisterte Fans. „Contact Improv" bedeutet vor allem die höchst spannende Erfahrung, sich von den üblichen Klischeevorstellungen von Bewegung zu lösen und im Kontakt mit anderen ein eigenes Bild von Stärke, Schönheit und Ästhetik zu entwickeln.
In Zusammenarbeit mit dem VdK organisiert Andrea Rüb, Frankfurter Übungsleiterin im Rollstuhlsportbereich, einen Workshop, der von 10.-12. Oktober stattfinden wird und von Alito Alessi geleitet wird. Nähere **Infos bei Andrea Rüb, Fürstenbergerstr. 27, 60322 Frankfurt, Tel. 069/ 597 13 61.**



Schweden:
Ausverkauf an Lebensqualität - neue Regelung gegen Selbstbestimmung

(Red.) Auch in Schweden wird gespart. Zwar gibt es dort für behinderte Personen mit einem Hilfsbedarf von über 20 Stunden pro Woche ein Recht auf persönliche Assistenz, jedoch wird dieses immer mehr ausgehöhlt. Die neueste Maßnahme ist die einheitliche Festlegung des vom Staat finanzierten Stundensatzes. Dies macht es den Zentren für selbstbestimmtes Leben nahezu unmöglich, ihr flexibles Assistenzangebot aufrecht zu erhalten und nötigt behinderte Menschen dazu, die (relativ unflexiblen) Hilfsdienste der Gemeinden in Anspruch nehmen zu müssen.

Spastische Barbie mit Gehhilfe

(Red.) Barbie-Puppen verkörpern das Schönheitsideal: sie sind schön, sie sind blond, sie haben glatte Haut, eine perfekte Figur und lächeln immer. Die herstellende Firma machte zwar vor kurzem Schlagzeilen damit, daß in den USA eine Barbie im Rollstuhl auf den Markt kam, doch wird die Puppe aus dem Rollstuhl herausgenommen, ist gar kein Unterschied zu anderen Puppen festzustellen. Schülern der Körperbehindertenschule in Mössingen helfen da ein wenig nach: Sie gehen mit Brennern an die hohlen Puppen heran und machen Behinderte aus ihnen. So entstand eine Puppe ohne Arme und Beine, eine andere mit Skoliose sitzt krumm im Rollstuhl, ihre linke Hand ist wegen einer spastischen Lähmung nach außen verdreht. Wieder andere schieben einen Rollator vor sich her oder sitzen auf einen Dreirad. Nur an die makellosen Gesichter haben sich die „Designer" noch nicht herangewagt.
Mehrere Schulen haben sich bereits für die so entstandene Puppenkollektion interessiert, eine Wanderausstellung ist geplant.

Kontakt: Schule für Körperbehindertenförderung, 72116 Mössingen, Tel. 07473 /377-0

(**Barbie die Zweite:** Nach Angaben des Herstellers ist derzeit nicht geplant, die rollstuhlbenutzende Version der Barbie in Deutschland auf den Markt zu bringen. Auch in den USA hat sich nach der ersten kleinen Euphorie, Ernüchterung breitgemacht: Das für Barbie ebenfalls angebotene Spielzeughaus ist leider nicht rollstuhlzugänglich - halt wie im richtigen Leben.)



Bundesnetzwerk behinderter Frauen - Verein in Gründung

Es war lange geplant, bisher aber nur auf dem Papier existent: Während der bifos-Tagung „Ein Bundesnetzwerk behinderter Frauen" vom 22.-24. August 1997 in Oberwesel beschlossen die rund 40 Teilnehmerinnen, „Bundesnetzwerk" als Verein zu gründen. Viele der Teilnehmerinnen sind bisher in den Landesnetzwerken aktiv. Für die Zeit bis zur endgültigen Gründung wurden vier Interimsprecherinnen gewählt: Rosi Probst aus München, Susanne Handrick aus Berlin, Ute Lindauer aus Leegebruck und Brigitte Farber vom bifos in Kassel. Die Satzung des Netzwerkes soll von einer Arbeitsgruppe erarbeitet werden. Weiterhin beschlossen die Teilnehmerinnen - allerdings nicht ganz unumstritten - die Beteiligung des Bundesnetzwerkes an der von der „Aktion Sorgenkind" initiierten „Aktion Grundgesetz".

Nähere Infos zum Bundesnetzwerk bei bifos e.V., „Frauenprojekt", Brigitte Farber, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/ 728 85-40, Fax 0561/ 728 85-44 oder mixed pickles e.V., Juliane von der Erden, Kanalstr. 70, 23552 Lübeck, Tel. 0451/ 70 21 640, Fax 0451/ 74 829.

Auch in Bayern tut sich was: Am Rande der Tagung beschlossen die Teilnehmerinnen aus Bayern, nun endlich die Gründung eines Landesnetzwerkes in Angriff zu nehmen. **Nähere Infos bei Dinah Radke vom ZSL Erlangen, Marquadsenstr. 21, 91054 Erlangen, Tel. 09131/ 20 50 22, Fax 09131/ 20 73 51.**

12. Berliner Lesbenwoche

Vom 5. bis 11. Oktober 97 findet in Berlin die 12. Berliner Lesbenwoche mit dem Schwerpunktthema "Lesbische Identitäten & politische Perspektiven" in der Danckelmannstraße in Charlottenburg statt. Es werden Schlafplätze für Andersfähige Lesben unter der Tel.: 030 / 62 16 193 (mo. 10.30 - 12.30 Uhr und fr. 20.00 - 22.00 Uhr) von Angela gesucht und organisiert. Desweiteren wird es Gebärdendolmetscherinnen für gehörlose Lesben geben, eine Raumbeschriftung für blinde Lesben und Fahrdienste zu den Veranstaltungen sowie zu den Übernachtungswohnungen werden organisiert.

Kontakt für Anfragen und Koordination: 030 - 62 26 133

Mädchen und junge Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen in Oldenburg

Oldenburger Projekt

Als eine der beiden Honorarmitarbeiterinnen des genannten Projektes möchte ich unsere Arbeit in der 'randschau' heute vorstellen: Im Jahr 1996 haben Frauen vom 'Autonomen Mädchenhaus Oldenburg' e.V. - 'Verein zur Unterstützung feministischer Mädchenarbeit' und die Mädchenreferentin der 'sjn' (Sportjugend Niedersachsen) ein Projekt für Mädchen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Körperbehinderungen initiiert, das vom niedersächsischen Frauenministerium finanziert wurde. Dieses Projekt lief auf Honorarbasis über den Zeitraum eines Jahres. Es wurde dann nicht weiterfinanziert, und die Mädchenhausfrauen initiierten ein neues Projekt mit den gleichen Themenschwerpunkten, daß jetzt seit April 1997 in Oldenburg und Umgebung anläuft. Die Finanzierung für dieses Projekt ist ebenfalls wieder auf ein Jahr begrenzt und wird hauptsächlich von zwei Frauen, die auf Honorarbasis arbeiten, getragen. Durch die aus finanziellen Gründen fehlende Kontinuität und dadurch, daß das jetzige Projekt zwei völlig neue Frauen machen, ist es fast so, wie wieder ganz neu anfangen zu müssen. Für uns beide sind die jeweiligen eigenen Erfahrungshintergründe in unserer Arbeit sehr wichtig, vor allem in bezug darauf, welche Mädchen und Frauen wir ansprechen wollen . Mein Erfahrungshintergrund für dieses Projekt ist zum einen, selbst körperbehindert zu sein und zum anderen, auch andere Ausgrenzungserfahrungen in dieser Gesellschaft täglich zu erleben.

Der Focus der Mädchen und jungen Frauen, mit denen wir zusammenarbeiten und für die wir uns einsetzen, sieht folgendermmaßen aus:

- Mädchen und junge Frauen mit körperlichen Behinderungen,
- Mädchen und junge Frauen, die Jüdinnen und / oder Migrantinnen sind und von einer / mehreren Körperbehinderungen betroffen sind.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben sich für uns 4 Schwerpunkte herauskristallisiert, die wir parallel verfolgen.

1. Ab Mitte bis Ende September wird es einen Gesprächskreis für junge Frauen mit Behinderungen in Oldenburg geben, den zwei körperbehinderte Frauen initiiert haben. Nähere Infos dazu sind bei A. Stern unter der Tel.nr. 0441 - 248655 und B. Janßen unter der Tel.nr. 0441- 87598 zu erfahren.

2. Seit Juli 97 gibt es einen Arbeitskreis in Oldenburg, in dem behinderte und nichtbehinderte Fachfrauen zusammenarbeiten. Ziele des Ak sind kurz zusammengefaßt, ein Bewußtsein in Oldenburg und Umgebung zu schaffen, daß es Mädchen und jungen Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen ermöglicht, ihre eigenen Interessen, Bedürfnisse und Belange selbstverständlich einzubringen.

3. Um dieses Ziel realisieren zu können, planen wir konkret für 1998 eine Fortbildungs- ,- und Veranstaltungsreihe. Inhalte der Reihe werden sein:

- Ausbildung und Lebensentwürfe, Partnerschaften von Mädchen und Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen
- Wohnen
- Auseinandersetzung mit der

Hör' auf (Dich)!!!

Vom 27. Februar bis 1. März 1998 findet in Berlin ein Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungstraining für gehörlose, schwerhörige und ertaubte Studentinnen statt. Aus dem Ankündigungstext:

"Es ist für andere nicht sichtbar, daß Du nicht oder nur schlecht hören kannst. Gerade dadurch ergeben sich Situationen, die keine Frau gerne erlebt, die für Dich aber besonders unangenehm sein können: Jemand macht Dich dumm an und Du kannst nicht sofort angemessen reagieren, weil Du wenig oder gar nichts davon gehört und verstanden hast. Die Ernsthaftigkeit einer bedrohlichen Situation erschließt sich Dir nicht gleich, wenn Dir akustische Signale zum Teil oder vollständig fehlen. Dieses Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungstraining für hörgeschägte Frauen soll auf die besondere Situation eingehen, die sich aus der Behinderung ergibt: Wie kann ich mich auf verbaler und non-verbaler Ebene behaupten und verteidigen? Wie kann ich meine Körpersprache einsetzen, wie mir "Gehör" verschaffen? Wie kann ich meine Stimme einsetzen, wie meine Grenzen verteidigen? Was kann ich tun, um einen Angreifer, den ich nicht kommen höre, abzuwehren? Neben der Vermittlung von Techniken zur körperlichen Selbstverteidigung sollen auch Strategien zur Selbstbehauptung im (Studien-)Alltag entwickelt und damit das Selbstvertrauen hörbehinderter (studierender) Frauen gestärkt werden."

Als Referentin konnte Malousch Köhler, hdrende, staatlich anerkannte Trainerin für feministische Selbstverteidigung und -behauptung mit gehörlosen / hörbehinderten Frauen, Amsterdam gewonnen werden. Die Kosten betragen 80,- DM (für Unterkunft, Verpflegung und Seminargebühren). Studentinnen bekommen 50% der Fahrtkosten erstattet - bitte Spartarife beachten.

Nähene Informationen und Anmeldung: AGG - Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, Rheinweg 34, 53113 Bonn, Tel.: 0228 / 9 23 67 0, Fax: 0228 / 9 23 67 15, eMail: AGG-Bonn@t-online.de



International Leadership - Kongress für Frauen mit Behinderungen in den USA

614 Frauen aus 82 Nationen trafen sich vom 15. bis 20. Juni zum 'Internationalen Leadership Forum für Frauen mit Behinderungen' in Bethesda, USA. Die Veranstaltung stand unter dem Ehrenvorsitz von Hilary Clinton. Eingeladen waren behinderte Frauen aus aller Welt, die Fürhungsrollen im Behindertenbereich übernommen haben. Für Deutschland wurden Dinah Radtke und Corinna Zolle von der 'Interessenvertretung selbstbestimmt Leben in Deutschland' delegiert und die Teilnahme durch das Bundesministerium für Frauen finanziell unterstützt. Der Kongreß verstand sich als Follow-up der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking, die erstmals von behinderten Frauen mitorganisiert wurde. Themen der Tagung waren: Frauen in Führungsrollen, Ausbildung und Assistenz, Gesundheit uns Familie, Arbeit und Technologie. Jeweils an den Vormittagen fanden themenbezogene Ansprachen statt, darunter ein Statement der US-Außenministerin Madeleine Albright, in dem sie betonte, daß Frauen - gleichgültig ob behindert oder nicht - in jedem Land ihren Platz als gleichberechtigte Bürgerinnen fordern. In Workshops wurden die zuvor angesprochenen Bereiche aufgegriffen und vertiefend diskutiert. Ergebnis des Kongresses war neben der Erstellung eines zwölfseitigen Forderungskataloges eine überwältigende Bündelung von Kraft und Ausdauer, die von 614 Teilnehmerinnen ausging. Durch internationalen Austausch und Zusammenarbeit sollen die Lebensbedingungen von Frauen mit Behinderungen weltweit verbessert werden. Das Forum war zudem Ausgangspunkt für ein weltumspannendes Netzwerk behinderter Frauen via Internet. Infos unter "www.Prodworks.Com/ilf

Corinna Zolle

weiblichen Rolle (Stichwort doppelte Diskriminierung von Frauen), Sozialisation, Körperbewußtsein, Partnerschaften
- sexuelle Gewalt an Mädchen und jungen Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen
- Interessen, Sport, Freizeitbereich und Möglichkeiten, Nutzung von Räumen
- kreativer Ausdruck von Mädchen und jungen Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen.

Für diese Fortbildungs- und Veranstaltungsreihe suchen wir dringend noch Fachreferentinnen, Frauen, die Lust haben, dazu etwas im nächsten Jahr anzubieten. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir einer Finanzierung der Veranstaltungsreihe relativ gelassen entgegensehen. Das Frauenministerium ist an der Arbeit sehr interessiert.

Unser Interesse ist, auf jeden Fall mit möglichst vielen Fachfrauen zusammenzuarbeiten, die einen eigenen Erfahrungshintergrund als Behinderte in dieser Gesellschaft mitbringen. Ich möchte deshalb die 'randschau'-Leserinnen bitten, sich bei uns zu melden.

Wir wollen auch Lesungen, eventuell eine Ausstellung organisieren. Insgesamt ein möglichst vielfältiges Bild entwerfen. Im Projekt sind wir erreichbar, immer dienstags von 10 - 13.00 Uhr unter der Tel.nr. **0441- 955 86 46** und ansonsten auf jeden Fall über die Tel.nr. **0441 - 24 86 55 (Anrufbeantworter).** Wir rufen dann baldmöglichst zurück.

4. ein konkretes Angebot mit und für junge Frauen zu entwikkeln, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben und danach oft 'in ein Loch fallen'. Hier fehlen vor allem Freizeit- , Gesprächs-, Beratungs- und konkrete Unterstüzungsangebote (z.B. in bezug auf Wohnen)

Darünber hinaus wollen wir innerhalb der bereits bestehenden Vernetzung mitarbeiten und suchen auch hier noch weiter nach Kontakten. Für die nächste 'randschau' planen wir einen ausführlichen Bericht über unser Projekt.

A. Stern, Oldenburg



SZENE WOHIN? II

Professionalisierung statt Politisierung?

Szene wohin? - Als wir uns zu einer zweiten Folge dieses Themas entschlossen, waren wir neugierig, was sich wohl verändert hätte in der Zwischenzeit:
Können wir eigentlich noch von einer Bewegung sprechen? Wer repräsentiert heute die Szene?
Taugen unsere Ideale, Ideen, Utopien nur noch für den berühmten Nagel an der Wand?
Sind Fundis out?
Lohnt sich nur noch, was sich rechnet?
Was haben sich die ZSL's und andere Projekte einfallen lassen, um in diesen immer härter werdenden Zeiten über die Runden zu kommen?
Will „unser" Nachwuchs das Gleiche wie wir - und wie kommen wir damit zurecht, wenn das nicht so ist?

Ohne Zweifel - wir haben viel erreicht, und das liebe, dankbare Musterkrüppelchen gehört hoffentlich mittlerweile ins Museum. Auch unsere Nachbarn sind für Integration. Fast jeder hat schon mal einen Behinderten gesehen oder gar mit ihm gesprochen, die Kids finden Rollis einfach geil und die meisten Zugschaffner fallen nicht mehr in Ohnmacht, wenn sie uns befördern müssen.
Sportliche Aktivitäten von Behinderten finden sich nicht mehr automatisch in der Spalte für Gesundheit, behinderte StudentInnen haben heute ungleich viel mehr Möglichkeiten zu studieren und Hilfen in Anspruch zu nehmen als vor 20 Jahren usw. usw.

Gleichzeitig aber scheint die Zeit der Ideale, der Theorien, der Kämpfe vorbei zu sein. Statt dessen allerorten Entpolitisierung und Rückzug ins Private. Wenn schon die großen Ideen abhanden kommen, wenn schon alles Scheiße ist, dann will ich wenigstens meinen Teil abkriegen vom großen Kuchen und nicht völlig leer ausgehen.

Was ist mit der Grundsatzdiskussion um Sterbehilfe und Bioehik? - Out?
Was ist mit der Grundsatzdiskussion um Sozialpolitik und Solidarität? - Out?
Was ist mit der Grundsatzdiskussion um Rassismus und Asylpolitik? - Out?

Hilft aus der großen Ratlosigkeit und dem Frust nur noch die Flucht in den Pragmatismus, in den Zweckoptimismus, wie toll wir doch sind?
Haben wir keine Fragen mehr, außer der, wo wir Knete her kriegen können?

Fragen über Fragen. Und keine Antworten. Oder doch?

Das wird so weitergehen!


Lothar Sandfort

Schon allein die Fragestellung strotzt vor Untertreibung: „Szene“, das riecht nach „Kleinkunstbühne“, nach verrauchtem Kneipenhinterzimmer, nach vergänglicher Spinnerei. Tatsächlich ist das zu bezeichnende gesellschaftliche Ereignis eine „Bewegung“. Da ist was los, da bewegt sich was, da wird was bewegt. Die, die da bewegen, zählen sich nicht in Tausenden. Unsere Stärke sind nicht unsere Mitgliederzahlen. Stark machen diese Bewegung die Ideen von Selbstbestimmung, von Emanzipation, von Widerstand gegen Diskriminierung. Dabei ist diese Bewegung schon längst Teil des Systems. Wir gestalten die Verfassung unseres Staates mit und andere Gesetze. Wir lösen in unseren Beratungsstellen individuelle Probleme, die sich dann nicht mehr zu kollektivem Protest entwikkeln können. Wir sitzen in den Parlamenten oder sind Behindertenbeauftragte.

Die bundesdeutsche Behindertenbewegung ist eine Bürgerrechtsbewegung, die gleiche Partizipationsmöglichkeiten erkämpft und das Grundrecht, überhaupt dazuzugehören. Zurückgeblieben sind längst die alten Recken, die glaubten, die Republik könne von ihrer Behindertenbewegung - bis in die Grundmauern - erschüttert werden.

Leider waren wir dazu zu schwach. Nun aber zu glauben, wie seien nicht stark genug, die Strukturen dieses Staates mitzugestalten, wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Wenn wir das Haus schon nicht erschüttern können. Die Einrichtung der Zimmer können wir mitbestimmen. Wir schaffen es, die Hausordnung zu verändern (Artikel 3 GG) und vor dem Fernseher (Aktion Sorgenkind) nörgeln wir rum, bis das Programm verändert wird.

Zugegeben, das reicht noch nicht. Denn Fakt ist auch, daß wir aus der Haushaltskasse immer weniger abbekommen und wieder in unsere Pflegebetten abgeschoben werden sollen (Pflegeversicherung). Zu den Privilegierten gehören wir fürwahr nicht. Doch wir haben uns festgesetzt, gegen den ungeheuer starken Druck, uns einfach rauszuschmeißen.

Was machen wir jetzt? Bewegung wohin, wird gefragt. Der Alternativen sind drei: Weiter mitgestalten, Revolte oder Altenteil? Die Revolten liegen hinter uns, neue werden wir wohl anderen überlassen müssen. Dazu sind wir schon zu weit etabliert. Nach einer Zeit der Anpassung zum Zwecke der Integration erleben wir nun eine Zeit der zunehmenden individuellen Emanzipation. Die treibenden Vereine sind kleine Zusammenschlüsse, die zum Beispiel Beratungsstellen tragen. Die Aktivistinnen und Aktivsten in den Zentren für Selbstbestimmtes Leben sind angestellt. Diejenigen, die die Beratungsstellen nutzen, suchen Rat, um ihre Lebensqualität zu erhöhen. Nach der mal mehr, mal weniger erfolgreichen Beratung ziehen sie sich in ihre bisherige soziale Umgebung zurück. Immer mehr Behinderten gelingt es dort, sich mehr Selbstbestimmung zu ertrotzen. Das ist gut so.

Es gibt keine innovativen Massenzusammenschlüsse. Die großen Behindertenverbände sind zwar mitgliederstark, aber nicht innovativ. Zu einzelnen Fragen gibt es heute flexible Foren, die sich nach einiger Zeit, wenn die Probleme bearbeitet sind, wieder leeren werden: Forum der behinderten BeraterInnen, der behinderten Juristinnen und Juristen, der behinderten ArbeitgeberInnen (selbstbestimmte Pflege), das Netzwerk zum Artikel 3, behinderte Eltern etc. Solche flexiblen Arbeitsnetzwerke zu bestimmten Problemlagen der Zeit wird es weiterhin geben.

Auf Dauer angelegt und starrer sind die Beratungsstellen der „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben - Deutschland“. Doch auch die haben durch ihre Arbeit nur wenig Mitgliederzulauf. Die Zahlen bleiben nach Abgang und Zugang gerade stabil. Die Beratungsstellen kämpfen um ihre materielle Absicherung. Nur den Zentren für Selbstbestimmtes Leben, die von einem ambulanten Dienst gefördert werden, geht es finanziell gut. Die anderen lassen sich durch abnehmende staatliche Förderung verkleinern oder rutschen von einem EU-Programm in das nächste. Andere begeben sich weiter in's System und gründen Unternehmen. Wir in Trebel etwa versuchen mit unserem „Behinderten-Service Wendlandferien“ unabhängig zu werden. So paradox wie es klingt, ist es wohl auch: Wenn wir uns weiter ins System begeben und Unternehmensformen annehmen, werden wir von staatlicher Zuwendung unabhängiger. Wir verdienen unser Geld für die Beratung selbst.

Bewegung wohin und was tun? Diesen Prozeß der individuellen Emanzipation fördern, Selbstbestimmung erkämpfen und Selbstbewußtsein entwickeln. Die Männergruppe, die ich mit aufgebaut habe, kümmert sich nicht mehr um historische Wurzeln des Patriarchats. Wir reden darüber, wie wir uns freimachen können von den Rollenzuschreibungen, wie wir unsere Beziehungen interessanter gestalten können, wie wir überhaupt eine Beziehung bekommen können und wie wir unseren Körper besser genießen können. Wir reden darüber, was Sex eigentlich ist und experimentieren mit neuen Formen. Das wird so weitergehen.

Die Frauen in der Bewegung kümmern sich in ihren Netzwerken auch um das individuelle Stück Emanzipation, um Arbeit, ausreichende Pflege und sexuelle Erfüllung. Das wird so weitergehen.

Die Ratlosigkeit in der Frage „Szene wohin?“, die vor allem in der Wiederholung der Frage liegt „Szene wohin II“, ist mir kaum verständlich. Die Bewegung wird so weitermachen, und sie ist erfolgreich.

Es sei denn, die kleine, individuelle Emanzipation zählt nicht. Die Peer-Counseling Ausbildung, die vom „bifos e.V.“ getragen wird, haben bisher 30 Menschen mitgemacht. Neben der Grundausbildung zur Beratung ist das für jede und jeden der Teilnehmenden ein Stück persönlicher Entwicklung, Reflexion und für die meisten ein Stück Emanzipation. 30 Menschen, das ist wahnsinnig viel. Das ist unvorstellbar viel. Das wird so weitergehen.

Genauso wichtig und erfolgreich arbeiten die, die die Hausordnung mitschreiben. Diejenigen, die als erste ein Antidiskriminierungsgesetz gefordert haben,



die die Verfassungsänderung initiiert haben, die Gleichstellungsparagraphen entwerfen und - ihr werdet es sehen - erreichen werden. Deren Arbeit wird so weitergehen.

Nun steht ein neuer Brocken zur Bearbeitung bereit: Die „Aktion Sorgenkind". Die Aktiven der Bewegung stehen zwischen Boykott und kritiklosem Mitmachen. Beides ist ziemlich einfach und einfallslos. Den schwierigsten und sicher auch gefährlichsten Weg trauen sich viele nicht, und sie trauen ihn uns nicht zu: Verändern durch Gestalten. Unsere konsequente Kritik an der „Aktion Sorgenkind" hat neuerdings viel erreicht. Einige Bewegungsaktive haben sich mit den Betreibern der „Aktion Sorgenkind" getroffen und sind jeweils einer starren Front begegnet: „Wir ändern den Namen nicht!". Doch das erste Treffen führte bereits dazu, daß für eine Riesenkampagne der „Aktion Sorgenkind" das eigene Logo zurückgenommen wurde zugunsten des Namens „Aktion Grundgesetz". Das zweite Treffen führte zu dem öffentlichen Eingeständnis der „Aktion Sorgenkind"-Protagonisten, daß der Name nicht mehr zeitgemäß ist und Alternativen gesucht werden sollen. Werbebetreiber, die ihr eigenes Logo in Frage stellen, müssen es abschaffen. Sie stellen es in Frage, obwohl es enormen Marktwert besitzt, und sie werden es ändern müssen. Das ist unser Erfolg.

Nun heißt es: dranbleiben, aufpassen, daß der neue Name nicht wieder auf Mitleid setzt und uns diskriminiert. Dranbleiben und die Möglichkeiten zur ISL-Darstellung über die Kampagne „Aktion Grundgesetz" nutzen. Dranbleiben und unsere Kampagne zur Umgestaltung der Aktion Sorgenkind organisieren - innerhalb der Kampagne der Aktion Grundgesetz. Boykott hat jetzt keinen Sinn mehr. Dranbleiben heißt auch, Mittel der Aktion Sorgenkind nutzen zu können. Nichts hindert uns daran, wieder auszusteigen. Es sei denn, wir machen uns abhängig von deren Geld. Boykott heißt nun Rückzug in die Schmollecke mit dem Ruf: Wir glauben Euch die Namensänderung nicht! Dranbleiben heißt, mitgestalten zu können, für den Preis der Umgestaltung dieses jahrzehntealten Unternehmens der Diskriminierung. Die Gefahr, über den Tisch gezogen zu werden, bleibt. Wachsamkeit und Mißtrauen ist anzuraten. Wer wagt, kann verlieren. Doch: Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Einige trauen sich, und das wird so weitergehen.

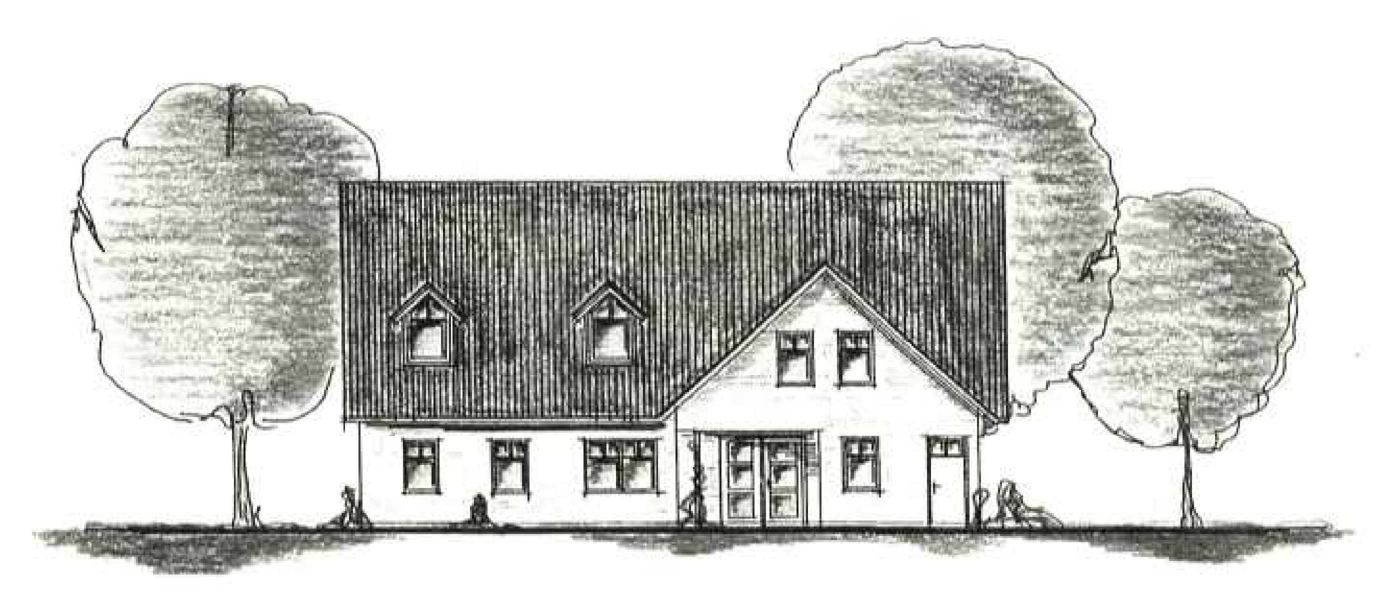
Im Frühjahr nächsten Jahres gibt es „die randschau" und ihre Vorgängerinnen 20 Jahre lang. Ein unmögliches Projekt, das es eigentlich gar nicht geben kann, wie Jörg Fretter zu sagen pflegt. Dennoch: 20 Jahre Bewegungszeitung, und das wird so weitergehen.

Die Liste der Erfolge ließe sich noch weiterführen. Ein Beispiel sei mir noch erlaubt in Form einer Frage: Warum feiern wir uns nicht dafür, daß es der deutschen Behindertenbewegung gelungen ist, die Mordthesen des Peter Singer zurückzudrängen? Sowas haben wir geschafft, und das wird so weitergehen.

Natürlich haben wir damit die Behindertenfeindlichkeit nicht beseitigt, nicht die Tendenzen, behindertes Leben auszurotten. Die Möglichkeit, behindertes Leben bis kurz vor der Geburt abtreiben zu können, die die Reform des § 218 StGB ergab, haben wir offenen Auges und nahezu tatenlos hingenommen. Wir sind wirkungslos gegen die Kürzungen öffentlicher Gelder im Sozialbereich. Die Pflegeversicherungen horten Geld und schränken uns weiter ein. Das darf nicht so weitergehen.

Grund genug für die politische Revolte. Ich sehe sie nicht, sehe nicht mal Ansätze dazu. Doch die Zeiten werden sich ändern. Neue Gruppen werden entstehen, die uns dann - hoffentlich - „elende Opportunisten" nennen werden und hoffentlich auch erfolgreich sein werden.

LOTHAR SANDFORT, TREBEL





Quo vadis – Behindertenpolitik?

Drei Diskussionen haben in der letzten Zeit zumindest Teile der Behindertenbewegung erschüttert. Zunächst wurde das politische Tabu gebrochen, mit Euthanasie-Befürwortern nicht zu diskutieren. Es stellte sich für viele die Frage: „Dürfen wir mit Euthanasie-Befürwortern diskutieren?" Dann kam die Diskussion über den Nutzen und die Gefahren eines bundesdeutschen Behindertenrates auf. Daraus ergab sich die weitere Fragestellung: „Sollen wir mit den traditionellen Behindertenverbänden zusammenarbeiten?"

Und nun schickt sich die „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland – ISL" auch noch an, Geld von dem Erzfeind „Aktion Sorgenkind" zu nehmen und mit ihm zusammenzuarbeiten. Gerade Lothar Sandfort, der noch in der randschau 3/96 als großer Kritiker aufgetreten ist, schickt sich an, die Zusammenarbeit zu preisen. Es stellt sich die Frage: „Gibt es keine Schamgrenzen bei der Finanzierung politischer Aktivitäten und kultureller Festivals mehr?" Hinter diesen Diskussionen steckt ein Wandel politischer Positionen zumindest eines Teils der sog. ‚emanzipatorischen Behindertenbewegung', bei dem Entlarvungs- und Exkommunizierungsrituale zu kurz greifen. Wenn man erkennt, daß offensichtlich nicht nur einige verirrte Geister Diskussionen führen, die sakrosankte Prinzipien verletzen, Kooperationen eingehen, die das politische Profil gefährden und Finanzierungen akzeptieren, mit denen die eigene Seele möglicherweise verkauft wird, dann ist es Zeit, sich noch einmal der eigenen Position zu vergewissern, die man einnimmt und die kurze Geschichte, die diese Grundsätze hervorgebracht hat kurz Revue passieren zu lassen. Die Behindertenbewegung hat verschiedene Phasen durchlaufen! Die Herausbildung der ‚emanzipatorischen Behindertenbewegung' als Zusammenschluß Behinderter mit einem eigenen Selbstverständnis fand in Abgrenzung zu den Kriegsopferverbänden und Elterninitiativen statt. Sie erfolgte in drei Stufen: Durch den Aufbau von Clubs der Behinderten und ihrer Freunde (CeBeeF), um sich durch die gemeinsame Freizeitgestaltung mit Nichtbehinderten integrieren, Durch Veranstaltung von Volkshochschulkursen ‚Bewältigung der Umwelt' (VHS), um sich durch Diskussionen und Aktionen mit Nichtbehinderten in der Auseinandersetzung emanzipieren und Durch die Gründung von Krüppelgruppen (KB), in denen eine neue Sichtweise auf die gesellschaftlichen Verhältnisse (Krüppelstandpunkt) und ein neues Selbstwertgefühl (Krüppelbewußtsein) entwickelt wurde, um Nichtbehinderte mit ihrem unterdrückenden Verhalten zu konfrontieren. Diese Positionen wurden mit den Aktionen 1981 im sog. ‚UNO-Jahr der Behinderten' so zu einem weitgehend gemeinsamen Selbstverständnis zusammengeschmolzen, das durch die Ablehnung von Aussonderung in Einrichtungen wie Heime, Werkstätten für Behinderte, Sonderschulen, den Kampf gegen Bevormundung durch Nichtbehinderte über Politikergeschwafel, Funktionärsreden, Elterndominanz und Expertenherrschaft, und die Kritik an der Abwertung zu bloßen Mitleidsobjekten durch ‚Aktion Sorgenkind', Sterbehilfediskussionen, humangenetische Beratung und Genenforschung bestimmt war. Diese politische Phase hatte weitgehend den Charakter der Selbstverständigung und Selbstvergewisserung. Die Aktionen fanden mehr für uns selbst statt, als das mit ihnen etwas direkt verändert werden sollte. Die zahlreichen Flugblätter und Presseerklärungen wanderten zwar nahezu direkt in die Papierkörbe der Redaktionen, aber wir hatten das Gefühl ‚es ihnen wiedereinmal gezeigt zu haben'. Mit dem demonstrativ präsentierten neuen Selbstbewußtsein ereichten wir dennoch die vielleicht nachhaltigste Veränderung im Bewußtsein gegenüber Behinderten nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bevölkerung: Da meldeten sich nicht etwa armselige, bemitleidenswerte Krüppelchen zu Wort, sondern da störten aggressive Demonstranten lautstark die harmonisch geplanten Feierlichkeiten. Anstatt die Leistungen des bundesdeutschen Sozialstaats feiern zu können, wurde Kritik an der als vorbildlich angesehenden Rehabilitationspolitik laut. Kopfstreicheln Behinderter reichte nicht mehr. Auch für die traditionellen Behindertenverbände war unser Auftreten ein nachhaltiges Schockerlebnis. Sowohl das selbstverständlich in anspruch genommene ‚Recht' der Kriegsopferverbände für alle Behinderten sprechen zu können, als auch die Überzeugung der Eltern, doch nur das ‚Beste' für ihre behinderten Kinder zu wollen, wurde in Frage gestellt. Die neue ‚emanzipatorische Behindertenbewegung' forderte nicht nur die Abschaffung der schwer erkämpften Sondereinrichtungen, sondern wehrte sich auch noch gegen den

gerade erst mühsam gestrickten Schonraum und wollte nicht einmal das von Herzen kommende Mitleid angemessen würdigen. Aggressive Gegenreaktionen kamen daher gerade auch aus der wohletablierten Behindertenverbands- und Rehabilitationsszene. Die übrige Außenwelt reagierte eher mit ungläubigem Staunen und Unverständnis. Der Knall, mit dem die ‚emanzipatorische Behindertenbewegung' auf die politische Bühne trat, hallte zwar noch einige Zeit nach. Die Kraft, diese Veränderung in gestaltende Politik ummünzen zu können, war allerdings bei uns noch nicht vorhanden. Bereits Mitte der 80ziger Jahre war diese Gründungsphase abgeschlossen. Der Wunsch das neu gewonne Selbstbewußtsein in politische Erfolge umsetzen zu können, führte die einen zu der Gründung selbstorgansierter ambulanter Dienste und die anderen in die Niederungen der Parteienlandschaft, insbesondere zu den Grünen. Der Konflikt, der sich in diesen unterschiedlichen Wegen ausdrückte -erst die Lebensverhältnisse durch selbstorganisierte Angebote jenseits der überkommen wohlfahrtsverbandlichen Strukturen konkret zu verbessern oder erst die Mechanismen von Aussonderung, Entmündigung und Abwertung in den vorhandenen politischen Strukturen politisch zu thematisieren – bestand nicht etwa nur in der klassischen Differenz von Theorie und Praxis. Er kulminierte in der Frage: Müssen erst die materiellen Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben z.B. durch die Verfügbarkeit über persönliche Assistenz, durch barrierefreie öffentliche Flächen und durch zugängige Wohnungen geschaffen werden? oder Muß zunächst durch Bewußtseinswandel und politischen Einfluß die Grundlage für Alternativen gelegt werden? In der Kommunalpolitik flossen beide Auffassungen praktisch zusammen, denn nur durch konkrete Beseitigung von baulichen Barrieren, die Beschaffung zugängiger Verkehrsmittel, den Bau behindertengerechter Wohnungen und die Bereitstellung bedarfsgerechter persönlicher Assistenz, kann einerseits die Akzeptanz Behinderter verändert und andererseits durch politische Arbeit dieses erst realisiert werden. Dort wo nicht beides gleichzeitig betrieben wurde, veränderte sich auch nichts. Das „Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen" wirkte in dieser Phase der Einmischung bereits anachronistisch. Aber auch die Einmischung hatte seine Grenzen. Die Grünen erwiesen sich keinesfalls als allfälliges Transportmittel unserer Minderheiteninteressen in die Parlamente. Aus der anfänglich positiven Bewertung des Wortes „Betroffenenpolitik" wurde bald eine abwertende Kategorie, die berechtigte Forderungen als Partialinteresse disqualifizierte. Die Hinwendung der Grünen zu einer Mittelschicht-orientierten Sozialpolitik folgte so dem Zeitgeist, der für unsere sozialpolitischen Forderungen kaum mehr als den Brosamen übrig hatte. Mitte der achtziger Jahre wurde daher auch die Frage nach der Durchsetzung von mehr Selbstbestimmung lauter, die uns fasziniert in die USA blicken ließ. Während wir uns gegen die paternalistische Wohlfahrtsideologie abzugrenzen versuchten, hatten dort Behinderte bereits seit den 50er Jahren die Unabhängigkeit von dem Wohlwollen Nichtbehinderter auf ihre Fahnen geschrieben. Getreu dem ‚American Dream' von der individuellen Unabhängigkeit war die Independent Living-Bewegung längst zu einem politischen Faktor geworden, der über die Behindertenpolitik hinausging und zu der sich Präsidentenkandidaten verhalten mußten. Die Koppelung individueller Hilfe mit politischem Engagement in den Beratungszentren und der konsequente antiinstitutionele Ansatz – der nicht immer umgesetzt wurde – machte die Bewegung für uns zum Lernfeld für die Gründung der Selbstbestimmt Leben-Bewegung. Hierfür konnte gerade die USA mit ihrer Independent Living-Philosophie Vorbild sein, die auf dem Boden einer rücksichtslosen Gesellschaft mit weitgehendem Verzicht auf sozialen Ausgleich entstanden war. Die ‚faire Chance' als Äquivalent für schonungslose Konkurrenz war die Quelle einer Behindertenbewegung, von deren Erfolgen wir hier in Deutschland nur träumen konnten. Auf die europäisch-deutschen Verhältnisse übertragen, kam es hier weniger aud den großen Traum von ‚Unabhängigkeit' sondern auf die Erlangung der ‚Selbstbestimmung' an. Das Recht über das eigene Leben bestimmen zu können, erschien als richtige Antwort auf den wohlfahrtspotischen Paternalismus. Der pragmatische Ansatz von der Selbstbestimmt Leben-Bewegung (ISL) hatte sein ideologische Pendent in der Anti-Eugenik-Bewegung. Die Propaganda eugenischer und bioethischer Konzeptionen belebte die Aktionsbereitschaft erneut. Nicht nur die ‚Lebenshilfe' mußte lernen, daß wir die stillschweigende Übernahme solcher Positionen nicht hinnehmen werden. Die zurückgewonne Aktionsfähigkeit und die damit erzielte Öffentlichkeit machte einem breiten Publikum deutlich, daß wir nicht mehr alles hinnehmen werden und uns nicht ohne öffentlichen Aufschrei in die Minderwertigkeit drängen und unser Lebensrecht relativieren lassen werden. Mit den Themen Selbstbestimmung und Lebensrecht hatten wir die zentralen Themen der behindertenpolitischen Diskussion bestimmt. In dieser Phase hatten wie die zentrale Rolle der Meinungsführerschaft. Der Aufschwung der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdiskussion in den USA schwappte Anfang der 90er Jahre auch nach Deutschland. Die Durchsetzung des „American with Disabilities Act – ADA" veränderte die Diskussion hin zu einer Bürgerrechtsorientierung. Die brutaler werdende Kürzungs- und Verteilungspolitik der Regierung unter dem Slogan ‚Leistung soll sich wieder lohnen' machte eine Strategie notwendig, Behindertenpolitik quasi grundrechtlich zu fundieren, durch einen Anspruch auf die Beseitigung von Benachteiligungen und ein Recht auf gleiche Teilhabe. Behindertenpolitik, die auf Akzeptanz der Andersartigkeit, auf Rücksicht gegenüber der weniger Durchsetzungsfähigen, auf Berücksichtigung abweichender Bedarfe und auf Ausgleich ungleicher Chancen setzte, stellte gegenüber der gesellschaftlich propagier-



ten Ellbogenpolitik ein Anachronismus dar. Als einzige wirksame Gegenstrategie gegen die Verengung des Normalitätsverständnisses, der wiedererstarkten Ausgrenzungspolitik, der Standardisierung von Lebensverhältnissen und der Reduzierung der sozialer Chancen, erschien einem ständig wachsenden Teil der Behindertenbewegung eine Kampagne für eine Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik. Diese hatte neben dem mit Erfolg in dem Benachteiligungsverbot eine entscheidende Wirkung nach innen. Erstmalig wurden die heterogenen Forderungen und Diskriminierungen auf ein gemeinsames Strukturprinzip zuückgeführt und der Ausschluß von derKommunikation durch fehlende Gebärden-Dolmetscher für Gehörlose und Vorlesekräfte für Blinde mit den baulichen Barrieren, fehlender persönlicher Assistenz, rechtlicher Diskriminierung und finanzieller Ausbeutung Behinderter in den Werkstätten zusammengebracht. Erstmals gab es eine Koalition aller Behindertenverbände nach dem Prinzip der Selbstvertretung der Betroffenen. Behindertenpolitik hatte damit erstmalig das Ghetto von speziellen Forderungen für eine kleine Sondergruppe verlassen. Insbesondere durch die in diesem Jahr errreichte Verankerung des Diskriminierungsverbotes in Artikel 6 EG-Vertrag, in dem wir mit den anderen potentiell diskriminierten Gruppen genannt werden, haben wir auch international eine Bedeutung erlangt, deren wir uns weitgehend



noch nicht bewußt sind. In dieser gegenwärtigen Phase der Bürgerrechtspolitik müssen wir politisch eine zentrale Rolle bei der Bestimmung und Durchsetzung politischer Ziele einnehmen. Diese können wir aber nicht mehr allein in der wohleingerichteten Niesche fortschrittlicher Projekte, in der anheimelnden Athmosphäre interner Debattierclubs oder in dem gemütlichen Vereinsleben mit Gleichgesinnten erreichen. Die gegenwärtige Phase wird durch den Kampf um Machtpositionen in den ersten Jahren des nächsten Jahrtausends bestimmt. Wenn wir einen Durchbruch für selbstbestimmte Lebensmöglichkeiten erreichen und den Rückfall in Bevormundung, Ausgrenzung und Abwertung verhindern wollen, müssen wir unsere Positionen in die Auseinandersetzung mit den traditionellen Behindertenverbänden einbringen. Die Tatsache, daß z.B. die Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs behinderter und ihrer freunde (BAGC) mit Unterstützung des Allgemeinen Behindertenverbandes Deutschland (ABID) eine Nichtbehinderte als Vertreterin der emanzipatorischen Behindertenbewegung im Vorstand des bundesdeutschen Behindertenrates vorschlug, zeigt, wie dünn das Eis der Selbstvertretung ist. In dieser Machtpolitik kommt es entscheidend darauf an, unsere Positionen auch in den traditionellen Behindertenverbänden zu verankern. Dieses kann nur in einer fairen Kooperation geschehen, in dr wir unsere Prinzipien immer wieder überprüfen, neu begründen und weiterentwickeln müssen. Dabei sind wir mehr als bisher gefordet, uns der Auseinandersetzung mit abweichenden Positionen zu stellen, Kompromisse für gemeinsames Handeln zu suchen und auch Grundsätze weiterzuvermittlen. Das setzt auch eine veränderte Haltung zu den Eingangsfragen voraus.

HORST FREHE, BREMEN



ISL wohin?

„Szene wohin?“ lautet der Schwerpunkt dieser Randschau. Krüppel- und Behindertenszene jenseits der traditionellen Verbände VdK und Reichsbund, der BAGH und dem CBF gehört die Interessenvertretung Selbstbestimmt-Leben Deutschland (ISL) mit ihren inzwischen rund 20 Mitgliedsorganisationen und einer Reihe vielversprechender, aufstrebender BehindertenfunktionärInnen. Daneben gab es aber auch immer zahlreiche Behinderten- und Krüppelgruppen, Krüppelstammtische, Anti-Eugenik-Gruppen, KrüppelFrauen-Gruppen oder das bundesweite Krüppelforum, die aus berechtigter Skepsis gegenüber Statuten und deutschem Vereinswesen eine gewisse Distanz und Unabhängigkeit von ISL bewahrt haben.
Weil wir selbst zu ISL gehören, beschränken wir uns auf die Frage: ISL wohin?

Ausgangspunkt von ISL war damals der Zusammenschluß der Mitte der 80er Jahre in Westdeutschland entstandenen 5 Selbstbestimmt-Leben-Zentren. Zwei Ziele sollten mit der Gründung des Bundesverbandes ISL verfolgt werden: Zum Einen sollte die praktische Zusammenarbeit dieser Zentren in der Beratung und Unterstützung behinderter Menschen vorangetrieben werden, um voneinander zu lernen und sich bei den dabei auftretenden Problemen zu unterstützen. Zum Anderen sollte die Gründung eines Bundesverbandes dazu dienen, die Idee des Selbstbestimmten Lebens politisch durchzusetzen und abzusichern, insbesondere in der Auseinandersetzung mit den anderen bundesweiten Behindertenverbänden.

Beide Ziele ergänzen sich. Die politische Idee des selbstbestimmten Lebens wird natürlich gestärkt je mehr behinderte Menschen sie sich für ihr eigenes Leben zu eigen machen. Und umgekehrt verbessern sich die Möglichkeiten des einzelnen behinderten Menschen, selbstbestimmt zu leben, je schlagkräftiger und einflußreicher ein Bundesverband Selbstbestimmt-Leben ist.

In der Praxis standen und stehen beide Ziele aber auch oft gegeneinander: Die konkrete Beratung und Hilfe behinderter Menschen auf dem Weg ihrer Emanzipation erfordert vielfach den Blick zurück. Die Beraterinnen und Berater, die selbst schon ein großes Stück weiter im selbstbestimmten Leben sind oder sein sollten, müssen sich wieder in die Zeit zurückversetzen, in der sie anfingen, sich zu emanzipieren, um die Ratsuchenden auf dem Weg ins selbstbestimmte Leben dort abzuholen, wo diese sich jeweils gerade befinden. Wir müssen sie oft dabei unterstützen oder sie geradezu dazu ermutigen, die gleichen Proteste und Kämpfe zu wagen, wie wir zu Beginn unserer Emanzipation, wie bescheiden und unbeholfen diese aus unserer heutigen Sicht auch immer seien mögen.politische Lobby-Arbeit andererseits setzt vor allem den Blick nach vorn voraus: Wie können wir das Erreichte absichern? Wo liegen neue Konflikte und Aufgaben? Wie können wir gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen? Wie bekommen wir einen Fuß in die Tür, ein Plätzchen am Katzentisch oder tatsächlich Einfluß in Gremien und Ausschüssen? Welche Ausschüsse und Gremien sind wichtig, welche nur Schwatzbuden? Wie kann es weiter gehen? Denn es muß weiter gehen. ISL braucht neue Projekte und immer mehr Einfluß. Stillstand oder die Wiederholung der kleinen, beschränkten Proteste und Widerstandsformen unserer Anfangszeit wären in der großen politischen Auseinandersetzung fast schon Rückschritt und würden Mißerfolg bedeuten .

Die Mütter und Väter der Selbstbestimmt-Leben-Zentren fingen alle mit „kleinen“ Protestformen an: Sie machten Aktionen wegen fehlender Rampen oder anderer ausgrenzender Barrieren; Sie lehnten sich gegen die Überversorgung durch die Eltern oder gegen die Entmündigung in den Heimen auf; Sie lernten mühsam, sich gegen das grundsätzliche Nicht-Ernst-Nehmen durch Nichtbehinderte zu behaupten, oder das abverlangte Anpassen an die Normen der Nichtbehinderten zu verweigern.

Heute können sie sich den „großen“ Problemen widmen, wie der Grundgesetzänderung, Gleichstellungsgesetzen, dem Vertrag der der europäischen Einigung, Parlamentsmandaten, dem Berufsbild des „Peer Counselors“ und, wenn die Zeit noch reicht, der Bedrohung durch die Bio-Ethik oder durch die Kosten-Nutzen-Rechnungen der herrschenden Gesundheits- und Sozialpolitik. Sie werden als ExpertInnen von Kongreß zu Kongreß herumgereicht. Sie können mit den Vertretern der alten Behindertenverbände um die Zusammensetzung eines Deutschen Behindertenrates streiten und immer mehr neue Projekte entwickeln. Und mit jedem Projekt wächst die Zeit, der Aufwand und der Zwang, die dafür benötigten Gelder aus deutschen und europäischen Töpfen lockerzumachen. Bei all dieser wichtigen Geschäftigkeit scheinen die Proteste ihrer Anfangszeit als nichtig, überholt oder gar störend, zumal bei vielen die zur Verfügung stehende Zeit knapp geworden ist, da sie neben der Behindertenpolitik auch noch Familie haben.

Für die behinderten Menschen, die zu uns in die Beratungsstelle kommen, hat sich dem gegenüber im Wesentlichen nichts geändert. In vielen Städten Deutschlands wurde zwar die Ausgrenzung durch offensichtliche Barrieren, wie nicht abgesenkte Kantsteine, fehlende Rampen und Fahrstühle oder fehlende akustische und optische Orientierungs-

hilfen, deutlich abgebaut, aber die anderen Formen von Aussonderung, Diskriminierung und Vernichtung bestehen weiter. Einige haben sich sogar dramatisch verstärkt:

- Behinderte Menschen werden systematisch vom Arbeitsmarkt verdrängt. Eine, diese Marktgesetze abmildernde, öffentliche Arbeitsförderung findet immer weniger statt.
- Mit einem bürokratischen Gewaltstreich wurde mit Einführung der Pflegeversicherung nicht nur die pflegerische Versorgung alter und behinderter Menschen auf ein Minimum reduziert, sondern auch der gesellschaftlich offiziell gültige und für alle Kostenträger verbindliche Begriff von „Behinderung" auf seine medizinischen Bestandteile eingeengt.
- Die moderne Medizin erklärt immer mehr Abweichungen von der Norm zu entweder schon jetzt oder wenigstens in absehbarer Zeit behandelbaren Krankheiten und verspricht Abhilfe durch ihre modernen Methoden, wie Neurochirurgie, Reproduktionsmedizin, Gentherapie oder Genmanipulation. Und da, wo noch nicht behandelt oder durch „Euthanasie" beendet werden kann, ist das Übel zumindest durch strikte Vorsorge und vorgeburtliche Selektion zu vermeiden.
- Diese „Medizinierung" sozialer Verhältnisse wird ergänzt durch „bioethisch" legitimierte Kosten-Nutzen-Diskussionen in der Geisteswissenschaft und entsprechende Rechnungen in der Sozialpolitik.
- Verschärft hat sich schließlich der rücksichtslose Individualismus und das herrschende Schönheitsideal war noch nie zuvor so dominierend und allgegenwärtig wie zur Zeit.ist daher die unmittelbare Auseinandersetzung mit diesen immer mehr vernichtenden und ausschließenden Normen, diesen tödlichen Werten und diesem mörderischen Tempo der nichtbehinderten Welt das alles bestimmende und entscheidende Element auf den Weg in ein selbstbestimmtes Leben.

Leider ist die große Gruppe behinderter Menschen sehr aufgesplittert und in sich differenziert. Daran hat sich auch durch die bedrohlichen Zuspitzungen der letzten Jahre nichts geändert. Eher das Gegenteil ist eingetreten. Weder die Gruppe behinderter Menschen als Ganzes noch ein nennenswerter Teil von ihr hat auch nur ansatzweise das entwickelt, was sich die selbsternannten Väter der „Krüppelbewegung", Franz Christoph und Horst Frehe, und einige andere erhofft hatten: ein Krüppelbewußtsein. Und das lag nicht nur daran, das Franz und Horst, wie wir aus der Randschau jetzt wissen, bei der „Entwicklung des Krüppelstandpunktes" voll des Weines waren.Gruppe behinderter Menschen differenziert sich nach Ursache, Art und Umfang der Beeinträchtigung. Sozialpolitik, Sozialexperten und das Verhalten der Nichtbehinderten verschärfen diese Differenzierungen und Hierarchien unter den Behinderten. Jeder behinderte Mensch erlebt eine ganz individuelle Behinderung und geht zwangsläufig ganz individuell damit um. Aussonderung, Diskriminierung und Kränkungen werden höchst unterschiedlich erlebt und verarbeitet. Die Gesellschaft offeriert und honoriert, beziehungsweise verweigert und bestraft die verschiedensten Überlebensstrategien. Eine allgemeine Lösung für alle gibt es nicht. Was bei der einen Behinderten zum „Erfolg" in Form von Anerkennung, Lebensqualität oder Integration führt, endet bei dem anderen Behinderten mit einer Niederlage. Selbst Menschen mit gleicher Beeinträchtigung sind daher meist höchst unterschiedlich behindert. Andere Faktoren der Differenzierung - nach Geschlecht, Alter und sozialer Lage - kommen zudem noch dazu.das macht es unmöglich, daß ein Krüppelbewußtsein entstehen kann, ein gemeinsames Bewußtsein über die soziale Lage als behinderter Mensch, über deren gemeinsamen Ursachen und über Wege ihrer Veränderung. Selbst Untergruppen der Behinderten mit einem größerem Grad an Gemeinsamkeit, zum Beispiel die Geburtsbehinderten, konnten kein solches kollektives Bewußtsein entwickeln. Bewußt erlebt wird nur hin und wieder eine gemeinsame punktuelle Betroffenheit von Ausgrenzung oder Diskriminierung. Aber nur in ganz wenigen Fällen hat sich daraus auch ein gemeinsames Handeln von vielen Behinderten oder ihren Verbänden ergeben. So bedurfte es schon des Jahrhundertangriffs auf die Errungenschaften der Behinderten durch die Pflegeversicherung, um alle größeren Behindertenverbände, vom Reichsbund bis ISL, mal zum gemeinsamen politischen Protest zu veranlassen. Die Konflikt- und Organisationsfähigkeit der behinderten Menschen ist bedauerlicherweise äußerst gering.



Dabei gibt es durchaus eine Gemeinsamkeit zumindest aller sichtbar Behinderten, nämlich das, was nach einer Formulierung von Primo Levi (nach dessen Erfahrungen mit der Entwertung und Selektion der Menschen an der Rampe in Auschwitz) als „Pannwitzblick" bezeichnet werden kann: Die Blicke und Reaktionen der unbehinderten Mitmenschen, die im behinderten, von der Norm abweichenden Gegenüber immer zuerst das Andere, das Abweichende, das Defekte sehen. Dieser Blick ist selektierend und vernichtend, er sieht in erster Linie ein Objekt, das zunächst in der einen oder anderen Form behandelt werden muß, das Therapie, Hilfe, Mitleid oder andere Sondermaßnahmen bedarf, und erst dann erkennt er - und auch das nur ausnahmseise - dahinter das gleiche Subjekt. Aber diese Gemeinsamkeit reicht nicht aus, sie ist den behinderten Menschen nicht derart bewußt, das daraus ein gemeinsames Handeln, gemeinsamer Protest und Widerstand wird. Die gemachten Erfahrungen mit dem „Pannwitzblick" werden nicht verallgemeinert, im Kopf verfestigt und an andere, nachfolgende Behinderte weitergegeben. Jeder behinderte Mensch fängt gewissermaßen immer wieder bei Null an. Er muß den Kampf gegen das, was wir wiederholt „Kopfstreichelmentalität" der Nichtbehinderten genannt haben und was in normalen Zeiten die Form von Mitleid, Unverständnis, Nichternstnehmen, Unsicherheit oder Ausgrenzen annimmt, in ökonomisch und politisch zugespitzten Zeiten, in denen Tabus und moralische Bedenken fallen, aber schnell zur Selektion, zum Nicht-länger-Zulassen und zum „tödlichen Mitleid" wird, immer wieder mit seinen Mitteln und in seinem Tempo selbst führen.liegt der tiefere Grund, daß die Behinderten- und Krüppelbewegung nach dem stürmischen Aufbruch Ende der Siebziger, Anfang der Achtziger Jahre so schnell an Kraft und Substanz verlor.

In den Reihen von ISL gibt es, manchmal sind wir geneigt zu sagen, unglücklicherweise, viele JuristInnen. Diese bemühen sich redlich, diese fehlende Kontinuität,

diese mangelnde Weitergabe gemachter Erfahrungen einer Behindertenbewegung dadurch auszugleichen, daß sie die von den Vätern und Müttern der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung selbst gemachten Erfahrungen in allemöglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetze und Gesetzesvorschläge packen. Aber ein solches Bemühen täuscht natürlich Stetigkeit und Kraft einer Behindertenbewegung, die Spuren in der Gesellschaft hinterläßt, nur vor. Die Idee des selbstbestimmten Lebens behinderter Menschen muß zu allererst in die Köpfe und Herzen der Nichtbehinderten verankert werden, dann in dieselben der Behinderten. Ihre Verankerung in dem einen oder anderen Gesetzesparagraphen kommt dann fast von allein.

Von den beiden Ausgangszielen von ISL ist das eine, die gegenseitige Unterstützung bei der konkreten Beratung der in die Zentren kommenden behinderten Menschen und deren Freunde und Angehörigen, stark vernachlässigt worden. Es gab so gut wie keine Mitgliederversammlung, auf der dieses Ziel Thema war. Dazu fehlte es bei den Verantwortlichen in Vorstand und Geschäftsführung von ISL doch zu sehr an Zeit und Bereitschaft, den besagten Blick zurück zu werfen. Die jüngst beschlossene Satzungsänderung von ISL, nach der jetzt auch Einzelpersonen Mitglied werden können, wird diese Fehlentwicklung von ISL noch verstärken. Aber auch aus den großen Zentren selbst kam nicht ausreichend die Forderung, sich diesem Ziel mehr zu widmen. Das lag nicht nur daran, daß auch dort die Aktiven zeitlich sehr belastet waren, sondern auch daran, daß ein solcher gemeinsamer Erfahrungsaustausch zwar sehr nützlich sein kann, aber auch ein Stück gegenseitiger Kontrolle bedeutet. Ohne dieses ließ sich doch leichter von den hehren Selbstverpflichtungen, wie sie in der Satzung von ISL festgelegt sind, abweichen, wenn es der Sachzwang verlangte. So fiel es weniger auf, wenn das eine oder andere Zentrum eine nichtbehinderte Person anstellte, Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband oder in der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte wurde, die Trennung zwischen Beratung und der Bereitstellung anderer, (von einem Kostenträger) zu bezahlender Dienstleistungen aufhob, Gelder der Aktion Sorgenkind annahm oder auch mal auf eine Anti-Singer-Veranstaltung oder dergleichen verzichtete, um nicht die geldgebenden Ratsherren oder die neuen Dachverbände zu erschrecken. (Auf das Angebot von ISL „Peer Counselor" auszubilden, was ja dem Ziel der Verbesserung der Beratung dienen soll, müßte an anderer Stelle mal ausführlich eingegangen werden. Hier wollen wir nur eine kritisch-warnende Frage stellen: Wird dadurch nicht auch eine neue Sorte SozialexpertIn herangezüchtet und die gute, alte „Betroffenenberatung" unnötig sprachlich und auch sonst aufgebläht?)

Bei der Verwirklichung des zweiten Zieles, die Idee des selbstbestimmten Lebens politisch zu stärken, war ISL sehr erfolgreich.

ISL ist zu einer nicht unbedeutenden und lauten Stimme für die behinderten Menschen geworden. An den öffentlichen Debatten über ein Anti-Diskriminierungsgesetz oder darüber, ob in Deutschland ein Behindertenrat gebraucht wird, kann ISL fast gleichberechtigt neben den großen Behindertenverbänden teilnehmen. An der Durchsetzung der Neufassung des Artikels 3 des Grundgesetzes war ISL maßgeblich beteiligt.

Zu den wirklich gewichtigen Entscheidungen allerdings, wie die Pflegeversicherung oder die Sozialhilfereform, Entscheidungen, die die Lebensbedingungen von Hunderttausenden Menschen, die sich ohnehin schon am Rand der Gesellschaft befinden, verschlechtern, wurde und wird ISL nicht herangezogen. Soweit sind wir noch lange nicht! Diese Entscheidungen fällt die konservative Regierung allein oder kungelt sie mit den großen Wohlfahrtsverbänden und der SPD aus. Im Nachhinein wurden VertreterInnen von ISL doch schon zur parlamentarischen Anhörung über die Mängel der Pflegeversicherung eingeladen und der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium empfing eine ISL-Delegation, um zumindest deren Kritik entgegenzunehmen. Und nicht zuletzt dank des großen Einsatzes von ISL-VertreterInnen, wurde die Möglichkeit für behinderte Menschen, ihre HelferInnen selbst anzustellen, durch eine ausdrücklich dazu dienende Änderung des Bundessozialhilfegesetzes erhalten.

In den Massenmedien kommen die selbstbetroffenen, kritisch-kompetenten VertreterInnen der Selbstbestimmt-Leben-Idee dafür aber oft ins Bild und zu Wort, mehr fast noch als die herkömmlichen Verbandsfunktionäre mit ihren drögen, sozialpolitischen Verlautbarungen. Das ist aber nicht nur Erfolg von ISL, sondern entspringt auch der althergebrachten mitleidig-großherzigen Haltung der nichtbehinderten Medienverantwortlichen, mal Behinderte zu Wort kommen zu lassen, und ihrem Vorurteil, daß Behinderte ohnehin nichts, also auch keinen politischen Schaden anrichten können. Schicke und schlaue Behinderte, die es trotz ihrer Behinderung geschafft haben, und selbst kluge und kämpferische sind in der richtigen Dosierung für die privaten Massenmedien durchaus verkaufsfördernd. Voraussetzung ist nur, daß sie nicht zu sehr gegen die herrschende Ästhetik verstoßen.

Aber auch sonst hat ISL ihre Spuren hinterlassen. Der Begriff von der „Selbstbestimmung behinderter Menschen" wird immer verbreiteter und selbstverständlicher benutzt. Selbst im Pflegeversicherungsgesetz taucht er an zentraler Stelle auf. ISL gibt es mittlerweile Behindertenverbände, die immerhin schon in der Unterzeile ihres Verbandsnamens oder wenigstens im Untertitel ihrer Verbandszeitschrift das Wort „Selbstbestimmung" haben. Kein Verband, der etwas auf sich hält, verzichtet inzwischen darauf, Fachtagungen zum Thema „Behinderung und Selbstbestimmung" zu organisieren und es ist nahezu ein „Muß", dazu auch behinderte Experten oder Expertinnen aus der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung als AutorInnen oder ReferentInnen einzuladen. Was allerdings auch deshalb nur noch wenige Probleme bereitet, weil die meisten von diesen mittlerweile in einem Alter sind, in dem sie ihre jugendliche Radikalität verloren haben und einige sich ja inzwischen auch selbst mit Doktortiteln schmücken, also ExpertInnen nicht nur als Betroffene, sondern



auch im traditionell akzeptierten, normal-akademischen Sinne sind. An den Fachhochschulen für Sozialarbeit oder im Fachbereich Sonderpädagogik der Universitäten ist „Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen" beliebtes Thema für Diplomarbeiten. Es vergeht kaum ein Semester, in dem es keine entsprechende Anfrage des wissenschaftlichen Nachwuchses bei den Selbstbestimmt-Leben-Zentren gibt. ßgeblich von ISL mitgeprägt wurde auch der Begriff der *persönlichen Assistenz. für behinderte Menschen*, der immer mehr zur Selbstverständlichkeit wird. wenigen Jahren dachte man bei dem Begriff „persönliche Assistenz" höchstens an die Privatsekretärin hochbezahlter Herren oder an den Butler in übriggebliebenen Fürstenhäusern, heute benutzen ihn schon viele Behindertenverbände an Stelle von „Hilfe", „Pflege", „Betreuung" oder gar „Wartung", wie es bis Anfang 1995 noch im Bundessozialhilfegesetz hieß, um zumindest sprachlich dem hilfebenötigenden Menschen mehr Geltung und Macht zu verleihen.Wir machen uns keine Illusion über den tatsächlichen Wandel der Verhältnisse innerhalb dieser Behindertenorganisationen und von deren Verständnis von Interessenvertretung. Bei einigen ist die gewandelte Sprache sicherlich mehr Kostümierung oder fauler Opportunismus. Aber dennoch, Sprache ist nicht nur Ausdruck der herrschenden Machtverhältnisse, sondern auch ein Mittel zu deren Veränderung. Wenn heute immer mehr behinderte Menschen und deren Interessenverbände von „persönlicher Assistenz" sprechen - leider machen das noch nicht im gleichen Maße die hilfeabhängigen älteren Menschen und ihre Organisationen - dann ist das eine gute Voraussetzung, daß in absehbarer Zeit die MitarbeiterInnen der Behörden und in den Behinderteneinrichtungen es ebenfalls tun müssen. Und wenn die Betreuer gezwungen sind, von der persönlichen Assistenz ihrer Betreuten zu sprechen, dann ist das schon ein kleines Stück tatsächlicher Machtverschiebung. Inzwischen hat ja selbst in manchen Vergütungsverträgen zwischen Anbietern ambulanter Hilfen und den Kostenträgern der Begriff seinen Niederschlag gefunden und es kann der Leistungskomplex „persönliche Assistenz" abgerechnet werden.ähnt sei als Letztes auch noch, daß VertreterInnen der Selbstbestimmt-Leben-Gruppen bei Parlamentswahlen kandidieren und in verschiedenen Parlamenten saßen oder immer noch sitzen.

Für die Zukunft stellen sich für ISL einige gravierende Probleme, die sie nur überstehen wird, wenn sie diese bewußt macht, wenn sie klare politische Prioritäten setzt und ihre bescheidenen Mittel und Kräfte entsprechend effektiv nutzt:



der weitere Ausbau der Zentren und selbst der Erhalt des Erreichten ist unter den Bedingungen der gegenwärtigen Sozialpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden kaum mehr möglich. Eine grundsätzliche Änderung dieser Bedingungen ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Auch eine mögliche rot-grüne Bundesregierung wird zu keiner grundlegenden Änderung der Sozial- und Gesundheitspolitik bereit sein.sollte aber dennoch, gerade angesichts dieser Situation allen ISLerInnen Folgendes klar sein: Die Zentren sind nur mit öffentlichen Mitteln finanzierbar und es ist eine gesellschaftliche Pflicht ihre weitere Arbeit zu finanzieren und zu ermöglichen. Es grenzt an Selbstbetrug, wenn einige ISL-Verantwortliche der Hoffnung folgen, daß die Selbstbestimmt-Leben-Zentren - und damit auch der Bundesverband ISL - durch irgendeine „alternative" Finanzierung, wie Sozial-Sponsoring, Spenden, Fond-Raising, Gelder der Aktion Sorgenkind oder aus EU-Töpfen auf Dauer am Leben erhalten werden können. Durch all das werden immer nur kleine Teile der Kosten unserer Arbeit gedeckt werden können. Nahezu naiv ist die Vorstellung, durch die Gründung von Unternehmen ein Überleben der Zentren zu sichern. Als ob die Abhängigkeit von den Gesetzen der Konkurrenz und des Marktes eine so viel angenehmere und sichere ist als die vom Staat, als ob die privatwirtschaftlichen Sachzwänge einem nicht erst recht Charakter und Moral rauben. Zentren können - wenn überhaupt - nur durch einen entschlossenen, gemeinsamen politischen Kampf erhalten werden. Es muß daher für die ganze nächste Zeit oberste Priorität von ISL - Bundesverband und Zentren gemeinsam - sein, eine Kampagne zum Erhalt der Zentren zu machen. Die bestehenden Zentren sind das Rückgrat von ISL. Wenn sie eines nach dem anderen kaputtgehen, dann wird es auch bald keinen Bundesverband, keinen Förderfond, keine „Modellprojekte" mehr geben. Zu einer solchen Kampagne gehört, daß wir der Öffentlichkeit, aber wohl auch mal wieder uns selbst klar machen, was das Besondere an diesen Zentren und ihrer Arbeit ist, was sie von anderen Beratungsstellen unterscheidet, daß sie unverzichtbar für die Zukunft der behinderten Menschen sind. Dazu gehört, daß wir die anderen Behindertenverbände oder wenigstens einige von ihnen, ParteienvertreterInnen und MitarbeiterInnen der Sozialbürokratie für uns gewinnen, daß sie sich ebenfalls für den Erhalt der Zentren stark machen. Voraussetzung dafür ist, daß ISL seine Besonderheit, seine Einmaligkeit und Eigenständigkeit hervorhebt und diese nicht in einer ohnehin nur vorgetäuschten Gemeinsamkeit mit den anderen Behindertenverbänden ertränkt.Wenn ISL öffentlich nur erlebt wird in mehr oder weniger trauter Gemeinsamkeit mit anderen Verbänden, etwa beim Bemühen um einen Deutschen Behindertenrat oder demnächst in der gemeinsamen Kampagne der Aktion Sorgenkind zur Grundgesetzänderung, dann soll sich keiner wundern, daß niemand mehr so recht weiß, warum er oder sie sich für ISL noch gesondert einsetzen soll. Zu einer solchen Kampagne zum Erhalt der Zentren gehört aber auch der oben geforderte Blick zurück. Aus zwei Gründen: Zum einen gelingt es nur dadurch, neue „Generationen" behinderter Menschen als MitstreiterInnen für ISL und die Selbstbestimmt-Leben-Idee zu gewinnen. Nur wenn die Ratsuchenden spüren, daß sie bei uns anders behandelt werden, daß sie von uns in allen ihren Bedürfnissen ernstgenommen werden, werden sie sich für eine Verteidigung der Zentren einsetzen. Beides, die Unterstützung durch die Ratsuchenden und neue MitstreiterInnen sind für den Erfolg der Kampagne unerläßlich. Zum anderen ist der Blick zurück wichtig, weil es sehr gut möglich ist, daß wir nicht stark genug sein werden und nicht ausreichend Bündnispartner finden, unsere Zentren zu erhalten. Wir sollten uns deshalb daran erinnern, daß es auch eine Zeit davor gab, ohne bezahlte MitarbeiterInnen, ohne vom Staat oder Arbeitsamt finanzierte Räume, und in der trotzdem der Kampf für das selbstbestimmte Leben Behinderter möglich und sinnvoll

war. Einige ISL-Verantwortliche können sich das offensichtlich nicht mehr vorstellen und sind bereit, immer mehr Grundsätze des selbstbestimmten Lebens preiszugeben, wenn dadurch nur irgendwelche Gelder zusammenkommen. Aus Angst vor dem Tod betreiben sie Selbstmord. Denn wenn erst einmal die Eigenständigkeit und das Besondere von ISL und den Zentren verloren gegangen sind, warum sollen dann noch Gelder dafür zur Verfügung gestellt werden?

Weitere Prioritäten ergeben sich für ISL aus den weiter oben skizzierten Zuspitzungen in der Aussonderung und Diskriminierung behinderter Menschen: Im gesamten Bereich der ambulanten und stationären Versorgung pflegeabhängiger Menschen erleben wir Entwicklungen, die gar nicht dramatisch genug beschrieben werden können.

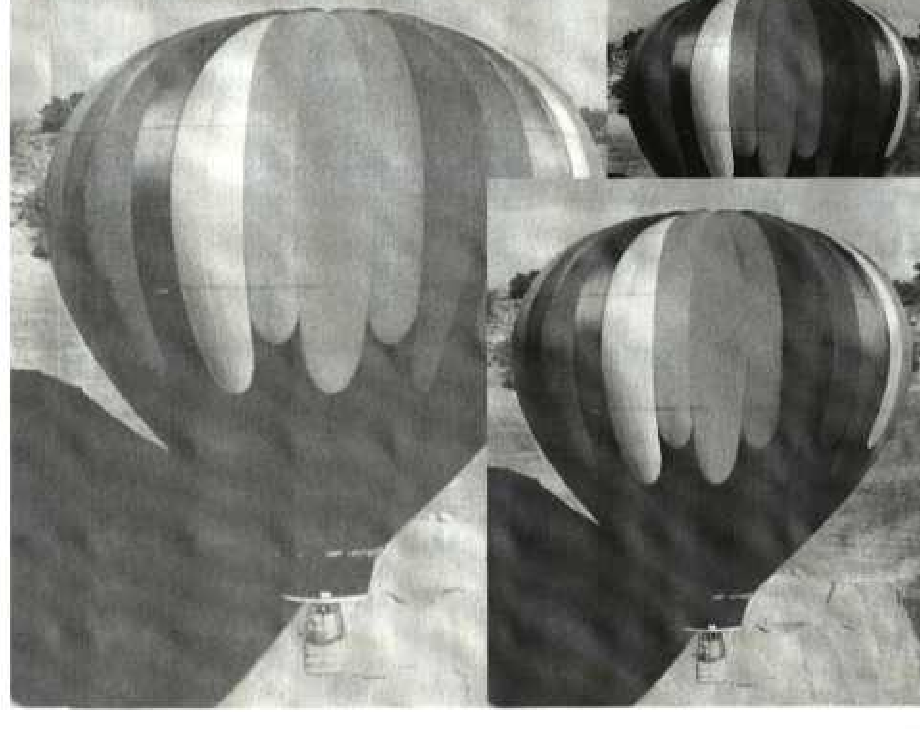
Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen. Nur so viel:

- Allein die Einführung des jetzt als Entwurf vorliegenden Standardpflegesatzes für Pflegeheime bedeutet nicht nur den Verlust von über einem Drittel der dortigen Arbeitsplätze, sondern vor allem den gewollten Tod, die Vernichtung Tausender pflegebedürftiger Menschen.
- die bioethische Offensive nimmt an allen Ecken und Enden zu, die eugenischen und anderen selektiven Folgen der Medizin, der Gesundheits- und Sozialpolitik werden immer schrecklicher. Die gesellschaftlichen Gegenkräfte werden zur Zeit eher immer weniger.

In beiden Bereichen müßte ISL viel aktiver werden und andere Behindertenverbände, aber auch andere gesellschaftliche Gruppen mitreißen. Hier müßte ISL politisches Profil und Gewicht gewinnen und alle Kräfte darauf konzentrieren. Wie unwichtig sind demgegenüber Sitze im Parlamenten, im Deutschen Behindertenrat, in den EU- und den vielen anderen Gremien, die ISL-Funktionäre innehaben oder einnehmen wollen. Jüngst lasen wir in der „Frankfurter Rundschau", daß Ottmar Miles-Paul auch noch einen Sitz im Fernsehrat des ZDF für ISL haben will.soviel Sitzen muß die Bewegung zu kurz kommen!

Zum Schluß noch einmal zum Thema „Aktion Sorgenkind".Grundsätzliche zur „Aktion Sorgenkind" und zur Unvereinbarkeit ihrer Gelder mit der Selbstbestimmt-Leben-Idee haben wir in der Auseinandersetzung mit der Münchner ISL-Organisation dargestellt. Nichts ist davon zurückzunehmen und nichts braucht hinzugefügt werden. Bleibt also die Frage: Ändert sich etwas durch die von der „Aktion Sorgenkind" initiierte „Aktion Grundgesetz"?

Derselbe Lothar Sandfort , der noch vor wenigen Monaten so klar auf den Punkt gebracht hat, warum die Gelder der „Aktion Sorgenkind" für ISL tabu bleiben müssen, behauptete auf dem ISL-Strategietreffen in Trebel im März dieses Jahres nun munter drauf los, daß die geplante Kampagne „Aktion Grundgesetz" die Lage radikal geändert hat, daß durch diese Kampagne ein *„fast revolutionärer"* (O-Ton Lothar) Wandel im Bewußtsein der Bevölkerung eintreten wird, daß dadurch ein Bruch in der gesellschaftlichen Entwicklung eintreten und eine Bewegung ausgelöst wird wie 1981 durch die Bühnenbesetzung in Dortmund und daß sich ISL nur lächerlich macht, wenn sie sich nicht an dieser Kampagne, wie von der „Aktion Sorgenkind" großzügig angeboten, beteiligt. Nichts gegen optimistische Prophezeiungen, aber für gute Politik sind zunächst mal die nüchternen Fakten wichtig. „Aktion Sorgenkind" macht eine Aufklärungskampagne für die Gleichberechtigung behinderter Menschen mit peppigen Plakaten, Postkarten und Kinospots. Neu ist das nicht. Die „Aktion" wirbt schon lange für mehr Rechte statt Mitleid für Behinderte. Nicht selten mit wunderschönen und in unserem Sinne korrekten Fotos. Neu ist sicherlich der Millionenumfang dieser Kampagne und neu ist auch, daß auf den Plakaten und Karten nahezu ungefilterte O-Töne aus verschiedenen Krüppel- und Behindertenverbänden zitiert werden. Die „Aktion" verzichtet dabei auf ihr Logo und benutzt stattdessen eins, das jedes Kind sofort mit der „Aktion Sorgenkind" in Verbindung bringt. Um ganz sicher zu gehen, steht daneben kleingedruckt, daß es sich um eine Aktion der „Aktion Sorgenkind" in Zusammenarbeit mit x Behindertenverbänden handelt. Welche Wirkung diese Kampagne insbesondere auf die Nichtbehinderten hat, das weiß natürlich wie bei allen Werbekampagnen vorher niemand.„Aktion Sorgenkind" hat weiterhin angeboten, in einer Projektgruppe über eine Namensänderung nachzudenken.Ganz neu ist auch das nicht. Schon seit langem reden die Verantwortlichen der „Aktion" davon, daß der Name geändert werden soll, daß das aber wegen dem vielen Geld, das eine solche Namensänderung kosten würde und den dadurch zu befürchtenden Einnahmeverlusten nicht gehen würde. ISL sollte also lieber mal abwarten, was aus diesen Überlegungen der Projektgruppe wird.selbst wenn, auch eine bloße Namensänderung würde am Charakter der „Aktion Sorgenkind" und ihrer Gelder nicht viel ändern. Wenn sie sich wirklich ändern soll, dann müßte noch einiges mehr passieren. Dann müßten zum Beispiel die maßgeblichen Gremien der „Aktion" mit Behinderten besetzt werden; dann müßten in den Sendungen der „Aktion" grundsätzlich die Behinderten als handelnde und entscheidende Subjekte auftreten und nicht nur hin und wieder mal eine Sigrid Arnade im Studio schön drapiert werden; dann müßten in den wöchentlichen Bilanzen der guten Taten nicht die großzügigsten und edelsten Spender gefeiert werden, sondern diejenigen, die am besten die Selbstbestimmung und Gleichstellung behinderter Menschen gefördert haben. Kurzum, dann müßte nicht zuletzt Dieter Thomas Heck in die Wüste geschickt und die Nichtbehinderten in eine Nebenrolle verbannt werden.



GERLEF GLEISS, HAMBURG



Es gibt viel zu tun - packt es an

oder der heimliche Frust eines Ge… der Bewe…

Bewegung wohin? Diese von der randschau aufgeworfene Fragestellung inspirierte mich zu einer anderen, als sonst üblichen Herangehensweise an diesen Artikel. Während eine meiner Hauptaufgaben als Geschäftsführer der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland - ISL e.V. - häufig darin besteht, optimistisch in die Zukunft zu blicken, Chancen zu sehen und Andere zu motivieren aktiv zu werden und die Sache trotz zum Teil erheblicher Schwierigkeiten anzupacken, will ich diesen Artikel dazu nutzen, meinen heimlichen Frust in der täglichen Arbeit aufzuzeigen. Auch wenn dies zum Teil sehr gut tut, geht es mir nicht darum, bundesweites Mitleid zu erheischen - ich liebe meinen Job, wie er ist -, sondern vor allem darum, aus der Perspektive eines aus der Bewegung gewachsenen und heute hauptamtlich Beschäftigten, der gemeinsam mit Anderen für unsere Sache noch viel erreichen will, darzustellen, wo es meiner Meinung nach hakt.

Wer keinen Nachwuchs fördert, bleibt zu Recht auf der Arbeit sitzen

Es dürfte fast kein Monat vergehen, in dem wir nicht den mangelnden Nachwuchs in der Bewegung beklagen. „Es gibt einfach zu Wenige, die was tun", ist eine gängige Aussage, die ich vorbehaltlos teilen kann. Doch was tut jede/r Einzelne von uns dafür, daß sich dies ändert? Welche Möglichkeiten bieten wir Interessierten, die bei uns mitmachen wollen, bei uns einzusteigen, Verantwortung zu übernehmen oder überhaupt erst einmal unsere z.T. hochtheoretische Sprache zu verstehen? Und dann kommt die zentrale Frage, sind wir bereit, unsere Plätze zu räumen und Macht abzugeben, um dem „Nachwuchs" wirkliche Möglichkeiten zu geben? In Kassel hat es mich und Andere viel Energie gekostet, durchzusetzen, daß bei uns mehr Ehrenamtliche und PraktikantInnen mitmachen dürfen und in unseren alltäglichen Betrieb hineinwachsen und sich mit unserer Sache identifizieren können. Argumente wie der mangelnde Platz im Büro, die zum Teil aufwendige Anleitung in Ergänzung zur ohnehin schon bestehenden Arbeitsüberlastung, eine gewisse Qualität, die wir nicht zuletzt wegen der Förderer garantieren müssen oder die Verwischung des Verhältnisses „Klient - Berater", sind sicherlich Argumente, mit denen wir uns auseinander setzen müssen, doch treiben sich mich manchmal zur Weißglut. Von einer agilen Bewegung erwarte ich, daß wir nicht vorrangig die Probleme, sondern die Suche nach Lösungen in den Vordergrund stellen. Kalle Konkkola, Präsident von Disabled Peoples International - DPI - hat diese Herangehensweise einmal mit dem Ausspruch „wir haben keine Probleme, sondern lediglich Herausforderungen" meines Erachtens sehr treffend beschrieben. Diesen Geist vermisse ich im Alltag, in der Bewegung und in den Zentren häufig - bei aller guter Arbeit, die dort geleistet wird. Würde sich jede/r Mitarbeiter/in und jedes aktive Mitglied unserer Bewegung verpflichten, lediglich 1 interessierte behinderte Person über 2 Jahre anzuleiten, zu begleiten und bei Bedarf zu einflußreicheren Positionen verhelfen, könnte dies ein Effekt haben, der unsere häufig so beschworenen hauptamtlichen Aktivitäten in den Schatten stellt. Den Kritikern, die diesen Vorschlag als zu simpel abtun, kann ich dahingehend recht geben. Es ist sicherlich nicht immer so einfach, engagierte Personen zu finden, auch verpufft viel Energie und wir brauchen entsprechende Bildungsangebote. Doch wie eben gesagt, sind dies lediglich Herausforderungen. Auf diese Weise würde es uns vielleicht auch gelingen unsere Bewegung behinderungsübergreifender zu gestalten. Es sind leider immer noch viel zu Wenige, die sich Gedanken darüber machen, wie der Zugang für Blinde oder Hörbehinderte gewährleistet werden kann. Dabei geht es häufig nicht nur um die hohen Kosten, sondern vor allem darum, daß statt fehlender Rampen auch andere Einschränkungen gesehen werden.

Mehr Spezialisierung und Training tut Not

Wir haben vor einigen Jahren viel Furore mit unseren neuen Forderungen nach Selbstbestimmung, Selbstvertretung und Gleichberechtigung gemacht. Gegenwärtig befinden wir uns in der Situation, daß wir zunehmend beim Wort genommen werden und unsere lange proklamierte Kompetenz auf immer breiterer Ebene angefragt und gefordert ist. Andererseits hat sich der Kreis derjenigen, die die Erfahrung, das Know-how und Interesse an der kontinuierlichen und kompetenten Mitwirkung in Gremien oder bei Veranstaltungen haben, nicht wesentlich verbreitert. Den früher häufig ausreichenden pauschalen Aussagen, müssen wir heute kompetente und detaillierte Konzepte und Stellungnahmen entgegensetzen, die einer Spezialisierung bedürfen. Auch wenn wir uns die Schwerpunkte und das Tempo unserer Bewegung nicht von Außen diktieren zu lassen brauchen, haben wir heute wesentlich besse-

re Chancen der politischen Einflußnahme, die wir nicht voll ausschöpfen. Dies tut bei der gegenwärtigen politischen Situation im Alltag zum Teil sehr weh. In Ergänzung zu unseren wenigen „Allround - Genies", die in der Regel für uns auftreten und die - und dies kann ich vorbehaltlos sagen - ausgezeichnete Arbeit leisten, die unsere Sache weit vorangebracht hat, brauchen wir mehr Leute, die sich auf Themenschwerpunkte spezialisieren, das Know-how für öffentliche Auftritte und Gremienarbeit lernen und die bereit sind, sich für unsere Bewegung trotz zum Teil enormem finanziellen und persönlichen Aufwand ins Zeug zu legen. Eine Weiterbildung zur InteressenvertreterIn könnte zum Beispiel eine gute Basis bieten, die natürlich eine gute Koordination und Zusammenarbeit mit unseren InteressenvertreterInnen benötigt. In den letzten Jahren haben wir uns in diesem Bereich sicherlich weiter entwickelt, so daß wir Wochenenden haben, während denen ein ganzer Schwarm unserer ReferentInnen im In- und Ausland für die Bewegung unterwegs sind. Doch könnten wir wesentlich mehr erreichen, wenn wir unsere persönlichen Ressourcen besser einsetzen würden.

Ohne Moos nix los

Auch wenn mir klar ist, daß Geld nicht alles ist und wir über viele andere zum Teil viel wichtigeren Ressourcen verfügen, ist eine starke soziale Bewegung immer auf eine gute finanzielle Grundlage angewiesen. Vor allem einige der Zentren für selbstbestimmtes Leben, die nur über geringe finanzielle Mittel verfügen, können ein Lied davon singen, wie viele Ressourcen durch die ständigen Finanznöte verpuffen und welchen Effekt dies auf die Motivation der Beschäftigten und Mitglieder hat. Auch wenn es uns in den letzten 10 Jahren trotz enormem Sozialabbau gelungen ist, unseren Umsatz durch die Initiativen der Bewegung zu vervielfältigen und fast 100 Arbeitsplätze für Behinderte in der Bewegung zu schaffen, verfügen wir immer noch über viel zu wenig Know-how in der Geldbeschaffung und -verwaltung. Vor allem sind unsere Aktivitäten m.E. noch viel zu wenig darauf gerichtet, die richtigen Kontakte herzustellen und die notwendigen Schritte und Kooperationen rechtzeitig anzuleiern, um mögliche Gelder zu bekommen. Um keine Spekulationen aufkommen zu lassen, meine ich hierbei nicht die Aktion Sorgenkind, sondern ich fordere eine kritische Analyse der Schwerpunktsetzung für unsere Aktivitäten. So wichtig z.B. die Einladung von Studentengruppen in unsere Zentren oder die Vermittlung von Materialien für Diplom - Arbeiten sein mag: Wenn ich dadurch nicht die Zeit dazu finde, neue Projekte zu konzipieren, die Kontakte für Regelförderungen herzustellen oder Anträge zu stellen, um die Stellen meiner KollegInnen weiterführen zu können, habe ich noch nicht erlebt, daß diese Studenten uns aus der finanziellen Misere wieder heraushelfen. So unpopulär es in unserer Bewegung manchmal ist, über Geld und unsere Grenzen zu reden, so nötiger ist es für uns, dies zu tun und eine effektive Strategie zum Erhalt und Ausbau unserer Angebote zu entwickeln. Denn wir treten für eine gute Sache ein, die eine Förderung verdient! Vor allem haben wir mittlerweile viele Beschäftigte, die sehr viel Energie in ihre Arbeit und damit in unsere Bewegung investiert haben. Wir haben eine Verantwortung, unser Möglichstes zu tun, deren Weiterbeschäftigung zu sichern. Ich fordere also, daß wir unsere ganze Bauernschläue auch darauf konzentrieren, wie wir einen Rahmen schaffen, um die Mittel zu bekommen, die uns zustehen. D.h. auch, daß wir uns zusehends fragen müssen, ob ein „fünftes Koordinationstreffen", das uns viel Zeit und Geld kostet, nötig ist oder ob wir öfters auch andere Formen einer Absprache oder Zusammenarbeit wählen können, wie z.B. Telefonkonferenzen oder schriftliche Abstimmungen via e-mail oder per Post. Die Mittel, die wir haben, sollten wir so effizient wie möglich einsetzen. Die schlaflosen Nächte wegen überzogener Konten, der Unsicherheit, ob wir im nächsten halben Jahr noch einen Job haben und die Scham, die sich einstellt, wenn wir mit anderen Verbänden zusammen arbeiten, aber erkennen müssen, daß es uns unheimlich schwer fällt bei Aktionen einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten, schlauchen uns und verlangen nach neuen Wegen. Die Erhöhung unserer Mitgliederzahlen und dadurch erhöhte Einnahmen durch Beiträge könnten ein Weg sein, der viele andere Verbände am Leben erhält.



Proteste sind nur ein Teil einer effektiven Lobbyarbeit

Viele von uns sind förmlich behindertenpolitisch dadurch aufgewachsen, daß wir auf die Straße gegangen sind und gegen Mißstände protestiert haben. Dies hat auch unsere Bewegung geprägt und war und ist enorm wichtig für die Entwicklung in Deutschland. In der täglichen Arbeit merke ich heute jedoch, daß viele andere Dinge zum Teil viel gefragter sind, um politisch erfolgreich zu sein. Seien es Kooperationen mit anderen Verbänden oder Einzelpersonen, eine geschickte Verhandlungstaktik, die kontinuierliche Zusammenarbeit mit PolitikerInnen und der Verwaltung und eine gute abgestimmte Strategie. So sind dies ebenfalls Elemente, die häufig in den Hintergrund treten. Vor allem bedauere ich, daß wir noch viel zu Wenige sind, die sich auf das politische Spiel einlassen und neben dem Instrument der Demo andere Möglichkeiten nutzen. Sei es ein einfacher Anruf bei den Abgeordneten, eine penetrante Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel oder fleißiges Briefe schreiben an die Abgeordneten. Es gibt viele zum Teil sehr einfache Dinge, die getan werden könnten, um so manchem Politiker oder Verwaltungshengst die Hölle heiß zu machen. Andererseits bedauere ich, daß wir viel Energie vergeuden, die wir viel effektiver nutzen könnten.

Wir haben große Möglichkeiten

Auch wenn wir zur Zeit viele Herausforderungen vor uns haben, die viel Kraft, Energie und gesunden Menschenverstand von uns fordern, bin ich überzeugt davon, daß wir trotz aller Widrigkeiten, die uns entgegen schlagen, eine Reihe von Dingen erreichen können, von denen wir heute vielleicht noch nicht einmal zu träumen wagen. Unsere „kleine" Bewegung hat in den letzten Jahren einiges an Bewußtseinswandel vorangetrieben, was langsam beginnt Früchte zu tragen. Wenn uns die Kraft nicht ausgeht und wir bereit sind, die Früchte rechtzeitig zu ernten und uns nicht nur auf die kleinen Trauben konzentrieren, werden wir in den nächsten Jahren sicherlich eine Reihe von positiven Veränderungen bewirken können, für die sich das Kämpfen lohnt. D. h., wir müssen auch auf die Parlamente und zentralen Positionen zusteuern, durch die politische Entscheidungen getroffen und Gelder verteilt werden. Packt es also an!

OTTMAR MILES-PAUL, KASSEL



In Gefahr und größter Not ist der Mittelweg der Tod!

„Der lange Marsch durch die Institutionen" der Linken hat nicht im entferntesten die Ergebnisse erreicht, die sie als Ziele vorgaben: „Hier die jeweiligen angestrebten Vorstellungen selbst einsetzen." Der Glaube daran, daß Reformen tatsächlich geignet sind, dauerhaft die Lebenssituation aller Menschen zu verbessern, war schon damals falsch. Auch die schlagkräftige und für Verbesserungen für Alle kämpfende „Krüppel"-"Bewegung" ist in der Anpassung an die herrschenden Normen zugunsten vordergründiger Anerkennung oder Vorteile für einige Wenige aufgegeben worden.

Die „Krüppel"-"Bewegung" hat sich, wie andere soziale und politische Bewegungen auch, verändert. Ein starker Anpassungsprozess findet statt. Und das heißt: Anpassung an gesellschaftliche Normierung und an Selektion.

Dazu drei Beispiele aus den letzten Jahren und eine historische Gegenüberstellung aus der NS-Zeit[1]:

- Die Lizenz zur Selektion mittels Pränataldiagnostik wird immer noch erteilt: *„Wir sind zwar dagegen, aber wir verurteilen keine Frau, die sie nutzt."* Für welches politische Ziel steht diese Haltung? Abschaffung der Selektion? Oder soll die Auseinandersetzung mit denjenigen vermieden werden, die nicht auf Selektion verzichten wollen? Ist die Zustimmung zu einer Form von Selektion der Preis für das Privileg der sozialen Anerkennung als „vernünftige" Mainstream-Frau?
- Die Christopher Street Day Parade war früher - in Erinnerung an die erste gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei - eine fantasievolle Demonstration von Schwulen und Lesben, umsich gegen die Verfolgung zu wehren und um zurückzuschlagen. Es ging darum, andere soziale Lebensweisen als heterosexuelle, ohne Diskriminierung, zu entwickeln und zu praktizieren. Heute ist diese Parade, mit karnevalistischen Zutaten garniert, zum Instrument geworden, gesellschaftliche Kontrollinstrumente, wie die Ehe, auch für sich zu fordern. Auch biologistisch-soziale Zuschreibungen, wie z.B. „die schwule Identität", für sich in Anspruch zu nehmen, stehen nicht nur bei Schwulen hoch im Kurs. Wen wundert es dann, daß Watson[2] das Recht von Frauen / Eltern auf Abtreibung „schwuler Föten" fordert?
- Die Krüppel, weniger bunt und kreativ kostümiert, legen darauf Wert, ihre „Leistungsfähigkeit" und „Normalität" unter Beweis stellen zu wollen, am liebsten in konkurrenten Arbeitsplätzen. Wo ist die Forderung nach einem wirklich ausreichenden Mindesteinkommen für alle geblieben? Andere wollen hingegen die stets knapper werdenden Sozialhaushalte selbst verwalten. Mit der Vorstellung, Schlimmeres verhindern zu können.

Historische Gegenüberstellung:

Daß dies möglich sei, dachten viele der von den Nationalsozialisten eingesetzten Judenräte. Sie haben erst die knappen materiellen Dinge, Arbeitserlaubnisse und ähnliches verteilt und dann geholfen, die Deportationen durch das Erstellen von Listen nach und nach durchzuführen. Zum Schluß waren sie selbst an der Reihe. Das ist ein Beispiel dafür, was geschehen ist, als diejenigen, die sich auf der Selektionsliste höher als andere wähnten, glaubten, sie könnten den Selektionsablauf wesentlich durch ihre Beteiligung daran verhindern oder von sich abwenden.

„Der Linken und Anderen ergeht es ja

ebenso wie uns." „Wir tun doch das, was in unseren Kräften steht und real möglich ist, in diesen für Politik schwierigen Zeiten."[3] Wer dies so sieht, braucht an dieser Stelle nicht weiter zu lesen, sondern soll sich weiter in der jeweils bevorzugten und individuell begründbaren Ecke einrichten. Für einige ist dies sogar ein bezahlter Arbeitsplatz, der je nach Gehalt die gesellschaftliche Anerkennung zuweist und sozialen Aufstieg und „Integration" vorgaukelt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich weiß sehr wohl, wie wichtig bezahlte Arbeit und soziale Anerkennug für ein mehr oder weniger angenehmes Leben in dieser Gesellschaft sind. Davon ausgeschlossen zu sein, greift die Lebensgrundlage an. Materielle Absicherung und soziale Anerkennung sind Grundbedürfnisse. Nicht diese an sich sind ein Problem, sondern die Vorstellungen, wie sie zu verteilen sind. Alle denkbaren Verteilungsmodelle basieren auf von Menschen entwickelten Vorstellungen und den sich daraus ergebenden Interessen. Hierarchie und Macht stehen dabei Vorstellungen von Gleichberechtigung und Herrschaftslosigkeit gegenüber.

„Realistisch sein mit Augenmaß für das Machbare, Demokratie und Toleranz beweisen sowie Verantwortung übernehmen..." So schallt es schwarz-rot-gold-grün aus Bonn und aller Orten, aus der Liberalala Linken und dem pluralistischen Mainstream.[4]

„Der Graben ist nicht überbrückbar" war stets die Kurzformel von Franz Christoph. Er starb viel zu früh an den Leiden, die die herrschenden Verhältnisse gewollt produzieren.

Es gab viel Kritik an den Formen, mit denen er versuchte, die Ziele des bestehenden Gesellschaftssytems und die daraus resultierenden Folgen zu vermitteln. Besonders heftig wurde sie, wenn er Einzelne von „uns" oder die „Küppel"-"Bewegung" als Ganzes kritisierte.

Die sich daraus ergebenden politischen Auseinandersezungen wurden zunehmend durch psychologisierende Erklärungen ersetzt.

In den Nachrufen, die auf seinen Tod erschienen sind, trauerte kaum einer oder eine um ihm. Es wurde gelobt und getadelt sowie manche Anekdote kolportiert, Konkurrenzen beschrieben und weiter betrieben. Abgrenzung statt Trauer. Vermißt wurde er öffentlich kaum.

Ich trauere um Franz Christoph und vermisse ihn, denn bei ihm stand das Wissen um die Auswirkungen des „Grabens" - wie er es nannte - bei jeder seiner politischen Handlungen im Mittelpunkt.

Den Begriff vom „Graben" hat Franz nicht allein entwickelt. Denn Begriffe werden nicht einfach erfunden. Sie sind Ergebnisse der bestehenden Verhältnisse und Bedingungen und den sich daraus notwendig ergebenden Auseinandersetzungen. Vor allem ab Mitte der 70er bis Anfang der 90er Jahre gab es unzählige Diskussionen und Auseinandersetzungen unter uns.[5] Da es nicht gelungen ist, den Begriff vom „Graben" im vollem Umfang ausreichend weiterzuvermitteln, will ich im Folgenden versuchen, ihn erneut mit Inhalt zu füllen. Mir kommt es dabei nicht auf das Wort „Graben" als solches an, sondern auf die Funktion, für die es steht: Weiß, männlich, heterosexuell, genetisch normiert (z.B. Nicht-Krüppel), mittelschichtsorientiert - dies sind die personenbezogenen Hauptkriterien der (angestrebten) kapitalistischen Weltordnung. Um diese „One World" durchzusetzen, werden diejenigen, die bereit sind, diese Vorstellungen zu ihren eigenen zu machen, mit hierarchischen Zuteilungen - je nach Anpassungsleistung - anscheinend belohnt.

Tatsächlich werden aber alle gegen alle ausgespielt. Zweck dieser Konkurrenz unter dem Motto „Jeder ist seines Glükkes Schmied"[6] ist eine von möglichst vielen akzeptierte Werteskala. Die jeweilige Rangposition wird durch zugeteilte materielle oder soziale Vorteile ausgedrückt.

Die Rangreihenfolge soll den Ablauf der kapitalistischen Verwertung von Menschen, einschließlich der Vernichtung, erstellen und ordnen. Um die bestehenden hohen Profitraten weiter erzielen zu können, ist es für die herrschende kapitalistische Verwertungslogik notwendig, auch den Menschen wie jede x-beliebige Ware nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten.

Selektion, „Eugenik" und „Euthanasie" als Formen der Verwertungslogik: Pränataldiagnostik und Tod auf Verlangen (von wem auch immer) sind direkte, logische und konsequente Folgen einer Gesellschaft, die Selektion nicht grundsätzlich - also in jedem Falle - ablehnt. Die Akzeptanz wird dann mit Gesetzen und anderen Maßnahnen legitimiert, durch- und umgesetzt.

Daraus ergibt sich, daß der sogenannte „Graben" nicht nur darin besteht, daß die „Krüppel" auf der einen Seite stehen und die „Normis" auf der anderen, sondern vor allem darin, ob Selektion als Grundbestandteil von Gesellschaft akzeptiert wird oder nicht.

Selektion wird von der „Krüppel"-"Bewegung" nicht mehr so entschieden abgelehnt und bekämpft, wie noch vor einigen Jahren.

Als Beispiel möchte ich daran erinnern, daß es uns gelang, Auftritte von SelektionsbefürworterInnen mit vielen von uns zu verhindern. Heute sind nur noch wenige bereit, mehr als Flugblätter, Artikel und Diskussionen in Angriff zu nehmen.

Selektion läßt sich nicht „human" gestalten. Auch eine eventuelle kurzfristige Verlangsamung verändert den Charakter der Normierung zur Verwertung bis hin zur Tötung von Menschen nicht. Selektion ist nicht reformierbar - sie muß bekämpft werden.

HANNELORE WITKOFSKI, HAMBURG



[1] Die Reihenfolge stellt keine Bewertungsskala dar! Außerdem stelle ich klar, daß ich mich durch die Erwähnung der Politik der jüdischen Ghettoverwaltungen nicht an der allerorts betriebenen Nivellierung der Bedeutung dieser historischen Situation beteiligen will. Im Gegenteil: Mir liegt daran, Funktionsmerkmale von Selektion zu verdeutlichen, die bis heute fortwirken.

[2] J.T. Watson, USA, (nicht der Gehilfe von Sherlock Holmes!) der für die "Entdeckung" der Doppelhelix den Nobelpreis erhielt, einflußreicher Manager des Human Genome Projects. Er behauptet, es gäbe ein für Schwulsein verantwortliches Gen auf dem X-Chromosom.

[3] Die kursiv gedruckten Zitate sind Sätze, die mir in Diskussionen immer wieder begnet sind.

[4] Ist das nicht ein herrlich dämlich schönfärberisches Wort für umgesetzte Herrschaftsinteressen in den Köpfen vieler?

[5] "Uns" meint alle, die sich beteiligten, unabhängig von Definitonen "Krüppel" oder "behindert". Darüber hinaus halte ich es für sinnvoll, wenn wir uns erneut über die Bedeutung und den Umgang mit diesen Definitionen auseinandersetzen.

[6] Ich weigere mich, diese Lüqe auch noch in eine neutrale oder gar weibliche Form zu bringen.

# Selbstbestimmt Leben Konkret

3/97

INTERESSENVERTRETUNG 'SELBSTBESTIMMT LEBEN' IN DEUTSCHLAND - ISL E.V.



Kampagne kommt gut an

Die von der ISL im Sommer gestartete Kampagne „Selbstbestimmt und Aktiv statt bevormundet und passiv" hat ein gutes Echo ausgelöst und bereits eine Reihe von UnterstützerInnen gefunden. Diese reichen von engagierten behinderten und nichtbehinderten Einzelpersonen, Stiftungen, JournalistInnen bis zu einer Reihe von Lokal-, Landes- und BundespolitikerInnen, die die Arbeit und Ziele der Selbstbestimmt Leben Bewegung behinderter Menschen unterstützen. Diese erste Unterstützungswelle hat es uns u.a. ermöglicht, auf der dokumenta X in Kassel mit herausfordernden Kunstaktionen präsent zu sein und die Benachteiligung Behinderter deutlich zu machen. Des weiteren haben wir damit begonnenen, die im Bundestag vertretenen Parteien zu bewegen, bei den nächsten Wahlen mehr behinderte KandidatInnen auf aussichtsreiche Listenplätze zu wählen und für den Herbst sind eine Reihe von Veranstaltungen geplant, durch die wir unsere Anliegen in die Öffentlichkeit tragen werden.

Tragt mit dazu bei, daß der positive Beginn unserer Kampagne seinen Fortgang nimmt und werbt weitere UnterstützerInnen für unsere gemeinsame Sache - die Selbstvertretung und Selbstbestimmung Behinderter.

Ottmar Miles-Paul
- Bundesgeschäftsführer -

Mitglied der ISL werden

Da die ISL ursprünglich ausschließlich als Zusammenschluß von örtlichen Zentren für selbstbestimmtes Leben gegründet wurde, war es bisher für viele Einzelpersonen, die sich gemeinsam mit der ISL für ein selbstbestimmtes Leben Behinderter engagieren wollten, gar nicht so einfach, sich in unsere Arbeit einzubringen, wenn es diesen vor Ort noch nicht gelungen war, selbst ein ZsL aufzubauen. So hatte sich in den letzten Jahre - nicht zuletzt auch wegen der vielfältigen Aktivitäten, die die ISL mittlerweile durchführt - ein loses Netzwerk von SympathisantInnen und MitstreiterInnen um die ISL herum gebildet, die aber keine direkte Anbindung an die Organisation hatten.

Mit großer Mehrheit wurde daher auf der Mitgliederversammlung der ISL vom 4./ 5. Juli 97 beschlossen, die Satzung der ISL dahingehend zu ändern, daß zukünftig neben den Mitgliedsorganisationen auch die Aufnahme von Einzelmitgliedern in der ISL möglich ist. Behinderte Menschen, die sich mit unseren Aktivitäten verbunden fühlen und diese durch ihre Mitgliedschaft unterstützen wollen, können nun also bei uns Mitglied werden. Als erstes Einzelmitglied wurde übrigens Uwe Frevert aus Kassel aufgenommen, der seinen Aufnahmeantrag am schnellsten eingereicht hat. Nichtbehinderte Menschen, die unsere Ziele und Aktivitäten fördern wollen, können dies durch ihre Unterstützung des Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter tun, durch den vor allem neue Selbstbestimmt Leben Initiativen und Projekte unterstützt werden.

Während wir nach wie vor einen Schwerpunkt auf starke Zentren für selbstbestimmtes Leben vor Ort legen und all

Fortsetzung auf S. 2



„Du schaffst das schon“

Eine Institution der Selbstbestimmt Leben Bewegung wird 50

Wer sie kennen gelernt hat, vergißt sie nicht so leicht wieder, wen sie inspiriert hat, läßt die Idee des Selbstbestimmten Lebens Behinderter nicht mehr los und wo sie war, bleibt ihr optimistischer und engagierter Geist haften. Die Rede ist von Dinah Radtke, die im September ihren 50. Geburtstag feiert und die Selbstbestimmt Leben Bewegung wie niemand Anderes geprägt hat. Wenn sie heute leuchtend rot gekleidet und vor Lebensfreude und Selbstbewußtsein strotzend mit ihrem Elektrorollstuhl durch die Erlanger Straßen saust oder während Tagungen andere Behinderte ermuntert, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, ist sie der leibhaftige Beleg für die von ihr immer wieder geäußerte Aussage „Du schaffst das schon“, wenn es gilt, Andere zu motivieren.

Konfrontiert mit den vielfältigen Diskriminierungen und Widrigkeiten, mit denen RollstuhlbenutzerInnen in den 70er Jahren konfrontiert waren, gründete Dinah 1977 mit anderen Behinderten die StudentInneninitiative Behinderter in Erlangen als eine der ersten Interessenvertretung behinderter Studierenden. Mit der Erkenntnis, daß wir Behinderten selbst über unser Leben und die uns beeinflussenden Entscheidungen bestimmen missen, wenn wir wirkliche Veränderungen erreichen wollen, war ihre Mitwirkung bei der Gründung des Erlanger Zentrums für selbstbestimmtes Leben Behinderter eine logische Folge. Eine fast behindertengerechte Busflotte und eine wesentlich verbesserte Infrastruktur in Erlangen gehen u.a. auch mit auf ihr Engagement zurück. Mit der Mitbegründung und ihrer Tätigkeit im Vorstand der ISL trug sie ab 1990 einerseits erheblich dazu bei, daß die Idee des Selbstbestimmten Lebens Behinderter begann, weitere Kreise zu ziehen und größere Schlagkraft zu bekommen. Andererseits inspirierte sie durch ihr überregionales Wirken viele behinderte Menschen in anderen Städten, sich für ihre Selbstbestimmung zu engagieren. Mit ihrer Nase für zukunftsweisende und notwendige Initiativen trug sie darauf hin ihren Teil zur Gründung und dem Aufbau der europäischen Sektion von Disabled Peoples' International bei, als deren Vizepräsidentin sie zur Zeit den Bazillus der Selbstbestimmung Behinderter und die Anliegen behinderter Frauen mit großer Vehemenz von Rußland bis Irland und von Finnland bis Portugal verbreitet.

Was wir jedoch am meisten an Dinah schätzen, ist ihre natürliche und menschliche Art, die sie nicht im Rampenlicht und Funktionärswesen verharren, sondern immer wieder zu denjenigen zurück kommen läßt, die ihre Unterstützung und Solidarität brauchen. Ihr optimistisches und ermunterndes „Du schaffst das schon“ hat auf diese Weise schon vielen den nötigen Kick gegeben, es trotz aller Widrigkeiten zu versuchen, etwas zu verändern.

Wir gratulieren Dinah Radtke also ganz herzlich zu ihrem 50. Geburtstag und freuen uns auf die nächsten fünfzig Jahre mit ihr.

Fortsetzung von S. 1

denjenigen, in deren Stadt oder Region bereits ein solches ZsL existiert, die Mitgliedschaft dort empfehlen, bietet die Mitgliedschaft in der ISL einerseits die Möglichkeit einen direkteren Draht zu unseren Aktivitäten auf überregionaler Ebene zu bekommen und dadurch besser bei uns mitmachen zu können. Andererseits unterstützt Ihr dadurch unsere Arbeit und tragt dazu bei, daß sich die ISL eine bessere finanzielle Grundlage schaffen kann, um die Selbstbestimmung Behinderter auch längerfristig vorantreiben zu können.

Bleibt also nur den auf der Rückseite abgebildeten Coupon auszufüllen und bei uns Mitglied zu werden. ■



ISL-ART bei der documenta

Die documenta X, die als weltgrößte Ausstellung zeitgenössischer Kunst gilt und vom 21.6. - 28.9 97 in Kassel stattfindet, hat auch uns sonst eher theoretisch angehauchte ISLer dazu inspiriert, uns künstlerisch zu betätigen und die documenta-Besucher mit einem Kunstwerk herauszufordern. Unter dem Motto „Überlebenskunst" warten wir während der documenta immer wieder mit unserem Kunstwerk vor der Treppenstraße in Kassel auf und machen deutlich, daß diese als offiziell gewählte documenta-Achse Gehbehinderte erheblich benachteiligt und fordern die Bevölkerung auf, durch die Enthüllung unseres Kunstwerks - ein Symbol der Gleichberechtigung Behinderter - zur Stärkung der Lobby Behinderter beizutragen. Die ca. 2.800 Holzteile, die das Bild verdecken, können für 10 DM pro Stück erworben und damit ein Beitrag zur Enthüllung geleistet werden. Die Erstellung eines speziellen Aufklebers und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Präsentation des Steins des Anstoßes am Rande der Eröffnungspressekonferenz tragen das übrige dazu bei, daß wir während der documenta zum Ausdruck bringen, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung Behinderter für uns am Ende des 20. Jahrhunderts durchaus ein zeitgenössisches Anliegen ist, für das wir offensiv gegen jegliche Diskriminierung eintreten.



TERMINE

26.9.97
10 Jahre fab -
Feierstunde und Fete in Kassel

17.-19.10.97
People First Treffen in Melsungen

22.-25.10.97
REHA-Messe in Düsseldorf mit einem Stand der ISL in Halle 10, Stand A32 und einer Reihe von Veranstaltungen im REHA-Forum mit unserer Beteiligung

23.10.97
9.30 Uhr Großkundgebung der Behindertenverbände und dem DGB auf dem REHA-Gelände

15.11.97
Eröffnungsveranstaltung der Kampagne Aktion Grundgesetz in Berlin

21.11.97
Gleichstellung Behinderter auf Länderebene - Tagung in der Bremer Bürgerschaft

3.12.97
Veranstaltung des Deutschen Behindertenrates zum UNO-Tag der Behinderten in Bonn

Nähere Informationen und Anmeldung bei der ISL-Geschäftsstelle, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-46.

Ihre **ANTWORT** direkt an ISL

**An die
Interessenvertretung
Selbstbestimmt Leben
in Deutschland - ISL e.V.
Jordanstr. 5**

34117 Kassel

AbsenderIn

Name: ____________________

Vorname: ____________________

Anschrift: ____________________

____

____

Telefon: ____________________ **ggf. Fax:** ____________________

____________________ ____________________
Datum **Unterschrift**

ISL e.V.

Ausfüllen, Ausschneiden, in einen Briefumschlag stecken, frankieren und zuschicken



Aktion Grundgesetz

„Es ist und bleibt vorgesehen, einen Veränderungsprozeß des Namens `Aktion Sorgenkind` insbesondere zum Namensteil `Sorgenkind' einzuleiten." So Dr. Bernhard Conrads vom Vorstand der Aktion Sorgenkind in einem Brief an Sigrid Arnade und Andrea Schatz, in dem er diese darüber informiert, daß der Vorstand der Aktion Sorgenkind deren Geschäftsstelle beauftragt hat, „Strategien zur Namensänderung der Aktion Sorgenkind zu erarbeiten" und hierzu einen Workshop zu organisieren, der im Dezember stattfinden wird.

Diese Bereitschaft zur Änderung ihres diskriminierenden Namens der Aktion Sorgenkind war die Voraussetzung und letztendlich auch die Basis auf der sich die Mitgliederversammlung der ISL am 4./5. Juli dazu entschlossen hat, die von der Aktion Sorgenkind initiierte und verbandsübergreifende Kampagne zur Gleichstellung Behinderter zu unterstützen. Dieser Erfolg für die Namensänderung symbolisiert einerseits, daß der von uns geforderte Perspektivenwechsel in der Behindertenarbeit trotz vielfältiger Rückschläge weiter voran schreitet und macht andererseits deutlich, daß es die Aktion Sorgenkind mit der von ihr entwickelten Kampagne für die Gleichstellung Behinderter unter dem Motto „Aktion Grundgesetz" ernst meint und nicht nur ein billiger Marketing Trick ist. Auch wenn es noch einiger Anstöße bis zu einer zeitgemäßen Reform der Aktion Sorgenkind bedarf, bietet die ab Oktober anlaufende Kampagne eine gute Chance, verbandsübergreifend die Gleichstellung Behinderter einzufordern und dies zu einem zentralen Thema zu machen. Eine breit angelegte Plakatwerbung, ein Buch über die Mißachtung des Benachteiligungsverbotes und diverse Veranstaltungen u.a. mit Judith Heumann als Mitbegründerin der Independent Living Bewegung und heutige Staatssekretärin im amerikanischen Bildungsministerium bilden den Rahmen dieser Kampagne, den wir hoffentlich mit unserer Phantasie und unserem Streben für Gleichberechtigung würzen und zum Erfolg werden lassen. **Informationen, Werbematerial für die Kampagne etc. gibt's bei der ISL Geschäftsstelle, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-46.**

IMPRESSUM: Hg: Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben" Deutschland - ISL e.V. -, Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter in Zusammenarbeit mit krüppeltopia e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter
V.i.S.d.P.: Ottmar Miles-Paul ● Vertrieb: ISL e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-46 fax: 0561/72885-29 E.-Mail: Miles-Paul@ASCO.nev.sub.de ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder
Für Blinde und Sehbehinderte ist dieses Info auch auf Diskette oder via E-Mail auf dem Brett cl/behindert/allgemein erhältlich

---

Eine starke Behindertenselbsthilfe braucht Bewegung
Bewegen auch Sie sich und werden Sie Mitglied der ISL



- ❑ **JA,** ich bin behindert oder chronisch krank und möchte **Mitglied in der ISL** werden und überweise den jährlichen Mitgliedsbeitrag von__________DM (mindestens 120 DM - 10 DM/Monat) auf das Konto der ISL 1187 333 bei der Kasseler Sparkasse BLZ: 520 503 53 Kennwort Mitgliedsbeitrag. (Die Einrichtung eines Dauerauftrages wird empfohlen).
- ❑ **JA,** ich bin nicht behindert und möchte das Engagement für ein selbstbestimmtes Leben Behinderter durch meine **Förderschaft im Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter** unterstützen. Bitte senden Sie mir hierzu die entsprechenden Unterlagen zu.
- ❑ **JA,** ich finde die Arbeit der ISL gut und möchte dafür **Werbung machen.** Bitte schicken Sie mir hierfür entsprechende Unterlagen zu

Szene wohin?

Szene wohin? - so heißt der Schwerpunkt dieser randschau-Ausgabe.

Wo wollen wir hin? Was sind unsere Ziele? Haben die Leute, die in der Szene Lobbyarbeit betreiben, noch Rückkopplung mit der Basis? Gibt es noch eine Basis? Wo bleibt der Nachwuchs der Behindertenbewegung?

Ist es nur die Sommerpause, weshalb uns kaum Artikel erreichten, oder liegt dies am Thema? - Fragen, die uns beim letzten Redaktionstreffen beschäftigten. In einem Round-Table-Gespräch wurden uns teilweise ganz erstaunliche Zusammenhänge deutlich. Eine überspitzte, streitbare und sicher vieles vereinfachende These lautet: Durch die erzielten Erfolge hat sich die Behindertenbewegung selber das Wasser (= den Nachwuchs) abgegraben. Ich möchte dies erläutern:

In den 70er- und 80er-Jahren lebten viele behinderte Menschen in Institutionen, wenn auch nicht dauerhaft, so zumindest für die Zeit ihrer Ausbildung - in diesem Kontext fasse ich speziell ausgestattete Studierendenwohnheime in Bochum, Marburg bzw. Regensburg auch unter den Begriff 'Institution'. So problematisch das unter dem Gesichtspunkt der Selbstbestimmung auch war, so konnten wir gemeinsam mit anderen behinderten Menschen über unsere Behinderung diskutieren und mit ihnen oder gegen andere einen 'KrüppelInnenstandpunkt' entwickeln, manchmal sogar mit anderen politisch Engagierten zusammen Aktionen und Initiativen starten. Auch wenn dies alles nicht so war (wie z. B. bei mir), so kannten wir zumindest behinderte Menschen, die kritisch gegenüber der Rolle waren, in die wir als Behinderte hineingedrängt wurden (lieb, brav, leicht zu verwalten).

Heute in Zeiten, in denen die meisten behinderten Kinder und Jugendlichen - wenn auch oft mehr schlecht als recht - „glücklicherweise" die Regelschule besuchen und bei ihren Eltern wohnen bleiben können, wachsen sie in einer nichtbehinderten Umwelt auf. Ihnen fehlt oft der Kontakt zu anderen Behinderten, der nötig wäre, um eine „Behindertenidentität" aufzubauen und um sich ihrer Probleme bewußtzuwerden bzw. an einer Verbesserung ihrer Situation zu arbeiten. Daher betrachten viele die Schwierigkeiten, mit denen sie im Alltag zu kämpfen haben, als 'normal' und unabänderlich. Wieso sollten sie sich bei Studienbeginn auf einmal in einer Interessengemeinschaft behinderter Studierender oder in sonstigen Gruppen der Behindertenbewegung engagieren?

Ein anderer Aspekt ist das Zeitproblem. Abgesehen davon, daß in Zeiten vorgeblich knapper werdender finanzieller Ressourcen behinderte Menschen immer mehr Zeit dazu benötigen, sich mit Ämtern herumzustreiten und ihnen somit weniger Zeit für politisches Engagement bleibt - noch dazu, weil die meisten behinderten Menschen sowieso mehr Zeit für ihre alltäglichen Verrichtungen brauchen als Nichtbehinderte, tut sich in einer Zeit, in der alles schnellebiger und komplexer wird, eine zunehmend unüberbrückbarere Schere auf: Die Themenvielfalt, mit denen sich die Behindertenbewegung beschäftigen müßte, wird größer, die Materie komplizierter und die Vermittlungsprobleme gegenüber einer uninformierten Öffentlichkeit nehmen zu. Die Zeit, in der mensch auf Presseanfragen, neue Gesetzesvorlagen, etc. reagieren muß, wird immer kürzer und erfordert größeres Fachwissen - und das alles bei gleichbleibenden (wenn nicht sogar sinkenden) personellen Kräften. Es fehlt die Zeit, sich mit der Basis (wo ist sie eigentlich?) rückzukoppeln und eventuell nach einem Austausch Aspekte berücksichtigen zu können, die eine einzelne Person nicht alle präsent haben kann.

Als ein Beispiel möchte ich die Thematik § 218/Pränataldiagnostik herausgreifen: Hier ist es nötig, auf einem ganz schmalen Pfad zu wandeln, sich mit der nötigen Fachkompetenz sowohl gegen VerfechterInnen eines uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts wie auch gegen LebensschützerInnen verteidigen zu können und einer uninformierten Öffentlichkeit „unsere" Position deutlich zu machen.

Eingängige Parolen, die früher ausreichten (wie z. B. die Forderung nach Abschaffung der Pränataldiagnostik), führen leicht dazu, uns der Lächerlichkeit preiszugeben. Nicht zuletzt deshalb wird es auch zunehmend schwerer, Demos zu organisieren und dafür zu mobilisieren. Lobbyarbeit ist angesagt, eine Tätigkeit, die sich schlecht auf mehrere Personen verteilen oder delegieren läßt. NeueinsteigerInnen haben es nicht gerade einfach, sich in unserer Szene zurechtzufinden und werden durch die Fachkompetenz einzelner eher abgeschreckt als angezogen.

MARTIN SEIDLER, BONN

Psychologie der Nichtbehinderten

Viele Vorlesungsverzeichnisse in AUSsonderungsstudiengängen wie Sonderpädagogik oder Rehabilitationswissenschaften zeichnen „Psychologie der Behinderten" als Fach aus. Nichtbehinderte Lehrende der Universitäten setzen eine spezielle Psychologie bei behinderten Menschen voraus, ohne dabei ihre eigene Behindertenfeindlichkeit zu thematisieren. Ich lehne diese behindertenfeindliche Fachbeschreibung ab, möchte mit dem gewählten Titel provozieren. Für den folgenden Text ist mir die Auseinandersetzung bzw. die Klärung des Zusammenhangs zwischen der Angst nichtbehinderter Menschen vor einer Behinderung und eugenischem Denken von größerer Bedeutung.

Die Anti-Eugenikbewegung versucht seit vielen Jahren, der von nichtbehinderten Menschen initiierten Auflösung des Tötungstabus, etwas entgegen zu setzen. Die Biowissenschaften werden inzwischen von der Deutschen For-



schungsgemeinschaft (DFG) als Leitdisziplin angesehen und dementsprechend mit finanziellen Mitteln unterstützt. Das erklärte Ziel der Biowissenschaften ist die „Vermeidung von Behinderungen". Es bleibt die Frage, wo der Vermeidungsgedanke beim nichtbehinderten Menschen seine Wurzeln hat? Es ist die Angst vor dem Fremden!

Fremd ist uns alles was wir nicht kennen oder erlebt haben. Während der Sozialisation bekommen wir ein Bild vom „gesunden", „schönen", „makellosen", „leistungsfähigen" und „starken" Menschen von unseren Eltern und der Umwelt mitgeteilt. Behinderte Menschen haben in dieser Vorstellungswelt (Bild) keinen

Platz. Diesen Platz fordern behinderte Menschen inzwischen ein und gehen einen Schritt weiter. Sie wollen nicht mehr unbedingt die oben skizzierten Eigenschaften erfüllen. Schlußendlich löst das „nicht mehr erfüllen wollen" bei nichtbehinderten Menschen noch mehr Angst aus. Das „Schöne" (Synonym für die oben genannten Eigenschaften) ist das höchste „Gut" unserer Kultur. Behinderte Menschen zeigen durch ihre Präsenz, daß nicht jedeR dieses Idealbild erreichen kann. So versuchen sich nichtbehinderten Menschen diese „Gefahren vor einer Behinderung" auszumalen: Sie werden vielleicht eines Tages von einem Unfall oder einer „Krankheit heimgesucht". Dieses Gefühl der „Bedrohung" sitzt tief im Unterbewußtsein (latente Angst) und erzeugt Abwehrmechanismen, welche behinderten Menschen eine „Wertigkeit" zuschreiben, z.B. daß sie „erbbiologischen Kriterien" nicht entsprechen. „Das Körperschema ist hier verrückt, das Erwartete ent-täuscht, die Angst um die eigene Unversehrtheit wird mobilisiert, und den anderen wird diese Beunruhigung angelastet: Sie stören, verstören. Selbst minimale Abweichungen, auch solche, die keinerlei Beeinträchtigung bedeuten, lösen oft massive Reaktionen aus, was ein Zeichen dafür ist, wie ängstlich und starr die Nicht - Behinderten sich in ihren Normen festhalten versuchen."[1] Nichtbehinderte Menschen müssen sich der Auseinandersetzung mit ihren eigenen Ängsten vor dem Fremden in ihrem verdrängten Unterbewußtsein stellen. D.h. an ihre eigenen Ge- und Verbote im Tiefsten ihres Unterbewußtsein herankommen. Die eigene Angst muß zur Aussprache kommen. Die Angst zu versagen, wenn die seit frühster Kindheit eingebleuten Schönheitsideale (Synonym) nicht in Erfüllung gehen, muß analysiert werden. Die Angst zulassen bedeutet auch, behinderte Menschen nicht zur Projektionsfläche ihrer selbst zu machen, um für sich Argumente zur „Vermeidung" von behinderten Menschen zu definieren. Falls sich nichtbehinderte Menschen auf diesen Prozeß einlassen und von sich aus agieren, habe ich die Hoffnung, daß eine theoretisch geführte Diskussion über das Lebensrecht behinderter Menschen der Vergangenheit angehört. Die Initiative, das Fremde zu suchen, bleibt in der Verantwortung des nichtbehinderten Menschen.

Dieses Ziel kann mit Hilfe von behinderten Menschen erreicht werden, indem nichtbehinderte Menschen ihren Platz, ihre verantwortlichen Positionen in Politik, Wissenschaft (Lehre von behinderten Menschen) und Institutionen an uns abgeben. Zum Schluß möchte ich ein aktuell geführtes Negativbeispiel darstellen. Aktion Sorgenkind mit ihrer Kampagne Aktion Grundgesetz. Inhaltlich ist die Kampagne zu unterstützen, dennoch kann sie nicht ohne die oben beschriebene Auseinandersetzung nichtbehinderter Menschen mit sich selbst und ihrer Institution geführt werden. Es ist von der Aktion Sorgenkind verlogen, ohne eine Namensänderung, ohne programmatische Änderungen und ohne wichtige Funktionärsposten an behinderte Menschen abzugeben, diese Kampagne zu führen. Es enttäuscht mich sehr, daß sich einige progressive Organisationen aus der Krüppelbewegung von Aktion Sorgenkind aufkaufen ließen.

BERTHOLD PLEIß, BERLIN

[1] Birgit Rommelspacher, *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin, 1995, S. 56


Foto: Kassandra Ruhm, Bochum

20 Jahre Studenteninitiative STIB

Am 5. Juli 1997 feierte die Studenteninitiative Behinderte e.V. auf dem Altstädter Kirchenplatz mit einem großen Sommerfest ihr 20jähriges Bestehen. Zu dem Fest konnten Vertreterinnen und Vertreter des Erlanger Stadtrates begrüßt werden, sowie zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus vielen bundesdeutschen Beratungsstellen der Zentren für selbstbestimmtes Leben.

Mit Stolz blickt die Behinderteninitiative auf die Arbeit von 20 Jahren zurück. Wir haben viel erreichen können und wir haben uns stark für die Belange der behinderten Menschen bei der Universität und im Stadtbereich eingesetzt. Zu dem festlichen Anlaß wurde eine Broschüre „20 Jahre STIB" herausgegeben, die auf Anfrage kostenlos bei untenstehender Adresse erhältlich ist.

Auf unsere Bemühungen können wir zurückführen, daß die Universität heute zwar nicht behindertengerecht, aber für behinderte Menschen benutzbar ist. Das Studentenwerk Erlangen-Nürnberg bietet behindertengerechte Appartements und Zimmer an.

Auch im Stadtbereich haben wir sehr viel erreichen können. So gibt es z.B. barrierefreie Wohnungen im sozialen Wohnungsbau der Stadt Erlangen. Die Zugänglichkeit der öffentlichen Gebäude kann auch auf den Einsatz der STIB zurückgeführt werden. Vor dem Markgrafentheater fand vor ca. 15 Jahren eine Demonstration behinderter Menschen statt. Der Anlaß war die Aufführung eines Theaterstükkes in dessen Mittelpunkt ein junger Künstler stand, der durch einen Unfall bewegungsunfähig wurde und seinen Beruf nicht mehr ausüben konnte. Das Thema des Abends war: Ist das Leben mit einer so schweren Behinderung noch lebenswert? Wir Behinderten fühlten uns durch die Thematik angesprochen, konnten aber wegen der Stufen nicht in das Theater gelangen. Deswegen organisierten wir eine Unterschriftenaktion vor dem Theater und erreichten dadurch, daá im



Markgrafentheater ein Lift eingebaut wurde.
Durch unsere Aktionen sensibilisierten wir die Öffentlichkeit für unsere Probleme und erreichten so Veränderungen. Die Stadtverwaltung und die Universität hatten immer ein offenes Ohr für uns und versuchten uns immer bei unseren Anliegen entgegen zu kommen. Es wurden gute Standards für behinderte Menschen erreicht, aber wir befürchten auch, daß durch die augenblickliche Sparpolitik diese Standards nicht gehalten und auch nicht verbessert werden können.

Durch die massive Mitarbeit der STIB kaufte die Stadt Erlangen nur noch Niederflurbusse mit Rampen, so daß heute fast die gesamte städtische Busflotte mit dieser Technik ausgerüstet ist. Das bedeutet für uns behinderte Menschen einen sehr großen Gewinn an Mobilität, etwas, was für nichtbehinderte Menschen eine Selbstverständlichkeit ist.

Die STIB entwarf und baute 1987 das erste rollstuhlgerechte Wohnmobil in der Bundesrepublik. Dies wurde durch die finanzielle Förderung der Stadt Erlangen ermöglicht. Das Wohnmobil konnte 10 Jahre lang an RollstuhlfahrerInnen vermietet werden und hat vielen behinderten Menschen mit und ohne Assistenz einen Urlaub ohne Streß ermöglicht.

Die STIB setzte sich aber auch inhaltlich mit Themen auseinander, die direkt unser Leben als behinderte Menschen betreffen, z.B. der Umgang mit behinderten Menschen im Dritten Reich, der Humangenetik, der pränatalen Diagnostik, den behindertenfeindlichen Thesen des australischen Philosophen Peter Singer, der Bioethikkonvention etc..

Das Erlanger Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V. ist 1988 aus der STIB entstanden und einige Gründungsmitglieder der STIB sind auch Gründungsmitglieder des ZSL geworden. Viele wichtige Ideen, die das ZSL jetzt inhaltlich tragen, sind in der STIB vorbereitet und entwickelt worden.

Für uns behinderte Menschen ist Erlangen eine Stadt, in der wir gut leben und uns gut bewegen können. Wir sind stolz auf die geleistete Arbeit, aber wir wissen auch, daß noch viel zu tun ist, bis wir unsere Ansprüche als behinderte Menschen auf gleiche Rechte in dieser Gesellschaft verwirklicht haben.

DINAH RADTKE, ERLANGEN

Szene wohin ?

Buchen Sie eine Reise auf die etwas andere Insel: KrüppelInnen-Foria !

Der Ort um gleichgesinnte PolitkrüppelInnen zu treffen

Es warten viele Überraschungen auf Sie beim fröhlichen KrüppelInnenforum/-treffen in der Jugendherberge Melsungen bei Kassel! Weder Polit-Diskussionen noch Freude kommen zu kurz!
Vernehmen Sie einige Stimmen von begeisterten BesucherInnen :
„KrüppelInnentreffen - mein Lebenselexier!"
„Ohne KrüppelInnentreffen würde ich mich heute noch mit vielen „behinderten"politischen Themen nicht beschäftigen."
„KrüppelInnenforum liebe ich fast so sehr wie ..."
„KrüppelInnentreffen find' ich gut! Angenehme Athmosphäre, gute Laune, liebe Leute, spannende Gespräche, provokative Aktionen."
„Was, 3 Monate kein KrüppelInnenforum? Wie soll ich das aushalten?!?"
„Der einzige Ort, an dem ich sein kann, wie ich bin. Endlich mal sehen Menschen nicht nur meine „Behinderung", wenn sie mich treffen, sondern mich."
„Erstaunlich, ein gemischter Ort (Frauen, Männer, Homo, Hetero, Bi, aber alles KrüppelInnen), an dem die Männer nicht total über die Frauen dominieren und die Diskussionen und Gesprächsstile bestimmen. Ein Platz, an dem gleichzeitig eine deutlich Anzahl Lesben, nicht festgelegte und heterosexuelle Frauen und Männer teilnehmen. Ein Ort mit nicht nur einer Normalität. Ein Wunder?"
„Nach 2 Tagen Kuscheln in Melsungen kriege ich zu Hause Entzugserscheinungen!"
„KrüppelInnenforum ist mein Auftanken für den Alltag und für politische Aktionen zu Hause."
„Als langjähriger Teilnehmerin fallen mir Veränderungen auf. Seit dem großen KrüppelInnen-Ratschlag 1995 sind viele neue, vor allem jüngere Interessierte zum Treffen dazugestoßen. Ich finde das sehr wichtig und positiv, weil sich dadurch eingefahrene Strukturen auflösen. Z.B. ist die Arbeit bezüglich Anträge etc. auf mehrere verteilt und es fühlen sich mehr Leute als vorher verantwortlich. Außerdem gibt es TeilnehmerInnen, die sich außerhalb des Forums zu einem bestimmten Thema zusammensetzen. Ich finde das Krüppeltreffen ist ein sehr bunt gemischter Haufen von Leuten mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Vorstellungen. Klar gibt es immer wieder Auseinandersetzungen, aber das macht das Forum lebendig und spannend. Verglichen zu früher bestimmen nicht nur ein paar „Cracks" die Themen und Diskussionen, sondern wir versuchen sie gemeinsam zu gestalten . Eine weitere für mich sehr wichtige Veränderung hat sich bei der Themenwahl ereignet. Wir beschäftigen uns damit persönlicher, z.B. gerade in der Frauen-Lesben-AG und vermutlich auch in der Männer-AG."

Kurz: Ein paar Menschen, die die eigene Weltsicht teilen, sind verdammt nötig. Deshalb erholt uns das KrüppelInnenforum jedesmal. Als Entwicklung, sowohl für das Forum als auch für andere Teile der Szene, würden wir uns wünschen, daß sie noch gemischter wird und z. B. auch Menschen mit sogenannter „geistiger Behinderung", Leute, die in Einrichtungen leben und solche, die sich mit Gebärdensprache verständigen, ein selbstverständlicher Teil derselben sind. Wir vom KrüppelInnenforum, versuchen seit Ende letzten Jahres Geld für GebärdensprachdolmetscherInnen aufzutreiben. Daß die Finanzlage zur Zeit so miserabel ist, daß wir bei dem letzten Treffen u. a. (noch) keine DolmetscherInnen zahlen konnten, finden wir sehr frustrierend. Hoffentlich klappt es zum nächsten Mal endlich.
Aber trotz dieses Mankos gibt es viele gute Gründe für einen Besuch des Forums. Als Darreichungsform empfiehlt sich die bis zu 4 - 5 mal jährliche Einnahme als Wochenendpackung.
Nun, haben wir Sie überzeugt?
Falten allerdings werden vom KrüppelInnenforum nicht verschwinden, es kommen höchstens ein paar Lach- oder Denkfalten dazu. Auch für Schäden durch Schlafentzug übernehmen wir keine Haftung.

Zu weiteren Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie nicht Ihre ÄrztIn oder ApothekerIn, sondern kommen Sie selbst!

Für Information und Anmeldung wenden Sie sich an :
Christine und Jörn Schadendorf, Fibiger Str. 275, 22419 Hamburg, fon+fax 040 / 531 12 66



10 Jahre Spontanzusammenschluß

„Mobilität für Behinderte“- Berlin

Telebus-Kürzungen 1987 - die Geburtsstunde des Spontanzusammen schlusses

Am 19. Januar 1987 versammelten sich ca. 60 Personen, viele davon im Rollstuhl, im Café Schloßbrücke in der Mierendorffstraße in Charlottenburg zu einem „Pressegespräch“.

Es handelte sich um TelebusbenutzerInnen, denen gerade einige Tage zuvor vom Senat bzw. dem Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben (LASoz) mitgeteilt worden war, daß die 50 möglichen monatlichen Einzelfahrten ab 1. Februar 1987 auf 24 zusammengestrichen würden. Das bedeutete, daß auf den Telebus angewiesene Behinderte nur noch höchstens 12 mal im Monat eine Fahrt unternehmen konnten gegenüber vorher 25 möglichen Fahrten.

Der Telebus, der 1979 als Ersatz für den für RollstuhlfahrerInnen nicht benutzbaren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eingeführt worden war, hatte viele Menschen, die früher kaum einmal ihre Wohnung verlassen konnten, mobil gemacht. Viele waren jetzt regelmäßig unterwegs, erledigten selbständig ihre Einkäufe, besuchten Freunde oder Verwandte, gingen ins Kino, ins Theater, zu Sportveranstaltungen, fuhren ins Grüne ... Sie eroberten sich die Welt zurück, von der sie durch bauliche Barrieren, fehlende Aufzüge und nicht verfügbare Transportmöglichkeiten ausgeschlossen waren.

Der Telebus bot als „Von-Tür-zu-Tür-Service“ erstmalig nicht nur Treppenhilfe, sondern auch kleinere Unterstützungen wie Türaufschließen und Mantelanziehen, so daß auch schwerer Behinderte oder Ängstliche den Schritt nach draußen wagten.

Dieses alles war plötzlich mit einem Federstrich des damaligen Senators für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink (CDU), zum Teil wieder in Frage gestellt. Sein Staatssekretär Müller-Steineck scheute sich nicht, im Rundfunk der Öffentlichkeit vorzurechnen, wieviel die Behinderten den Steuerzahler kosteten, um damit die Kürzungen zu rechtfertigen.

Jetzt informierten die Betroffenen die Öffentlichkeit und kündigten entschiedenen Widerstand an. Das war die Geburtsstunde des Spontanzusammenschlusses „Mobilität für Behinderte“.

Es sprach sich schnell herum: Das nächste Treffen sollte am 23. Januar bei SEKIS (Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle) in der Albrecht-Achilles-Str. 65 stattfinden. Auch hier waren die Räume brechend voll. Es wurde gleich eine ganze Reihe von Protestaktionen verabredet und eine Adressenliste erstellt, um alle per Rundbrief schnell und aktuell informieren zu können.

Die Versammlung formulierte drei richtungsweisende Forderungen:

1. Entschuldigung des Staatssekretärs Müller-Steineck für seine beleidigende, an Aufrechnungen in Nazischulbüchern erinnernde Vorrechnung der Kosten eines Telebusbenutzers!
2. Rücknahme aller Fahrteinschränkungen für Telebusberechtigte!
3. Zugänglichmachung der öffentlichen Verkehrsmittel!

Spektakuläre Aktionen

Um diesen Forderungen gleich den gehörigen Nachdruck zu verleihen, gingen die ca. 70 Anwesenden spontan nach draußen und blockierten für anderthalb Stunden den Kurfürstendamm am Adenauerplatz. „Wir werden blockiert - wir blockieren zurück!“

Zufällig waren es zwei BVG-Doppeldekker, die in vorderster Reihe gestoppt wurden. Ein Fotograf des TIP-Magazins hat dies auf einem Foto mit großem Symbolwert festgehalten. Und es ergab sich, daß der gerade gegründete Spontanzusammenschluß „Mobilität für Behinderte“ dieses Foto bis heute in seinem Briefkopf führt.

Ein großes Problem - wo konnte sich eine größere Zahl von RollstuhlfahrerInnen regelmäßig treffen? - löste sich zum Glück schnell. Die Bewohner eines damals besetzten Hauses in der Prinzenallee 58 in Wedding boten dem Spontanzusammenschluß seinen großen im Erdgeschoß gelegenen Versammlungsraum als ständiges Domizil an. Und da findet seitdem und auch noch heute - 10 Jahre später - das monatliche Plenum statt!

Der Spontanzusammenschluß wurde in der Folgezeit durch spektakuläre Aktionen bekannt und gefürchtet. Eine einstündige Blockade des Kranzlerecks bei



minus 15° C am 27. Januar 1987 ebenso wie gut organisierte Störungen von Jubelveranstaltungen zur 750-Jahrfeier Berlins 1987 stellten eine neue Qualität dar. Die Frage, warum hier für protzige Veranstaltungen Millionen ausgegeben wurden und andererseits die Behinderten in ihrer Mobilität eingeschränkt werden sollten, konnte so in die Öffentlichkeit getragen werden.

Der Senat lenkte nach gut einem halben Jahr schärfster Auseinandersetzungen endlich ein: Die Telebuskürzungen wurden teilweise zurückgenommen. Es gab nun 40 monatliche Einzelfahrten, wovon - das war neu - auf Wunsch 10 Fahrten auch mit Taxen auf Coupon gemacht werden konnten. Das war ein großer Erfolg der „Spontis"!

Der Spontanzusammenschluß hat Berlin auf dem Weg zur behindertengerechten Stadt entscheidend mitgeprägt

Vom ersten Tag an forderte der Spontanzusammenschluß die behindertengerechte Umgestaltung des ÖPNV: Aufzüge bei U- und S-Bahn und Hubplattformen für die Busse. Auch hier organisierte der Spontanzusammenschluß viele phantasievolle Aktionen, mit denen BVG und Senat unter Druck gesetzt wurden.

Das Hauptproblem bestand darin, einerseits den Behindertenfahrdienst Telebus zu verteidigen und auch in den folgenden Jahren wiederholt Kürzungsversuche seitens des Senats abzuwehren, andererseits aber ebenso deutlich in der Öffentlichkeit klarzumachen, daß Behinderte grundsätzlich Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr bekommen müßten. Es gelang den Behinderten, das Konzept des damaligen Senats bzw. der Verkehrsbetriebe, den ÖPNV mit Hinweis auf den Telebus nicht behindertengerecht umgestalten zu wollen, zu durchbrechen. Kein „Entweder - oder", sondern ein „Sowohl - als auch"!

In den Jahren 1990 bis 1992 wurden unter maßgeblicher Beteiligung des Spontanzusammenschlusses „Leitlinien für den Ausbau Berlins als behindertengerechte Stadt" formuliert, die im September 1992 schließlich vom Senat beschlossen wurden. Darin wurde in bezug auf den ÖPNV z.B. festgeschrieben, daß Busse nur noch in der Niederflurversion mit Hubplattform angeschafft werden dürfen oder daß Bahnhöfe von U- und S-Bahn bei Neubau, Umbau oder Grundsanierung durch Aufzüge oder ggf. Rampen auch für Rollstuhlfahrer zugänglich gemacht werden müssen. Das Ergebnis bis heute ist beachtlich. Ohne jeden Zweifel ist das Gesicht Berlins, die Entwicklung hin zur behindertengerechten - oder zumindest behindertenfreundlichen - Stadt, vor allem vom Spontanzusammenschluß mitgeprägt worden. Ohne ihn wäre Berlin längst nicht so weit.

Mobilität ist nicht alles ...

Aber auch in allen anderen Fragen der Behindertenpolitik mischte sich der Spontanzusammenschluß ein: Behindertengerechtes Bauen, Zugänglichkeit von Gebäuden, Pflegegeld, Pflegeversicherung, Sozialhilfeleistungen ... Von Anfang an wurde klargemacht, daß Behindertenpolitik sich auf alle Lebensbereiche bezieht und Mobilität nur ein - allerdings sehr wichtiges - Element darstellt. Schon gut ein Jahr nach seiner Gründung organisierte der Spontanzusammenschluß seine größte, breit angelegte Kampagne gegen die sich abzeichnende Pflegeversicherung. Das Blümsche Gesundheitsreformgesetz, das ab 1. Januar 1989 gelten sollte, war mit dem „Einstieg in die Pflege" (400 DM Geld- oder 750 DM Sachleistung von der Krankenkasse) eine Weichenstellung für die Versicherungslösung und gegen ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz. Mit den Forderungen *Gegen die „Blümsche Krankheit" - Rücknahme des Gesetzentwurfs - Stärkung des Solidarprinzips im Gesundheitswesen - Absicherung der häuslichen Pflege aus Steuermitteln* wurden politische Ziele formuliert, die heute aktueller denn je sind. Dem Spontanzusammenschluß gelang damals ein Zusammenschluß praktisch aller Behinderten- und Gesundheitsgruppen sowie anderer relevanter Organisationen in Berlin bis hin zum VdK-Landesverband und zur Berliner SPD.

Die Zeiten haben sich geändert

Die großen und z.T. sehr effektiven Kampagnen der ersten Jahre konnte der Spontanzusammenschluß auf Dauer nicht durchhalten. Es gab zwar auch in den Folgejahren immer wieder Höhepunkte in den Aktivitäten wie z.B. die jährliche Organisierung des 5. Mai, Einmischen in den Wahlkampf, Durchführung von Veranstaltungen und Demonstrationen, nicht zuletzt wiederholt zur Abwehr von Telebuskürzungen. Seit der Vereinigung bläst der Wind jedoch schärfer ins Gesicht. Die deutsche Einheit bietet dem Staat den Vorwand für umfangreichen Sozialabbau. Was die Behinderten - aber auch andere - in den letzten Jahren an Verschlechterungen und Leistungskürzungen hinnehmen mußten, hätte früher niemand für möglich gehalten. Solche Niederlagen wirken demoralisierend auf eine Gruppe wie den Spontanzusammenschluß, der es gewohnt war, Auseinandersetzungen auch notfalls solange zu eskalieren, bis ein Erfolg verbucht werden konnte. Die Politiker rechnen inzwischen mit einer Schamlosigkeit, die nicht mehr zu überbieten ist, die Kosten vor, die Behinderte verursachen. Noch nie seit dem Krieg ist den Behinderten ständig vor Augen geführt worden, welche Belastung sie für die Gesellschaft darstellen, wie das heute geschieht. In einem solchen Kontext nähme sich die Entgleisung des Staatssekretärs Müller-Steineck 1987 über den teuren Telebus als ausgesprochen harmlos aus.

Der Spontanzusammenschluß ist also sicher heute nicht mehr das, was er mal war. Die Luft ist ein bißchen raus. Aber das muß ja nicht so bleiben. Bewahrt hat sich der Spontanzusammenschluß über all die Jahre auf jeden Fall zwei wichtige Einrichtungen: Das monatliche Plenum, an dem heute wieder so viele Interessierte teilnehmen wie in den Anfangszeiten, und der monatliche Rundbrief, der regelmäßig an zwischen 250 und 500 Personen verschickt wird. In beiden wird die politische Entwicklung aufmerksam registriert und kommentiert. Als politische Diskussionsrunde, in der es zugegebenermaßen manchmal recht ruppig zugeht, steht der Spontanzusammenschluß einzig da. Und beide, Plenum und Rundbrief, bieten zumindest die Gewähr, daß, wenn es notwendig wird, möglicherweise doch wieder schnell und effektiv reagiert werden könnte.

Verbindung West - Ost

Es war für den Spontanzusammenschluß selbstverständlich, daß es nach der Wende sofort intensive Kontakte mit Ostberliner Behinderten und Behindertengruppen gab.

Obwohl sich die Bedingungen für die Belange der Behinderten nach der Wende objektiv verschärften - so wurde z.B. der Telebus für damals 12.000 Westberliner Berechtigte auf inzwischen 26.000 Berechtigte in ganz Berlin gestreckt bei gleichzeitiger Verringerung des Etats um über 10 %! -, haben sich die Behinderten nicht auseinanderdividieren lassen. Zum Spontanzusammenschluß gehören heute zahlreiche OstberlinerInnen, die regelmäßig am Plenum teilnehmen.

Es gibt inhaltliche und personelle Überschneidungen mit dem hauptsächlich in Ostberlin agierenden Berliner Behindertenverband e.V. Dennoch werden auch hier Gegensätzlichkeiten zwischen West und Ost deutlich. Es sind sicher nicht nur

die unterschiedlichen Organisationsstrukturen, die ein wirkliches Miteinander immer noch verhindern ... So bleibt der Spontanzusammenschluß weiterhin hauptsächlich im alten Westberlin tätig und der Berliner Behindertenverband e.V. im Osten. Eine Fusion wird und kann es wohl nicht geben, aber vielleicht eine konstruktive Synthese aus beiden - eine Notwendigkeit, die sich möglicherweise aus dem Hauptstadtcharakter Berlins sehr schnell ergeben kann.

Kein Verein, kein Statut, keine Förderung

Gebildet hat sich der Spontanzusammenschluß aus bestehenden Clubs, Initiativen sowie engagierten Einzelpersonen im Behindertenbereich. Hier liegt auch der Grund, weshalb sich der Spontanzusammenschluß bis heute nicht zu einem „ordentlichen" Verein konstituiert hat. Die beteiligten Initiativen und Organisationen wollten autonom bleiben, aber trotzdem im Spontanzusammenschluß mitmischen. Es gibt also außer dem Plenum und dem Rundbrief keine Strukturen: keine Satzung, keinen Vorstand, keine formelle Mitgliedschaft. Das wurde bis heute durchgehalten und zugleich dem Senat, der normalerweise Gruppen ohne Vereinsstatus gar nicht wahrnimmt, klargemacht, daß ohne den Spontanzusammenschluß nichts läuft: die „Spontis" haben seit 1990 Sitz und Stimme im Landesbeirat für Behinderte sowie einigen Kommissionen.

Der Spontanzusammenschluß hat weder ein Büro noch irgendwelche anderen eigenen Räume. Und es gibt auch keine finanzielle Förderung, nicht einmal als Selbsthilfegruppe. Alles wird privat finanziert, alle Arbeiten werden in Privaträumen erledigt.

Der Spontanzusammenschluß „Mobilität für Behinderte" ist ein spontaner, autonomer Zusammenschluß aktiver Behinderter in Berlin - darin liegt wohl nach wie vor seine Stärke.

MARTIN MARQUARD, BERLIN



SELBSTDARSTELLUNG

Mobilität für Behinderte!

Das war die Hauptforderung, unter der sich im Januar 1987 viele Menschen mit Behinderung, Behinderten-Clubs und -Initiativen spontan zusammengeschlossen haben, um gegen drastische Kürzungen beim Telebus durch den damaligen Senat zu protestieren.

Aus der spontanen Empörung entstand eine aktive, kontinuierlich arbeitende Selbsthilfegruppe mobilitätsbehinderter Menschen.

BETROFFENE BERATEN BETROFFENE
ist das Prinzip des Spontanzusammenschlusses, wobei das Aktionsfeld sich schnell über das eigentliche Thema „Mobilität" hinaus erweiterte.

Wir treten ein für ein
SELBSTBESTIMMTES LEBEN BEHINDERTER MENSCHEN!
Dazu gehört eine am Bedarf orientierte finanzielle Absicherung notwendiger Assistenz ebenso wie die gemeinsame Erziehung und Ausbildung in Kita, Schule und Beruf.

Wir wollen die volle Gleichstellung der Menschen mit Behinderung durch ein umfassendes
ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ MIT EINKLAGBAREN RECHTEN!

Unsere Beratungstätigkeit betrifft die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, die Zugängigkeit zu öffentlichen Gebäuden, Veranstaltungsräumen, Gaststätten, öffentlichen WCs usw.
Wir treten ein für den
AUSBAU BERLINS ALS BEHINDERTENGERECHTE STADT!

Einziges Gremium des Spontanzusammenschlusses „Mobilität für Behinderte" ist das offene Plenum, zu dem jede/r herzlich eingeladen ist und das immer am 1. Donnerstag im Monat von 18 - 21.30 Uhr im Nachbarschaftshaus PA 58, Prinzenallee 58 in Berlin-Wedding tagt.

Über die angesprochenen Fragen, Probleme und Diskussionen informiert ein monatlicher Rundbrief.

„denn Resignation und Kapitalution dürfen nicht die Antwort auf die derzeitige Sozialpolitik sein“

Perspektiven der Zentren für Selbstbestimmtes Leben

„Ich sehe nicht, daß wir in Bremen derzeit mit neuen Perspektiven aufwarten können.“ Diese Einschätzung des ZSL Bremen scheint symptomatisch für die Selbstbestimmt Leben-Bewegung in (West)-Deutschland zu sein, die die randschau nach einer Umfrage bei den Zentren erhalten hat. Das wird auch nicht dadurch relativiert, daß die Aussichten der Verwirklichung der Ziele von vor zehn, fünfzehn Jahren - so die Fortsetzung des Zitats - „trotz aller Fallstricke ... gar nicht so schlecht“ sind.

Prägend bei den Zuschriften bleibt zunächst der Blick zurück, die Erfahrungen des Sozialabbaus und rechtlicher Verschärfungen in den vergangenen Jahren, die Unsicherheit der finanziellen Absicherung der Projekte, die ständige Suche nach neuen Geldquellen. Das Fehlen einer langfristigen organisatorischen und finanziellen Grundsicherung macht es offensichtlich schier unmöglich in Ruhe eine über den Tag hinausreichende Ideen und gar konkrete Planungen zu ihrer Umsetzung zu entwickeln. (Das es doch geht macht der Artikel von Gerlef Gleiss deutlich.) Teilweise war erst die Randschau-Anfrage der Auslöser, sich vom Alltagsstreß ein bißchen zu distanzieren, um über das „Wie geht es weiter“ nachzudenken.

Alte Gewissheiten sind fragwürdig geworden. Das zeigt gerade die Diskussion um die „Aktion Sorgenkind“. Abwarten ist im Moment angesagt. Ob man/frau aber künftig auf das Geld der Behindertenstiftung verzichten kann, ist angesichts der prekären Finanzen mehr als ungewiß. Frage bleibt, wie die eigene KrüppelInnen-Identität und die eigenen politischen Ziele gewahrt bleiben.

Auch das, was einmal „Krüppelidentität“ genannt wurde, ist unklar geworden. Nichtbehinderte mit ihren eigenen Ängsten vor Behinderung zu konfrontieren, ist angesichts der vielleicht nicht immer notwendigen Kooperation mit etablierten Politikern und nichtbehinderten Verbandsfunktionären kaum noch ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Zunehmend arbeiten auch Menschen in den Zentren, die erst durch die Arbeitsstelle zur Bewegung gekommen sind. Menschen, die die Diskussionen und poli-

Umfrage: „Szene wohin“.

Liebe Leute,

Die nächste Randschau hat das Thema „Szene wohin“. Wir beabsichtigen dabei Meinungen, Ideen, Ansichten zusammenzutragen, die in den verschiedenen Projekten, Gruppen etc. der Krüppel-/Behinderten-Szene vorhanden sind. Um einen Überblick über die Perspektiven der ZSL's zu bekommen, haben wir uns eine Umfrage überlegt. Die folgenden Fragen dienten uns als Orientierung. Also, falls euch noch andere Aspekte einfallen, schreibt es auf.

1. Wie weit konnte der ursprüngliche Anspruch Selbstbestimmt Leben bei Projektgründung in der alltäglichen Praxis realisiert werden? Wo mußten Abstriche gemacht werden? Wo haben sich vorher nicht bedachte Möglichkeiten eröffnet?

2. Wie wirken sich gegenwärtig Sozialkürzungen in Eurem Projekt aus? Ist die inhaltliche Arbeit gefährdet? Ist das Projekt bedroht?

3. Welche Alternativen in der Finanzierung gibt es (z.B. private Stiftungen etc.)

4. Stichwort: Aktion SorgenkindIst es jetzt mit der Änderung des Images und der Vergabepraxis der „Aktion“ auch für selbstorganisierte Behindertenprojekte sinnvoll oder einfach in Ordnung Geld von der AK zu nehmen? Oder besteht aufgrund der Kürzungen im staatl. Sektor der Zwang, auch diese Geldquellen zu nutzen? Muß mensch althergebrachte Positionen zur AK revidieren oder muß an der grundsätzlichen Kritik festgehalten werden?

5. Wie schätzt ihr die weitere Entwicklung bezüglich eurer inhaltlichen Arbeit und der finanziellen/organisatorischen Absicherung eures Projekts ein?

Schickt uns doch bitte bis zum 31. Juli eine kurze Bestandsaufnahme von 1-2 Seiten (möglichst auf Diskette 3,5' Word alle Versionen) an die Essener Redaktionsadresse.

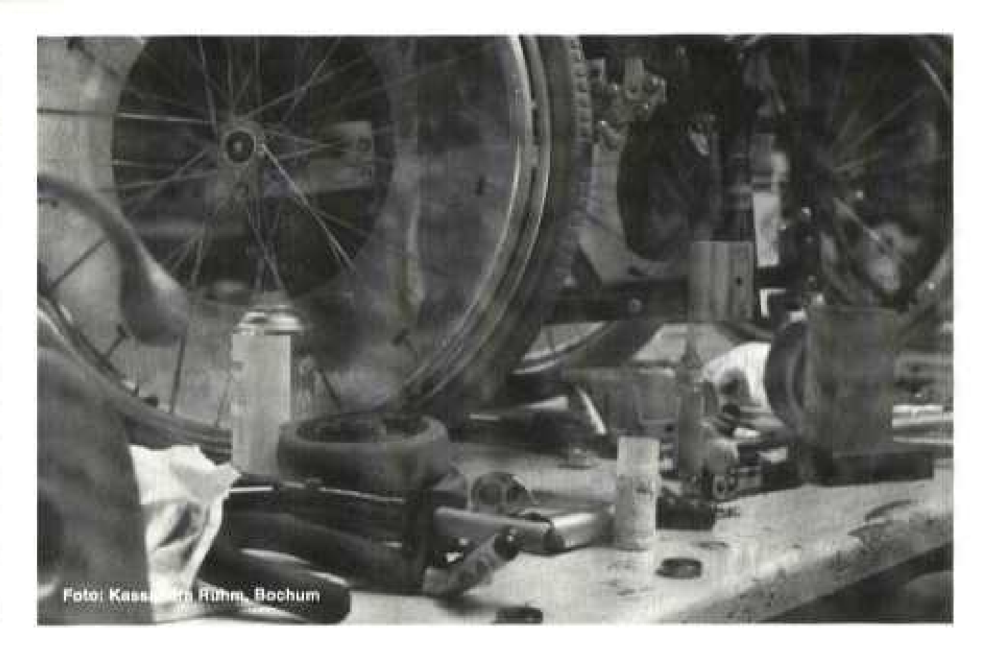
Viele Grüße

Volker van der Locht

tischen Auseinandersetzungen vergangener Jahre nicht selbst erlebt haben. Was verändert sich dort? Wie können politische Erfahrungen an die „Neuen" in der Bewegung weitergetragen und weiterentwickelt werden?

Mehr Fragen als Antworten haben sich in der Redaktion beim Lesen der Texte ergeben. Der Eindruck von Sprachlosigkeit und Unsicherheit angesichts der immensen Herausforderungen ist unverkennbar. Sie zeigen gerade die Notwendigkeit einer inhaltlichen Diskussion , die künftig hoffentlich intensiver geführt wird.

EUER REDAKTIONSTEAM


Foto: Kass[illegible] Ruhm, Bochum

ZSL Erlangen:
Eine wichtige behindertenpolitsche Kraft

(1.) das Zentrum für Selbstbetimmtes Leben Behinderter Erlangen wurde 1988 gegründet. Bereits seit 20 Jahren gibt es die Studenteninitiative Behinderter in Erlangen, aus deren Engagement das ZSL entstanden ist. Durch den Aufbau der Beratungstelle des ZSL war es möglich, zunächst 2 MitarbeiterInnen hauptamtlich zu beschäftigen und somit den Sprung in die professionelle Arbeit zu schaffen. Aus den Zielen, die sich das ZSL in seiner Satzung gesetzt hatte, sind mittlerweile drei selbständige Arbeitsbereiche gewachsen, in denen insgesamt 17 behinderte MitarbeiterInnen tätig sind:

1. Die Beratungsstelle, in der über alle Fragen eines Lebens mit Behinderung i.S. des peer counseling beraten wird und in der schwerpunktmäßig politische Arbeit geleistet wird, hat heute 3 MitarbeiterInnen.

2. Schon bald entwickelte sich der Bereich der Assistenzorganisation, um eine selbstbestimmte Lebensführung mit Assistenz zu ermöglichen, in dem 7 MitarbeiterInnen beschäftigt sind.

3. Im Rahmen eines Europaprojektes konnte schließlich ACCESS- Arbeit für Menschen mit Behinderung mit 7 MitarbeiterInnen aufgebaut werden, um behinderte Arbeitssuchende, behinderte ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber zu beraten und zu begleiten.

Das ZSL hat sich zu einer wichtigen behindertenpolitischen Kraft in Erlangen und weit über die Stadtgrenzen hinaus entwickelt und es wurde ein wichtiger Teil der Selbstbestimmt Leben Bewegung in Deutschland und Europa.

Es konnten zahlreiche behinderte Menschen bei der Erreichung eines selbstbestimmten Lebens unterstützt werden. Ein Leben mit Assistenz in der eigenen Wohnung konnte das ZSL oft durchsetzen und verwirklichen helfen.

Eine Schattenseite der Entwicklung des ZSL zu einer großen Institution ist die Tatsache, daß sich viele ehrenamtlich Mitglieder in den Entscheidungsgremien des Vereins überfordert fühlen. Wir arbeiten z.Zt. an Strukturen, in denen die geschäftlichen Entscheidungen stärker von den hauptamtlichen MitarbeiterInnen getroffen und verantwortet werden und die Mitgliederversammlungen wieder mehr Raum für inhaltliche, politische und persönliche Themen haben.

(2.) Die gegenwärtigen Sozialkürzungen betreffen uns sehr stark, da uns die Hälfte des städtischen Zuschusses für 1997 gestrichen wurde. Das bedeutet, daß die Beratungsarbeit und die politische Arbeit gefährdet ist, denn die Kürzung betrifft die Beratungsstelle des Zentrums. Wir sind dabei, einen finanziellen Ausweg zu suchen, aber im Moment ist noch keiner in Sicht.

Access, der Beratungsbereich für Arbeit, hängt sehr stark vom EU-Programm „Horizon" oder von einem Modellprojekt für Integrationsfachdienste ab. Nur zwei Stellen von den sieben haben eine Dauerförderung vom bayerischen Staat als ArbeitsassistentInnen. Wir hoffen, daß eines dieser zwei Programme zugesichert wird, um diesen Arbeitsbereich weiter führen zu können und keine der MitarbeiterInnen entlassen zu müssen.

(3.) Wir suchen Finanzierungsalternativen und haben deswegen z.B. einen Antrag beim Helios-Nachfolgeprogramm gestellt.

Arbeitsamtförderungen erleichtern zwar die Einstellung neuer MitarbeiterInnen. In vielen Bereichen brauchen wir aber Kontinuität und Erfahrung. Deshalb müssen wir Finanzierungen auch ohne Arbeitsamtförderung erreichen. Nur der Assistenzbereich ist bei uns im Moment finanziell gesichert.

Stiftungen geben eventuell Zuschüsse, sichern aber keine Personalfinanzierungen über Jahre. Um uns über die Möglichkeiten zu informieren, haben wir uns kürzlich ein Stiftungsverzeichnis zugelegt.

Die Entwicklung, daß der soziale Bereich immer stärker durch Sponsoring finanziert wird, sehen wir mit Skepsis, da die Unabhängigkeit der Beratung (z.B. im Hilfsmittelbereich) darunter leiden kann.

(4.) Stichwort: Aktion Sorgenkind. Die Aktion Sorgenkind hat sich jetzt eine sehr publikumswirksame Aktion einfallen lassen, bei der es kaum eine Organisation wagt, nicht teilzunehmen: die Aktion Grundgesetz. Wir sind im ZSL geteilter Meinung bezüglich der Aktion Sorgenkind. Auf der einen Seite freuen wir uns, daß die Deutsche Behindertenhilfe das von ihr jahrzehntelang propagierte Sorgenkindimage nicht mehr für zeitgemäß hält und ihre Öffentlichkeitsarbeit in unserem Sinne verbessert.

Welchen Inhalt eine geplante Namensänderung der Aktion Sorgenkind haben wird, bleibt aber noch abzuwarten. Wir sind sehr mißtrauisch, daß die Deutsche Behindertenhilfe in Zukunft ganz auf die entwürdigende Mitleidsmasche verzichten wird, um an Geld zu kommen. Vielmehr glauben wir, daß sie einfach versucht, im Trend zu bleiben. Deshalb möchten wir die Entwicklung abwarten und uns mit Anträgen so lange zurückhalten, bis wir sicher sein können, daß die Deutsche Behindertenhilfe das mitleiderregende, entwürdigende Rollenklischee für behinderte Menschen 100 % überwunden hat.

(5.) Für die Zukunft hoffen wir, daß das ZSL seine Arbeit in dem Umfang aufrechterhalten kann. Im Bereich Assistenz ist u.U. eine Ausweitung möglich. Access plant eine Kooperation mit anderen Organisationen zum Aufbau eines Integrationsfachdienstes im Rahmen einer GmbH. Neben der Sicherung der Beratungsarbeit und der politischen Arbeit ist es unser Ziel, das Zentrum wieder attraktiver für Aktivitäten von Mitgliedern zu machen. Um unser politisches Gewicht zu behalten und zu vergrößern, brauchen wir das Engagement einer breiten Basis.

DINAH RADTKE/AXEL BAUER, ERLANGEN



Foto: Kassandra Ruhm

Selbstbestimmt Leben Bremen - *The Next Generation?*

Fast genau 10 Jahre ist es her, da stand in der *randschau* ein ausführlicher Artikel, in dem die damaligen MitarbeiterInnen von Selbstbestimmt Leben die „Beratungsstelle für Behinderte, Pflegeabhängige und deren Angehörige" vorstellten.

1987 - da arbeitete die Beratungstelle noch nicht einmal ein Jahr - war zu lesen: „Oberstes Ziel des Projektes sollte sein, Bedingungen zu schaffen, die auch stark pflegeabhängigen Menschen eine ambulante Pflege gewährleisten, die die gleiche Sicherheit wie im Heim bietet, ohne dessen Strukturmerkmale zu reproduzieren." In der Beratung sollten „die Betroffenen" bei der Beschaffung von „ausreichend Geld, geeigneter Wohnung, Menschen, die die Pflege erbringen und ausreichender Mobilität" unterstützt werden, genauso wichtig wurde aber angesehen, daran mitzuwirken, daß „die Betroffenen" die Kompetenzen für ein selbstbestimmtes Leben (zurück-)erhalten. Das damalige Team sah diese Arbeit auch als „politische Dienstleistung": Durch Hilfeleistungen für den einzelnen sollten die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Behinderte „ihre Interessen selbst wahrnehmen und vertreten, indem sie sich z.B. solidarisieren und politisch aktiv werden." Schließlich sollte Selbstbestimmmt Leben „zum Ausgangspunkt einer Bewegung werden, die Krüppeln mehr *Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen* vermittelt und zu einer breiteren Bewegegung zur Durchsetzung der eigenen Interessen und zur Beseitigung der Diskriminierung beiträgt."

Trotz seines hohen Alters verweise ich immer gern auf diesen Artikel, wenn wir Anfragen nach den Zielen, den Konzepten und den Inhalten unserer Arbeit (meistens im Zusammenhang mit Arbeiten zur Erringung von akademischen Würden) erhalten. Denn er gibt nach wie vor die Grundlagen und Ziele unserer Arbeit sehr treffend wieder. Vielleicht sollte man ihn redaktionell etwas aufmotzen und hier und da Begriffe wie „Persönliche Assistenz", „Peer-Counseling" und „Peer-Support" einflechten. Und einiges hinzufügen, denn natürlich hat sich bei „*Selbst*Bestimmt*Leben*" außer der Schreibweise (nach interner Rechtschreibreform) und den Rahmenbedingungen einiges verändert.

Seit einigen Jahren erhält SL von Bremens Sozialsenatorin eine mehr oder minder sichere Grundfinanzierung für anderthalb Stellen und die Sachkosten der Beratungsstelle. Meist ist es uns gelungen, Mittel für eine weitere halbe Stelle zu beschaffen. Das ist nicht üppig, aber doch ein solider Grundstock, mit dem sich arbeiten läßt und der den Kopf einigermaßen von Geldsorgen freihält. Seit Anfang dieses Jahres finanzieren wir uns teilweise über bezahlte Dienstleistungen für die *Assistenzgenossenschaft Bremen*, für die wir einen Teil der Praxisbegleitung für AssistentInnen organisieren. Eine solche Zusammenarbeit kann natürlich zu Abhängigkeiten führen, die die Unabhängigkeit unserer Beratungsstelle gefährden - aber im Moment scheint dieses Risiko nicht besonders groß.

Im Moment scheint es eher, daß sich Veränderungen unserer Arbeit durch personelle Umbrüche ergeben könnten. Zum ersten Mal arbeiten in der Beratungstelle nur Leute, die im wesentlichen erst durch die Arbeitsstelle mit der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung in Kontakt gekommen sind. Das gilt auch für mich. Der Vorstand hat in den letzten Jahren eine sehr aktive Rolle gespielt und dadurch die Kontinuität der inhaltlichen Arbeit zu wahren gewußt. Deutlich ist dabei geworden, daß Dauerhaftigkeit und Erfolg der Beratungsstelle wesentlich vom Rückhalt und aktiven Mitarbeit des Vereins und seiner Mitglieder abhängen. Das setzt aber auch eine offene und kritische Diskussion über die Arbeit der Beratungsstelle und über die übrigen Vereinsaktivitäten voraus.

Daran hat es in Bremen in der jüngsten Vergangenheit vielleicht ein wenig gehapert. Und wäre da nicht die Aktion Sorgenkind, wäre das auch noch eine Weile so weitergegangen. Die Auseinandersetzung innerhalb der „Bewegung" um das Für und Wider einer Zusammenarbeit mit der „AS" z.B. im Rahmen der Aktion Grundgesetz hat bei uns eine Diskussion über Selbstverständnis, Werte und politische Strategien ausgelöst. Derzeit stehen sich BefürworterInnen, die vornehmlich auf größere Chancen für die Durchsetzung unserer Ziele verweisen, und GegnerInnen, die unsere Identität und Integrität bedroht sehen, kompromißlos gegenüber. Aber trotz dieser Kompromißlosigkeit in der Sache stellt diese Diskussion keine Zerreißprobe für den Verein dar - da gibt es wirklich Wichtigeres!

Was uns mehr beschäftigen sollte: woher bekommen wir den Nachwuchs, der die Ideen der Altvorderen weiterträgt und weiterentwickelt? Sieht man mal von den MitarbeiterInnen der Beratungsstelle ab, werden bei uns die Aktivitäten und Diskussionen überwiegend noch von den Leuten getragen, die bereits vor zehn, fünfzehn Jahren dabei waren. Vielleicht müssen wir uns so etwas wie Schnupperangebote oder gar eine Jugendorganisation zulegen oder einfach offener auf Neue zugehen. Oder wir richten uns darauf ein, eben keine ewige Organisation mit eingebauter Runderneuerung zu sein, sondern ein Verein, der seine Zeit hat und irgendwann seine Zeit gehabt haben wird.

Wie hieß es vor zehn Jahren: Selbstbestimmt Leben sollte „Ausgangspunkt einer Bewegung" werden. Ein Blick auf unsere Mitgliederzahlen legt nahe, daß uns das mißlungen ist. Andererseits hat sich viel in Bremen in den letzten zehn Jahren getan: der öffentliche Personennahverkehr ist so behindertengerecht wie kaum ein anderer in Deutschland; durch den Aufbau eines Angebots von persönlicher Assistenz ist vielen Pflegebedürftigen ein selbstbestimmteres Leben möglich geworden oder geblieben; in Bremen gibt es ein breites Bündnis von Behinderten und Nichtbehinderten, das sich seit Jahren für Umsetzung des Verbots der Benachteiligung Behinderter im Grundgesetz in der Freien Hansestadt einsetzt - nichts davon kann sich SL allein an die eigene Brust heften, doch an allem hatten wir maßgeblichen Anteil und haben die behindertenpolitische Diskussion entscheidend mitgeprägt.

Die Absicherung von persönlicher Assistenz und selbstbestimmter Wohn- und Lebensformen für Menschen mit hohem Hilfebedarf und die Durchsetzung von Antidiskriminierungsvorschriften werden in den kommenden Jahren die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit bleiben. Angesichts des zunehmenden Sozialabbaus werden wir in Zukunft noch enger mit anderen Organisationen zusammenarbeiten müssen - und gleichzeitig genauer hinschauen müssen, mit wem wir noch zusammenarbeiten können. Ich sehe nicht, daß wir in Bremen derzeit mit neuen Perspektiven aufwarten könnten. Doch die Aussichten, daß wir an der Verwirklichung der Ziele von vor zehn, fünfzehn Jahren weiterarbeiten können, sind trotz aller Fallstricke gar nicht so schlecht.

WILHELM WINKELMEIER
Mitarbeiter der Beratungsstelle von SelbstBestimmtLeben Bremen e.V.


Foto: Kassandra Ruhm, Bochum

ZSL Köln

Inhaltliche Freiheit bei existentieller Bedrohung

In Köln startete die Beratungsarbeit des ZsL 1987 mit 4 ABM-Stellen, eine fünfte ABM-Stelle kam 1988 dazu. Schnell zeigte sich ein hoher Bedarf nach diesem neu geschaffenen Angebot.

Der Ansatz des ZsL Köln, wie bei anderen Zentren auch, bestand zum einen darin, eine "ermächtigende" Beratung nach der Methode des "peer counseling" anzubieten, mit dem Ziel, die Kompetenzen und Möglichkeiten der Ratsuchenden zu erweitern. Andererseits sollte eine Institution geschaffen werden, die sich behindertenpolitisch zu Wort meldet und sich in die Gestaltung der Behindertenpolitik auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene einklinkt.

Wir haben bewußt darauf verzichtet, regelfinanzierte Dienstleistungen wie ambulanten Hilfsdienst, Fahrtendienst, betreutes Wohnen etc. anzubieten, um nicht, trotz finanzieller Verlockungen, in die Schere von Träger- und Betroffeneninteressen zu geraten.

Die Konsequenz daraus ist eine inhaltliche Freiheit bei der Wahrnehmung unserer Interessen bei gleichzeitig ständiger Bedrohung unserer Existenz als professionelle Einrichtung. Auch wir hangelten von ABM zu ABM, von Modellprojekt zu Modellprojekt, in der Hoffnung, daß dabei etwas hängen bleibt, daß wir neue Felder erschließen, auf denen wir unentbehrlich werden (und dafür fürstlich entlohnt werden). So ist es uns z.B. gelungen, in NRW die Thematik "Peer Support für Behinderte Frauen" im Rahmen eines Modellprojektes bekannt zu machen. Dieses Projekt lief nach unserer Ansicht sehr erfolgreich, es entwickelte sich rasch ein lebhaftes Interesse und hohe Nachfrage seitens behinderter Frauen und es endete ebenso rasch, nach 2 Jahren, im September 1995. Eine Anschlußfinanzierung ließ sich nicht erreichen, die Mitarbeiterinnen konnten nicht weiterbeschäftigt werden. Trotzdem erreichen uns, fast 2 Jahre nach dem Ende dieses Modellprojektes, immer noch diesbezügliche Nachfragen. Hier zeigte sich die Krux derartiger Modellprojekte besonders deutlich - es kommt darauf an, möglichst ständig neue Felder zu bestellen, aber nicht darauf, dort auch zu ernten.

Trotz steigenden Bekanntheitsgrades und zunehmender Beteiligung an diversen Gremien im Kontext der Behindertenpoitik ist unser Bemühen, modellmüde geworden, eine kontinuierlichere Finanzierung zu erhalten, bislang nicht von Erfolg gekrönt. Ganz im Gegenteil - nach Ende eines weiteren Modellprojektes und dem Auslaufen der finanziellen Förderung durch das Arbeitsamt für 2 Stellen ist die weitere Existenz des Kölner ZsL akut gefährdet. Nicht zum ersten Mal in unserer jetzt 10-jährigen Geschichte - zur Zeit hilft eine private Stiftung aus, um zumindest die Übergangszeit bis zur Entscheidungsfindung seitens der Landesregierung bezüglich einer Weiterfinanzierung zu überbrücken.

Ganz nebenbei - dieses ständige Hangeln am finanziellen Abgrund kostet irrsinnig viel Zeit, Energie, Nerven und Lust! Abgesehen davon, daß auch sozial engagierte Menschen doch auch ein gewisses Interesse an der Absicherung ihrer Existenz haben. Übrigens - wir machen nach wie vor Beratung !

Die Perspektive

In NRW schickt sich die Landesregierung an, ein Aktionsprogramm mit dem wohlklingenden Titel "Mit gleichen Chancen leben" in die Welt zu setzen. Dieses Aktionsprogramm tritt an die Stelle eines längst überfälligen Landesbehindertenplans, der aber mittlerweile nicht mehr finanzierbar wäre. Auch beim abgespeckten Aktionsprogramm ist die Hintergrundmusik die angespannte finanzielle Situation des Landes. Die Ziele, die die Landesregierung dort formuliert, sind in erster Linie Chancengleichheit und Selbstbestimmung. Die im Programm genannten Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung dieser Ziele sind unserer Meinung nach allerdings nicht ausreichend. Unsere Hoffnung, daß wir von diesem kleinen Topf etwas abbekommen, nur weil wir so gute Arbeit machen, oder weil wir so anerkannt und ganz wichtig sind, ist im Sinkflug.

Wir sehen allerdings die Möglichkeit, der Landesregierung ein "Produkt" anzubieten, das im Sinne der o.g. Zielsetzung ein Instrument zur Umsetzung bietet. Das hört sich sehr wirtschaftlich an und ist es auch. Im angebrochenen Zeitalter des Controlling, auch in der sozialen Arbeit, heißt das für dieses Produkt: wir müssen es gut verkaufen, wir müssen die Nützlichkeit und Wirksamkeit ständig nachweisen, wir müssen Kontrollmechanismen in unsere Arbeit aufnehmen, wir

müssen günstige Anbieter sein. Wir verlieren etwas Unabhängigkeit und unsere Unschuld - wir wären in höherem Maße einem Geldgeber gegenüber verantwortlich, als dies bisher der Fall war. Das stört, muß aber nicht in jeder Beziehung schlecht sein. Wichtig ist, daß wir uns hinsichtlich Zielsetzung und Methodik nicht verbiegen müssen.
Wir erwarten mit Spannung die kommenden Verkaufsgespräche.
Zum Thema "Aktion Sorgenkind" - hier soll nicht wieder eine lange Debatte wiederholt werden. Wir sehen mittlerweile als Hauptproblem den Namen an, die mediale Präsentation dieser Lotterie hat sich, nach unserer sehr sporadischen Wahrnehmung, durchaus zum Erträglichen verändert. Die Absicht zur Namensänderung ist noch zuwenig, aber wenn er sich ändert, werden auch wir zu den Antragstellern gehören (müssen). Trotz der festen Überzeugung, daß uns für gute Leistung auch gutes Geld zusteht, sind und werden wir auch in Zukunft nicht um Stiftungen herumkommen. Auch wenn wir lieber einen echten Anspruch auf ein angemessenes Entgelt für unsere Leistung hätten!!
Zur inhaltlichen Arbeit zum Schluß nur eine kurze Anmerkung - nicht nur die Veränderung des sozialen Klimas, die Beseitigungstendenzen der Humangenetik-, Euthanasie- und Bioethikdiskusionen, sondern auch die ganz konkreten Einschränkungen infolge SGB XI, BSHG-, AFG- und Rentenrechtsänderungen machen die Beratungsarbeit schwieriger und manchmal auch frustrierender. Sie ist aber auch notwendiger denn je, denn Resignation und Kapitulation dürfen nicht die Antwort auf die derzeitige Sozialpolitik sein.
Und deswegen machen wir weiter!

Kann der Aufbau eines ZsL als Risikosportart eingestuft werden? Möglicherweise würden dann mehr Zentren in kürzerer Zeit entstehen. Besonders an extrem riskanten Orten, also in hoch verschuldeten Kommunen mit konservativen politischen Mehrheiten würden sich waghalsige und mutige Behinderte zusammentun und Beratungsstellen mit politischem Anspruch für Behinderte eröffnen...

ZsL Mainz

Mountainbiking, Paragliding, Rafting, ZsLing ?!

Also, die Stadt Mainz ist hoch verschuldet, hat aber nicht unbedingt eine konservative politische Mehrheit. Wir haben es in diesem Jahr sogar geschafft, in den städtischen Haushalt aufgenommen zu werden (zwar nur mit einem relativ geringen Betrag), obwohl die Bezirksregierung eigentlich keine neuen Projekte im Bereich der freiwilligen Leistung zuläßt. Dies zeigt zwar, daß wir auf der politischen Ebene in der Stadt, und auch im Land, ernstgenommen, aber finanziell nicht ausreichend gefördert werden.

Zur Situation des ZsL Mainz: Wir arbeiten zur Zeit mit drei MitarbeiterInnen im ZsL. Aufgabengebiete sind Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, politische Arbeit, Verwaltung und Finanzbeschaffung. Der Vorstand des ZsL Mainz e.V. besteht aus fünf gleichberechtigten Mitgliedern. Schwerpunkte sind Beratung und Gesprächsgruppen („Behinderte Frauen", „Leben mit persönlicher Assistenz" und „Schwule Behinderte - behinderte Schwule"), Durchführung und Beteiligung an Veranstaltungen und Seminaren (Peer Counseling-Training, regelmäßigePlena, „Grenzenlos"-Kulturfestival etc.). Zur Zeit basteln wir an zwei weiteren Stellen für psychosoziale Einzefallbetreuung und Beratung für Späterblindende und stark Sehbehinderte, die voraussichtlich im Herbst starten werden.
Und wir arbeiten Projekte aus, um Finanzierungsmöglichkeiten von Seiten des Landes und der EU zu erschließen und damit eine mittelfristige Absicherung des ZsL zu erreichen. Das heißt, wir machen das, mit dem andere Zentren zum Teil schon jahr(zehnte)lange Erfahrungen haben. Und zu diesen Erfahrungen gehört auch, daß unheimlich viel Zeit und Kapazitäten in die Formulierung, Finanzierungsabschätzung und Bearbeitung der Anträge hineingesteckt werden muß. Zeit, die uns für unsere eigentlichen Aufgaben, hauptsächlich der Beratung, fehlt. Es gibt zwar Ideen und Konzepte, wie wir unser Beratungsangebot , gerade in Behinderteneinrichtungen, bekannt machen könnten, für die Umsetzung fehlen uns allerdings die Kapazitäten, abgesehen davon bekämen wir Probleme einer größeren Nachfrage an Beratung entgegen zu kommen. Andererseits sind die Ansätze jetzt schon ermutigend, da wir bereits viele Anfragen aus der Region bekommen und Ratsuchende teilweise weite Fahrten in Kauf nehmen, um von unserer Beratung zu profitieren. Dies zeigt, daß wir einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht haben und der Ansatz des Peer Counseling als innovativ wahrgenommen wird.

Ab nächstem Jahr kann es dann gut möglich sein, ein Projekt zur Beratung und Vernetzung behinderter Frauen, ein HORIZON-Projekt im Arbeitsbereich (Schwerpunkte Peer Counseling und persönliche Assistenz) und ein von der EU gefördertes Projekt zu Peer Counseling in Behinderteneinrichtungen haben werden. Dann hat das ZsL um die zwölf MitarbeiterInnen, es wird genug Zeit für die einzelnen Schwerpunkte vorhanden sein und das ZsL wird (fast) finanziell abgesichert sein. Wir können eine umfassendes Peer Counseling-Angebot machen, Unterstützung vor Ort in den Einrichtungen bis zur Hilfe am Arbeitsplatz geben, auf unterschiedliche Bedürfnisse aufgrund individuell unterschiedlicher Hintergründe eingehen, progressives, emanzipatorisches Engagement im Behindertenbereich wird verstärkt möglich sein im Gegensatz zur gegenwärtigen Überlastung einzelner Aktiver. Nach zwei Jahren, pünktlich zur Jahrtausendwende, macht es dann „Plop", die Projektförderung ist ausgelaufen und wir können dort wieder beginnen, wo wir 1994 angefangen haben.


Foto: Kassandra Ruhm, Bochum

Doch bevor dieses Szenario beginnen wird, wissen wir nicht wie wir die zweite Hälfte dieses Jahres 97 finanziell überleben sollen. Den für das Risiko haftenden Vorstandsmitgliedern wird es immer mulmiger, Kopfschmerzen und Schlafstörungen machen sich breit. Alles kreist sich um den Gedanken: „Wo sind noch Sponsoringmöglcheiten, welche Stiftungsmittel gibt es noch?". Und rechtzeitig zum Jahreswechsel macht es dann „Plop", und wir wissen nicht, was wir machen sollen.
„Das ZsL ist politisch gewollt, paßt aber haushaltstechnisch in keine Förderung". Das haben wir nun davon!

MATTHIAS RÖSCH, ZSL MAINZ

Interview

Finanzierung mit neuen Ideen?

Ein Interview mit Gisela Hermes, kommissarische Geschäftsführerin des bifos e:V., („Bildungs- und Forschungsinstitutes zum selbstbestimmten Leben Behinderter"mit Sitz in Kassel) und langjährige Aktivistin der Szene, über das Geld - zumeist fehlend - und wie es zu beschaffen ist.



die randschau: Viele Projekte der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung sind mehr und mehr in finanziellen Schwierigkeiten: Öffentliche Mittel fallen aus, Alternativen sind nicht greifbar. Welche Perspektiven, denkst Du, hat die Bewegung mit all ihren Projekten?

Gisela Hermes: Die Arbeit, die wir in den Zentren durchführen ist Bildungsarbeit und vor allem Beratungsarbeit. Und das ist ja eine Arbeit, die sich nicht selbst trägt, sondern immer finanziert werden muß durch öffentliche oder andere Geldgeber. Und in den letzten Jahren haben wir uns natürlich abhängig gemacht von den öffentlichen Mitteln. Zum Teil haben wir wirklich große Zentren aufbauen können, weil die Mittel geflossen sind für unsere Arbeit. In einigen Städten ist das gelungen. Und im Moment werden überall Mittel gekürzt, ganz drastisch. Das merken wir auch im bifos ganz deutlich. Und es sieht so aus, als würden einige Zentren Arbeitsbereiche einstellen oder vielleicht ganz dicht machen müssen. Ich finde, wir können uns nicht weiter darauf verlassen, daß wir öffentliche Gelder bekommen, weil ich glaube, daß der Sozialabbau eher noch zunehmen wird. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß in der Politik ein grundsätzliches Umdenken stattfinden muß und daß die Millionnen von DM, die für die Betreuung und Aufbewahrung behinderter Menschen ausgegeben werden, an solche Projekte gezahlt werden müssen, die von behinderten Menschen geleitet werden und die im Sinne des selbstbestimmten Lebens behinderter Menschen arbeiten. Deshalb müssen wir weiter auf politischer Ebene präsent sein, müssen Gleichstellungsgesetze fordern und gegen Aussonderung kämpfen. Ich befürchte jedoch, daß wir einen langen Weg vor uns haben, bis unsere Forderungen realisiert werden und daß wir auf diesem Weg viele unserer Projekte aus finanziellen Gründen verlieren werden. Vorerst brauchen wir andere Lösungen, um überleben zu können.

Wo siehst Du mögliche Perspektiven?

Meine Lieblingsidee ist, daß wir kommerzielle Betriebe schaffen, die unsere anderen Arbeiten mit finanzieren: Also Betriebe, in denen wir wirtschaftliche Gewinne erzielen. Ich habe da auch eine Menge Ideen, aber ich merke auch, wir alle - die in den Zentren arbeiten -, kommen ja eher aus der Psycho- oder Sozialecke, und wir haben auch ziemlich wenig Ahnung und trauen uns zum großen Teil auch nicht, wirtschaftlich arbeitende Betriebe zu eröffnen und zu leiten. Und ich denke, es ist jetzt Zeit: Wir müssen uns daranwagen, weil wir sonst unsere Arbeit einstellen können.

Und die andere Geschichte ist natürlich, daß ich denke, um Beratungsarbeit langfristig aufrecht zu erhalten, müßte man natürlich auch schauen, ob wir nicht mehr ehrenamtliche Menschen einbinden. Es gibt unwahrscheinlich viele behinderte Menschen, die früh verrentet sind, die kein Geld verdienen wollen oder dürfen, die Zuhause sitzen, isoliert sind, und die viel Lust und auch die Fähigkeit dazu hätten, uns zu unterstützen. Das sehe ich jetzt nicht nur wegen Kostenaspekten , sondern ich sehe auch, weil mir in den letzten Jahren klar geworden ist, daß hier ein ganz, ganz großes Potential behinderter Menschen liegt.

Was heißt, „wirtschaftliche arbeitende Bereiche" im Beratungssektor? Was kann das bedeuten, wenn Du von finanziell gut laufenden Betrieben redest?

Ich glaube, wir sollten versuchen, unsere Beratung und unsere Angebote in den Zentren aufrecht zu erhalten. Aber wir brauchen andere Finanzierungsmöglichkeiten. Zum einen müßten wir für unsere Arbeit Sponsoren finden, was ich aber für unwahrscheinlich schwer halte, weil das hier in Deutschland nicht so verbreitet ist wie in anderen Ländern, z. B. den USA. Meine Idee ist, daß wir neben den Angeboten in den Zentren weitere Bereiche schaffen, und zwar Wirtschaftsbetriebe. Obwohl wir in der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung immer die Prämisse haben, unabhängig zu sein und unabhängige Beratung zu machen, ist inzwischen in manchen Städten bereits Realität, daß die Ambulanten Hilfsdienste so viel Geld abwerfen, daß sie indirekt die Beratungsarbeit mitfinanzieren, indem zum Beispiel die Büromiete gezahlt wird. Ich denke, da müssen wir uns der Realität stellen, daß wir im Moment anders gar nicht überleben können. Wir brauchen noch mehr Bereiche, die wirklich Geld einbringen und vielleicht auch Überschüsse erwirtschaften. Meine Idee zum Beispiel beim bifos ist, daß wir einen Verlag gründen und versuchen, auch durch Werbung Geld einzufahren. Eine Mischung herstellen aus öffentlichen Mitteln, öffentlich gesponserten Projekten und Werbung.

Aber auch mit eigenen Ideen in den Hilfsmittelbereich einzusteigen, Hilfsmittel auf den Markt werfen, die von uns entwickelt sind und daraus einen Betrieb machen. Und ich glaube, wenn wir unsere Kraft nicht darauf setzen, zu gucken, wo wir noch einen öffentlichen Pfennig her kriegen, sondern einmal unsere Gedanken darauf richten, was wir eigentlich

selber tun können und was wir für Betriebe errichten könnten, und wo auch selbst Arbeitsplätze schaffen.

Du hast gerade gesagt, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im wesentlichen aus dem pädagogischen/psychologischen Bereich herkommen. Wo könnte die Szene das notwendige Know-how herbekommen, um tatsächlich solche Projekte als Wirtschaftsbetriebe umzusetzen?

Es ist ja so, daß wir den Zentren nicht mehr nur beratend tätig sind, sondern daß jedes Zentrum auch einen Geschäftsführungsbereich hat. Wir haben uns im Laufe der Jahre unwahrscheinlich viel Wissen angeeignet. Das dürfen wir nicht unterschätzen. Wir müssen mutiger sein und müssen uns mehr zutrauen und natürlich müssen wir uns auch weiteres Wissen aneignen. Vielleicht müssen wir auch mehr behinderte Menschen, die betriebswirtschaftlich geschult sind, in unsere Arbeit einbinden. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Wir kennen uns gut aus, wenn es um Sozialförderung geht, öffentliche Förderung, wir kennen uns nicht gut aus, wenn es um betriebliche Förderungen geht, die gar nichts mit Behinderung zu tun haben. Es gibt Existenzgründungs-Zuschüsse, es gibt alle möglichen Wirtschafts-Zuschüsse, und wir sollten uns mehr damit beschäftigen. Dann werden wir auch in der Lage sein, wirklich Betriebe aufzubauen und zu leiten.

ISL bricht derzeit mit einem für die Szene bisher absoluten Tabu: Sie arbeitet nämlich mit der „Aktion Sorgenkind", die als Förderer im Bereich der Behindertenhilfe aktiv ist, zusammen. Wie siehst du das?

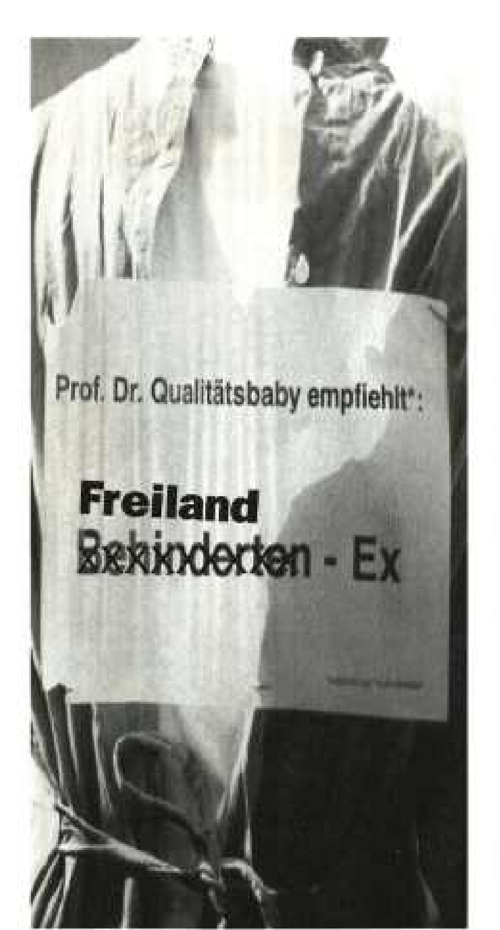
Die Diskussion um die Aktion Sorgenkind und die Frage, ob wir uns von denen fördern lassen oder nicht, ist ja im letzten Jahr ziemlich hochgekocht. Ich hatte erst eine sehr harte Position der Aktion Sorgenkind gegenüber und war nicht bereit, mit denen überhaupt zu sprechen. Ich habe aber inzwischen an mehreren Gesprächen teilgenommen und dadurch meine Meinung ein bißchen revidiert. Ich bin inzwischen der Ansicht, daß wir im Rahmen der „Aktion Grundgesetz", die jetzt im Oktober anläuft, Projekte fördern lassen können. Aber das wird nie in einem großen Rahmen sein; es werden ja nur Veranstaltungen, die im Rahmen der „Aktion Grundgesetz" durchgeführt werden, finanziert. Ich denke, daß wir uns in diesem Rahmen fördern lassen können, weil die Aktion Sorgenkind ihren Namen speziell für diese eine Aktion geändert hat. In dem großen Logo, wo sonst im O der Aktion 'Sorgenkind' stand, steht jetzt das Wort 'Grundgesetz', und damit kann ich leben. Das bifos wird sich auch Veranstaltungen fördern lassen.

Wir haben diese Namensdiskussion innerhalb der Aktion Sorgenkind unwahrscheinlich forciert. Die Geschäftsführung der „Aktion Sorgenkind" hat den Auftrag bekommen, innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Konzept zur Namensänderung zu entwickeln. Das heißt aber noch längst nicht, das die grundsätzlich den Namen ändern. Für mich heißt das, es ist jetzt der Wille da, sich nach Alternativen umzugucken. Es kann aber auch sein, daß sich die Gegner einer Namensänderung innerhalb der Aktion Sorgenkind durchsetzen, wenn sich herausstellt, daß die Aktion dadurch Geldeinbußen haben würde. Ich finde, wir können uns jetzt noch nicht fördern lassen, sondern wir müssen warten, bis sie definitiv sagen, sie beschließen, daß ihr Name geändert wird. Unter dem Namen 'Sorgenkind' können wir uns nicht fördern lassen. Das ist nach wie vor meine Position.

Ich glaube auch nicht, das die Aktion Sorgenkind das Allheilmittel ist. Die Förderungsmöglichkeiten sind nicht so groß. Anschubfinanzierungen kann man kriegen, Personalkosten werden nicht finanziert und das heißt, wir müssen uns sowieso nach anderen Lösungen umgucken.

Gisela, ich danke Dir für dieses Gespräch.

Das Interview führte Jörg Fretter



Prozeß gegen Gentechnik-KritikerInnen in Aachen

(Presseerklärung) Am 22. Sept. 1997 um 9.15 Uhr im Saal 409 findet ein Prozeß wegen Hausfriedensbruch und Widerstand statt. Hintergrund ist ein RWTH-Versuch mit genmanipulierten Rüben. Ein Sonntagsspaziergang, der unter dem Motte „vorgezogenes Erntedankfest" nach einer Feldzerstörung stattfand, wurde abrupt durch einen Bulleneinsatz beendet. Deswegen stehen jetzt sieben Leute vor Gericht.

Der Freilandversuch in Aachen

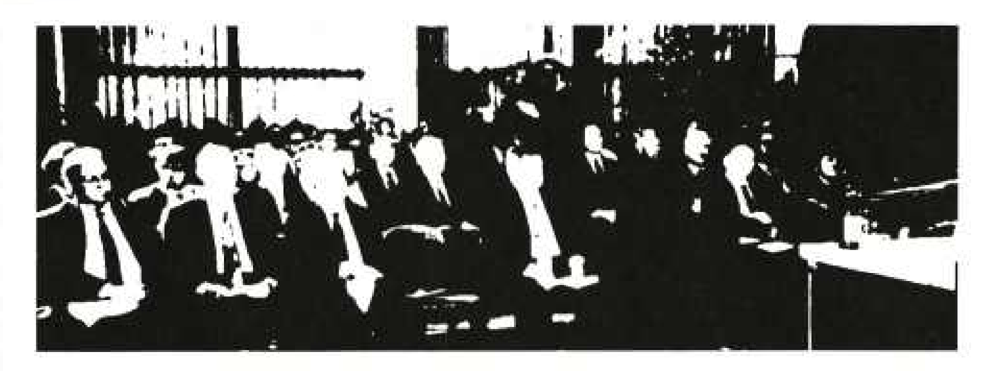
Seit im Gentechnikgesetz zum 1.1.94 die Durchsetzung von Freilandversuchen erleichtert worden ist, nimmt die Zahl der Freilandversuche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen in der BRD zu. 1995 wurden bundesweit 20 Projekte gestartet. Eines davon stand unter der Leitung von Dr. Detlef Bartsch, Lehrstuhl Biologie V an der RWTH Aachen: in Mainz und in Aachen wurden Rüben ausgebracht, die gegen das Totalherbizid BASTA der Firma Hoechst, gegen ein Antibiotikum und gegen einen Rübenvirus resistent sein sollten. Das Saatgut stammte vom größten Saatgutbetrieb Deutschlands, der Kleinwanzlebener Saatgutzucht (KWS). Die Freisetzungsversuche wurden im Rahmen des Projektes „Ökologische Untersuchungen zur Einschätzung der Freisetzung von transgenen Pflanzen" durchgeführt. Neben der allgemeinen Kritik am Gentechnikeinsatz in der Landwirtschaft (noch stärkere Bindung der BäuerInnen weltweit an Interessen multinational agierender Konzerne, Forcieren von Gifteinsatz, Beibehaltung agrotechnischer Prinzipien wie Monokulturen, „Patente auf Leben") wurde der Titel „ökologische Begleitforschung" als Etikettenschwindel entlarvt. „Auch Tschernobyl konnte nicht im Freiland getestet werden" kritisierte ein Vertreter

des ökologischen Ärztebundes das vorgesehene Projekt. Die Gentech-AG Aachen, die ASten von RWTH und FH Aachen kritisierten, daß „das als 'Risikoforschung' ausgegebene Experiment Umweltrisiken in Kauf [nimmt], ohne jedoch wissenschaftliche Aussagekraft zu haben". Während der Projektleiter behauptete, sein „Freilandversuch ist ein Wagnis, keine Bedrohung", unterschrieben innerhalb von 3 Wochen 1.700 AachenerInnen Einwendungen aus grundsätzlichen, gesundheitlichen, ökonomischen und ökologischer Gründen gegen den Versuch. Für den BUND Rheinland-Pfalz diente der Versuch angesichts fehlender wissenschaftlicher Aussagemöglichkeiten ausschließlich der Akzeptanzgewinnung für die Gentechnik. Trotz alledem ließ die RWTH nicht von ihrem Vorhaben ab. Das Robert-Koch-Institut genehmigte die Aachener Freisetzungen zum 23.4.95 (wie bis heute auch jede beantragte Freisetzung der BRD). Zur Verdeutlichung der Arroganz: In neuerem Interview vom Mai 1997 wurde Projektleiter Bartsch angesprochen auf die einseitige Unterstützung durch den Gesetzgeber für seine neuen Versuche: „Und ich nutze das schamlos aus", sagte er und lachte.

Neben vielen Diskussions- und Informationsveranstaltungen, auf denen das Vorhaben und Verhalten der RWTH als Forschung „im Dienst kommerzieller Interessen" kritisiert wurde, fanden sich 20-70 Menschen zu wöchentlichen Sonntagsspaziergängen am (vorgesehenen) Genrübenfeld ein. Vor Ort wurde die Kritik am Versuch mit symbolischen Aktionen unterstützt, wie Aussaat von Wildblumen, Einpflügen von Sprüchen in den Boden, Errichtung eines „Mahnmals von abgrundtiefer Häßlichkeit" (taz). Der aufkommenden Protestbewegung stellte die RWTH von Anfang an Propaganda (Sabotagevorwurf), Anzeigen, Polizeieinsätze und erhöhte „Sicherheits"maßnahmen entgegen. Ende April '95 waren die ersten genmanipulierten Rüben in Aachen und Mainz ausgebracht. Am 31.5.95 wurde dann ein großer Teil der genmanipulierten Rüben von Unbekannten abgeerntet.

Erntedankfest mit Folgen

Der folgende Sonntagsspaziergang am 4.6.1995 stand unter dem Motto „vorgezogenes Erntedankfest", bei welchem auf das erfolgreiche Abernten angestoßen wurde. Dieses simple Beisammensein von ca. 20 fröhlichen Menschen wurde jedoch durch einen brutalen Polizeieinsatz beendet, wegen dem sich 4 Personen zum Arzt begeben mußten. Nach diesem kollektiven Ausrasten der Aachener Bullen fand sich ein Teil der eben noch feiernden Gesellschaft in den



Arrestzellen des Aachener Polizeipräsidiums wieder, wo sie bis Einbruch der Dunkelheit eingesperrt blieben. Die TH stellte (einmal mehr) Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft

Zwei Jahre später flatterte sechs der damals betroffenen SpaziergängerInnen eine Anklageschrift wegen „Hausfriedensbruch" und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" ins Haus. Zwei weitere bekamen kurz darauf je einen Strafbefehl über 600 Mark wegen Hausfriedensbruch. Beide legten Widerspruch ein, woraufhin der eine bis heute nichts mehr hörte, der andere aber mit auf der Anklagebank landete. Die Anklageschrift beinhaltet neben den eigentlichen noch eine Reihe anderer Vorwürfe: So werden die Sonntagsspaziergänge insgesamt als „militante Protestbewegung" charakterisiert (dieses wird mit „Fußballspielen u.ä." belegt!). Der Staatsanwalt erklärt den Protest für ungerechtfertigt, weil „die RWTH ... über die Ziele des Versuches informierte und dabei auch ausdrücklich darauf hinwies, daß hiermit keinerlei Gefahren für die Bevölkerung ausgehe". Damit läßt die Staatsanwaltschaft den Versuch einerseits noch ungefährlicher erscheinen, als ihn selbst Projektleiter und Genehmigungsbehörde einstufen. Andererseits wird daraus die grundsätzlich politische Motivation der Kriminalisierung des Widerstandes gegen Gentechnologie klar.

Verfahrensmäßig merkwürdig ist, daß zwar in mehreren Fällen von der Hochschule Anzeige erstattet worden war, diese aber aus „mangelndem öffentlichen Interesse" durch den zuständigen Staatsanwalt eingestellt worden sind.

„Das ist organisiertes Verbrechen. Der Schutz der biotechnologischen Forschung und Entwicklung ist von gesamtstaatlichem Interesse", Grund genug jemanden wegen einer Ackerzerstörung vor Gericht zu stellen.

Der bevorstehende Prozeß ist der Beginn eines härteren Vorgehens des Staates zur Durchsetzung von Freilandversuchen. Die Aachener Staatsanwaltschaft versucht hier, (potentielle) GentechwidersacherInnen einzuschüchtern. Eine Art Exempel. Somit geht es in dem Prozeß nicht darum, ihren Rechtsstaat zu bewahren, sondern um eine Gefälligkeit gegenüber der Gentech-Lobby.

Industrieinteresse — RWTH-Interesse

Nach der Darstellung der RWTH diene der Aachener Versuch gerade dazu, die Risiken der Gentechnik aufzuzeigen. Was auf den ersten Blick also der Gentech-Lobby entgegen gerichtet scheint, hilft ihr allerdings tatsächlich, ihrer Technologie einen Anstrich von mehr Sicherheit zu verpassen, ohne daß das reale Risiko tatsächlich kleiner zu kriegen ist. Und es hilft der Industrie, indem vorhandene Defizite aufzeigt werden, Gentech effizienter zu machen. Grundsätzlich fördert dieser Versuch die Gentechnik. Der Projektleiter: „Ich würde mich auf jeden Fall freuen, wenn in Deutschland der Ökolandbau zunehmen würde. Wir haben aber eine Bundesregierung, die auf Gentechnik setzt." und sich damit auf die Seite der Chemiekonzerne stellt. Die Technische Hochschule Aachen verzeichnet bundesweit den größten Finanzstrom privater InvestorInnen in den Hochschulhaushalt. Sie ist und bleibt auf der Seite derer, die die letzten Ressourcen der Natur in bare Münze umwandeln wollen; sie für sich in Beschlag nehmen, beHERRschen wollen und - wenn sie damit durchkommen sollten - zerstören werden. Doch notwendiger Widerstand läßt sich weder durch Schläge, noch durch Kriminalisierung verhindern.

In diesem Sinne fordern wir:

Den sofortigen Abbruch aller Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Organismen und deren fachgerechte Entsorgung.

Keine Kriminalisierung von Gentech-GegnerInnen.

Rücknahme aller Anzeigen durch die RWTH.

Solidarität mit FeldbesetzerInnen von Freilandversuchen.

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

Ya basta!

...bei uns in Dortmund heißt das Betreuung!

Dortmund kämpft mit der Moduleinführung

Die Auswirkungen der Pflegeversicherung sind seit langem allgemein spürbar. Und neues Ungemach droht: Die Einführung der Modulabrechnung - so steht zu befürchten - wird der 'Satt und Sauber'-Pflege entgültig Tür und Tor öffnen. In Dortmund sollte die Modul-Pfege zum 1.7.97 eingeführt werden. Widerstand ist angesagt. Unser Autor Christof Rill macht sich im nachfolgenden Beitrag so seine Gedanken.

Keine Ahnung ob ich mich jetzt freuen soll, oder was? Der 1.07.1997 ist schon einige Zeit vergangen und es sind noch keine weiteren Hororrmeldungen aus der nordrheinwestfälischen Großstadt Dortmund übermittelt worden. Kein Aufstand der Betreuten, keine Revolution und, zum Glück, auch keine Bestätigung darüber, daß die Pflegeversicherung ihr wahres Gesicht zeigen konnte.

In Dortmund galt nämlich der 01.07.1997 als Stichtag dafür, daß der Regelbedarf nach dem Sozialgesetzbuch und den aufstockenden Bedarf nach dem Bundessozialhilfegesetz ausschließlich in Modulen bewilligt wird (wer jetzt nicht weiß was Module sind, der/die kann in *der randschau* Nr. 1/96, S.14 - 19, nach*randschauen*/-hören)

Dieser Abrechnungsmodus hat zur Konsequenz, daß es zur Unterversorgung im Bereich der ambulanten Pflege und Hauswirtschaft kommt. Da der Bewilligungszeitraum auf 30 Tage bzw. vier Wochen unter dem Gesichtspunkt einer extensiellen Grundversorgung festgelegt ist und der individuelle Zeitbedarf der jeweils Betroffenen ohne Berücksichtigung bleibt, wird ist das gesamte ambulante Versorgungssystem grundlegend in Frage gestellt. Mehrbedarf und/oder Abweichngen, wie z.B. durch Urlaub oder Krankheit, müssen durch ausführliche Dokumentation nachgewiesen und beantragt werden. Zudem sollen dann keine anderen Verrichtungen nach dem Bundessozialhilfegesetz bewilligt werden und außerdem will das Sozialamt der Stadt Dortmund ab diesem Zeitpunkt nur noch einen Pauschalbetrag für ambulante Hilfe zahlen.

So weit, so schlecht!

Um diesen Moloch abzuwenden und öffentlich zumachen, haben einige Leute aus Dortmund während der Isl-Tagung zum Thema: „Selbstbestimmte Assistenz - ein Mensdchenrecht" vom 23. bis 25. Mai 1997 in München, um solidarische



Unterstützung im Widerstand gebeten und ein Programm über zwei Aktionswochen verteilt.

Zwar machte mich die Begrifflichkeit der vortragenden Leute aus Dortmund schon damals einigermaßen nachdenklich, insbesondere deshalb, da sie andauernd von *„Betreuung"* anstatt von *„Assisstenz"* redeten (ob sie auch das gleiche meinten??? d. kor.). Jedoch hielt mich das nicht davon ab, an mindestens einer Aktion teilzunehmen.

Schon das rumgereichte Flugblatt über die Aktionswochen, sowie eine Kurzbroschüre über die momentane umsetzung der Pflegeversicherung in Dortmund (in Bezug auf den Modulkatalog) war schon hart an der sprachlichen Schmerzgrenze (allein dadurch, das ich eine Behinderung habe, bin ich nicht unbedingt mit anderen Krüppeln/Behinderten **kollegial** verbunden d. Aut.)

Unter der Überschrift:"WALLFAHRT, 1. ALLGEMEINE BEHINDERUNG DORTMUND" wurde ein reichhaltiges Programm für diese Aktionswochen angekündigt, unter anderem eine Vorstellung des Münchner Crüppel Cabaret mit der Inszenierung: „Ausgepflegt" .

Um einen besseren Einkblick in die akute Situation in Dortmund zu kriegen, wählte ich eine von vielen Aktionen, nämlich das Hearing am 17.06. aus. Bei diesem Hearing waren ca. 50 Leute versammelt, überwiegend Nichtbehinderte und in der Mehrzahl aus dem Raum Dortmund - Bochum. Diese Konstellation hatte einen bestimmten Grund, der mir während der Veranstaltung immer klarer wurde.

Bei der Begrüßung durch eine Mitarbeiterin des BDP (Bund deutscher Pfadfinder) wurde nochmals die Problemsiuation in Dortmund dargestellt, aber jetzt mehr aus dem Aspekt heraus, daß durch die angekündigten Kürzungspläne des Sozialamtes der Stadt Dortmund wahrscheinlich mehrere Arbeitsplätze im Bezug auf die ISB (Individuelle Schwerstbehinderten Betreuung) im BDP verloren gingen. Dieses Arbeitsfeld im BDP enstand Anfang der 80er Jahre durch den Aufbau der ISB mit Zivildienstleistende als ein Selbsthilfeprojekt. Rasch entwickelte sich dieses 'Modellprojekt' zu einem leistungsstarken Regelangebot, im Vergleich zu den damaligen Angeboten anderer ambulanter Dienste in Dortmund. Bis 1990 wurde die ISB ausschließlich mit dem Einsatz Zivildienstleistender getragen. Diese wurden jeweils direkt für bestimmte Betroffene einberufen, maximal drei je BetroffeneR. Ihr Einsatz wurde pauschal mit dem jeweiligen Kostenträger abgerechnet. Auf Verlangen Betroffener und der Stadt Dortmund wurde der gesamte ISB-Bereich nach und nach auf hauptamtliche *Betreuungspfllegehelferlnnen* (Sprachgebrauch des BDP) umgestellt.

Diese kurze Themeneinführung zeigte mir nochmals, was für ein Einstellung bei dem BDP Dortmund gegenüber seiner Klientel, vorherrscht. Es war schon mehr als peinlich, das andauernde Gejammere der Pflegekräfte (beim BDP Dortmund: *Betreuungspflegehelferln* genannt) um den möglichen Verlust ihrer Arbeitsplätze anzuhören. Bestimmt, es ist tragisch seinen Arbeitsplatz zu verlieren, jedoch ist auch schon mehr als zynisch diese Bedrohung, mit der drohenden Modulabrechnung von Pflegeleistungen für behinderte Menschen zu vermischen. Beides, ist zwar zu bekämpfen jedoch stellt sich mir, seit dem Hearing am 17.06 in Dortmund, verstärkt die Frage, ob die solidarische Unterstützung im Widerstand, die in München angefragt wurde, auch wirklich das gleiche Ziel verfolgt? Oder anders gefragt: Sind diesse beiden Sachverherhalte in ihren Auswirkungen vergleichbar? Zum einen, seinen Rentenanspruch zu verlieren und zum anderen, seine alltäglichen Lebensbedürfnisse unter einem bestimmten Zeitdruck zu bewältigen? Krass ausgedrückt: Behinderte haben künftig nach der Stopuhr zu kacken!?

Dabei geht es mir hier jetzt nicht darum, einen Wettstreit darüber zu veranstalten, wem es jetzt mit den Kürzungsplänen des Sozialamtes der Stadt Dortmund am ärgsten trifft, sondern mir geht es darum, deutlich zu machen, daß diese beiden Einschnitte auf zwei ganz unterschiedlichen Ebenen liegen. Zum einen der rein materiellen Existenzbedrohung mit dem drohenden Arbeitsplatzverlust und zum anderen physische und psychische Existenzbedrohung durch die Reglementierung des alltäglichen Lebens.

Und somit kann dieser Sachverhalt nicht als gemeinsame Motivationsbasis gelten, was dann auch noch in vornehmlich gemeinsamen Widerstand enden soll. Okay, jetzt läßt einwenden, ist doch egal was für eine Existenzbedrohung das letztlich ist! Betroffen bin ich auch davon und deshalb im Widerstand dabei. Dies gilt jedoch dann nicht mehr, wenn mir das, was ich mit dem Wort *Betreuung* als erstes verbinde, nämlich *Bevormundung* durch nichtbehinderte 'BetreuerInnen', auch noch bestägt wird.

So geschehen, bei meinen Versuch, beim abendlichen Abschlußessen nach dem Hearing im Edward-Clement-Haus, mit einer *Betroffenen* ins Gespräch zu kommen, Ich wollte mehr Informationen über die brennende Situation in Dortmund bekommen. Da hatte ich leider kein Glück: Das Antworten für meine Gesprächspartnerin wurde fast gänzlich von deren *Betreuungspfllegehelferin* und einer anderen Mitarbeiterin des BDP übernommen. Und sicherlich nicht nur aus dem Grund, der Verständigungsschwierigkeiten, wegen unserer beiderseitigen Artikulationsprobleme.

In dieser Angst einflößenden Zeit, ist es zwar von Nöten, mehr nach den Gemeinsamkeiten, als nach den Unterschieden zu suchen, doch alles hat seine Grenzen! Und zwar genau in dem Moment, in dem vorgegeben wird, für die gleiche Sache zu kämpfen - aber gleichzeitig eine Emanzipation, allein durch die Benutzung von Begrifflichkeiten (und deren unreflektierte Anwendung) ausgeschlossen wird. Wer Menschen zu 'Betreuten' macht und sie auch so behandelt und letztlich bevormundet, kann nicht mit Solidarität rechnen.

Worte sind nicht nur Schall und Rauch, sondern ein Ausdrucksmittel des Bewußtseins (sagte mal ein kluger Kopf d. Aut.).

Und die Quintessenz dieses Tages:

Nicht jede Tat, ist eine gute Tat! Nicht jeder Tag, ein guter Tag.

CHRISTOF RILL, KASSEL



Gentechnik

- eine neue Umzingelung der Natur

Die moderne Biologie ist heute im Wesentlichen ein technisches und ein anwendungsorientiertes Unternehmen. Lange schon geht es im Feld der Molekularbiologie nicht mehr um Naturbeobachtung sondern darum, effiziente Werkzeuge der Naturproduktion zu entwerfen.

Dieses Unternehmen ist weitreichend. Die Biomedizin hat, im Verbund mit der Molekularbiologie, die "Verbesserung" des Menschen -als Individuum, als Teil einer Bevölkerung und im Globalmaßstab des "Gattungskörpers"- im Blick.

Die konkrete technische Utopie (nicht nur) eines Bonner Professors

Schon heute ist die vorgeburtliche Suche nach Behinderungen und Krankheiten Normalität. Ein perfekt ausgebautes Programm der Schwangerenvorsorge wird nicht zwangsverordnet, sondern gilt als "Recht" auf medizinsiche Betreuung während der Schwangerschaft und als "Zugewinn an Wissen und Wahl". Massenuntersuchungen (Screening) in Form von Ultraschall und biochemischen Tests, genetische Analysen beim Ungeborenen ab dem 35. Lebensjahr oder bei "auffälliger" Familiengeschichte sind seit Jahren Usus. Bei medizinisch bescheinigter Behinderung kann ohne jede zeitliche Beschränkung abgetrieben werden. Die Erziehung zu genetischer Vorsorge, die Rechtssprechung, die die Geburt eines behinderten Kindes zum "Schadensfall" erklärt, ist nahezu perfekt - und nahezu alltäglich. Ungeachtet der gezielt geförderten und gern geglaubten Auffassung, es handele sich hier um ein rein privates, individuelles Angebot, haben die nationalen und internationalen Forschung und die medizinische Angebotsstruktur immer eine eugenische, eine auf die zukünftige Bevölkerung gerichtete Absicht. "Es wird eine Art Eugenik sein, gewiß, aber eine Eugenik, die bewahren will, nicht eliminieren, eine humanitäre nicht eine totalitäre Eugenik" lautet das Motto der Genomforscher (in diesem Fall des französischen Wissenschaftlers Daniel Cohen). Schon seit Jahren arbeitet der Pränataldiagnostiker Prof. Hansmann vom Geburthilflichen Zentrum am Universitätsklinikum Bonn an medizinischen Verfahren und Dienstleistungen, um die "Durchsiebung aller Schwangeren" zu gewährleisten, um vorgeburtliche Qualitätsurteile zu perfektionieren.

Dienstleistungsethik für Zukunftstechnologien -Zum Beispiel das Bonner Institut für Wissenschaft und Ethik (IWE)

In Alltag und Gemeinwesen sind die Biowissenschaften "zu einer totalen sozialen Tatsache" geworden, die "ihre Wahrheiten den Ethiken, den Rechtsnormen, der Politik, den Religionen, den Philosophien aufzwingen". (Michel Serres) Bioethik heißt der vergleichsweise neue Berufsstand, der eine begriffliche Währung und institutionelle Struktur, Gesetze, Konventionen und Kommissionen dafür bereitstellt. Nur die Reflexion

über die "Biologie" scheint noch Berechtigung zu haben. Nur den Erfordernissen von Wissenschaft und Technik dienliche Politik, Rechtsprechung, Philosophie und Religion scheint noch gehört zu werden. Allein Experten sprechen, planen und handeln, obwohl hier doch vor allem der Umbau des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Arbeitens debattiert wird. Besonders hervorgetan als Dienstleistungsagentur für diese Zukunftstechnologien hat sich das Bonner Institut für Wissenschaft und Ethik. Über Humangenetik, Organtransplantation oder Pflanzengenetik denken, öffentlich finanziert, interdisziplinär, zukunftsfähig und konzernfreundlich, Philosophen, Theologen, Juristen und Naturwissenschaftler nach. Was dabei herauskommt? Das sind "völlig neue Fragestellungen" wie diese: "Ist der Körper eine herrenlose Sache?" "Gehört zur personalen Identität die Naturwüchsigkeit der zufälligen Entstehung?" Und gänzlich übliche Antworten: "Drohender Verlust von Leistungsfähigkeit und mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sind durchaus wichtige, gesamtgesellschaftlich zu bedenkende Gesichtspunkte."

Die Gen- "Checker"

Neue genetische Fahndungsprojekte, die sog. Gentests, werden in dieser medizinischen Struktur ein sicheres Testgebiet vorfinden.

Weltweit arbeiten Forscher/innen aus Industrie und Universitäten daran, die Erbananlagen des Menschen zu entschlüsseln. Wer sie lesen und manipulieren könne, besitze die Macht, Krankheiten zu verhindern und die Entwicklung von Lebenwesen umfassend zu steuern. So lauten die wissenschaftlichen Zukunftsvisionen. In Sachen Gen"therapie" haben die über 100 klinischen Versuche mit Schwerstkranken durchweg deprimierende Ergebnisse gezeitigt. Die technischen Probleme scheinen unüberwindlich. Allgemein herrscht hier Erkenntnisstillstand.

Ob die großspurigen Ankündigungen jemals wahr werden, ist also mehr als ungewiß. Doch soviel ist klar: Die Ergebnisse der Genomforschung werden unseren Alltag nachhaltig verändern. Gentests halten Einzug in Schwangerenvorsorge, Medizin, Arbeitsleben und Versicherungs-wesen. Was bedeutet es, wenn Forscher/innen immer mehr Krankheiten und selbst Eigenschaften wie Intelligenz, Alkoholismus und Aggressivität als erblich ansehen? Wenn Arbeitnehmer/innen zum Gen-Check aufgefordert werden oder die Versicherungen den Vertragsabschluß vom Ergebnis des Gentests abhängig machen? Wenn schon vorgeburtlich ein werdendes Kind auf mögliche Erbkrankheiten untersucht wird, für die es keine Heilung gibt?



Die Politik hat bislang versäumt, die Geister, die sie mit ihren Fördermillionen für die Gentechnik rief, zu reglementieren. Dabei gibt es die Warnung vor den gesellschaftlichen Wirkungen dieser Technik längst schriftlich, gerade im Feld des Politischen. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) warnt vor einer schleichenden *"Stigmatisierung und Diskriminierung von Träger bestimmter genetischer Merkmale."*

Schöpfungsvisionen

Moderne Wissenschaften offerieren nicht nur die "Chance" zum "besseren Leben" in "optimalen Bevölkerungen". Sie offerieren das "Leben" selbst.

Das erste Retortenbaby ist mittlerweile 17 Jahre alt. Das anfängliche Schaudern über's technisch fabrizierte Kindermachen ist der Gewöhnung gewichen. Auch diese vermarktbare Dienstleistung geschieht international, weltweit wird in Universitätskliniken und privaten Befruchtungspraxen von Experten angeboten, was die Technik hergibt: Befruchtung in der Petrischale, Spermien aus Samenbanken, Schwangerschaft nach den Wechseljahren, Leihmutterschaft und Geschlecht nach Wunsch. 100.000 Kinder sind mittlerweile weltweit künstlich erzeugt worden. Ein Ende der technischen Zeugungs"alternativen" ist nicht abzusehen. Expansiv und grenzenlos wird weiter geforscht und experimentiert. Auch in der Bundesrepublik wird ausprobiert. Als besonders lohnend gilt die sog. Präimplantations-diagnostik. Die genetische "Qualität" außerkörperlich erzeugter Embryonen soll auch in diesem Lande zum medizinischen Angebot werden. Die etablierte vorgeburtliche Qualitätskontrolle wird in die Petrischale hineinverlegt und folgt dem gleichen Ziel. Korrigierende Eingriff am Embryo -die sog. Keimbahnmanipulation, die noch als Tabu gilt- sind in weltweit mindestens 30 Projekten in Arbeit. Was vormals als Frucht der Frauen galt und heute als analysierbarer Embryo verstanden wird, das ist dort endgültig zum bearbeitbaren "Produkt" geworden.

Als "Rohstoff" für medizinische Versuche wird die Leibesfrucht ohnehin schon angesehen. In der AIDS-und Krebsforschung, bei Medikamententests und Impfstoffproduktion wird fötales Gewebe routinemäßig eingesetzt. Seit einiger Zeit experimentieren Forschergruppen in München, Hannover und Aachen im Rahmen eines europäischen Verbundes namens "NECTAR" mit abgetriebenen Föten - zu Transplantationszwecken. Bei Hirn- und Nervenleiden, Zuckerkrankheit oder Lähmung wird -bislang ohne Erfolg- Fötalgewebe verpflanzt.

Ökonomische Visionen

Im wissenschaftlichen Blick nimmt sich die Gesamtheit des Lebendigen aus, wie ein ungeheuer großes Stück Stoff aus dem beliebig herausgeschneidert und "effizient" wieder zusammengebaut werden kann. Ob Pflanze, Tier oder Mensch, die zum Material gewordene Natur ist begehrter Rohstoff geworden, der wie jeder andere Rohstoff auch zirkulations- und eigentumsfähig ist. Ein solchermaßen verstandenes Materiallager ist beliebig kombinierbar. Mäuse und Lachse mit menschlichen Genen gehören schon zum Forschungsalltag. Am Horizont scheint nun auch das, mit menschlichen Genen ausgestattete Schwein, das Organe für Transplantationen liefern soll.

Neue Märkte werden so erschlossen. Nichts und niemand soll mehr außerhalb der Sphäre von Produktion und Machbarkeit existieren. Patentierbare Verfah-

ren, lizenzpflichtige Gene, Angebot und Nachfrage, schließlich neu zusammengesetzte Körper bestimmen das Bild eines biowissenschaftlichen Marktes, dessen Rohstoff das Lebendige selbst ist.

Labormäuse, die mit menschlichem Fötalgewebe traktiert wurden, können weltweit zu Forschungszwecken vermarktet werden. Die manipulierten Schweine, die zu Transplantationszwekken kreiiert wurden sind selbstverständlich patentfähig. Die veränderten Kulturpflanzen gelten demnächst als Erfindung, als "geistiges Eigentum" von Firmen oder Forschern. Landwirte und besonders Klein-Bauern in südlichen Kontinenten sind Verlierer im Gebiet der wissenschaftlichen Möglichkeiten und neuenstandenden Märkte. Ihr Erfahrungswissen im Umgang mit alten Kulturpflanzen und Tieren wird von multinationalen Saatgut- und Pharmakonzernen kapitalisiert. Zahlreiche Patentämter in den Industriestaaten verwandeln ihre Pflanzen in ausbeutbare "Gen-Ressourcen".

Das menschliche Genom - ein " neuer Kontinent"

Eine neue Landnahme ist im Gange. Sie betrifft keinen Kontinent sondern auch unsere Körper. Über 1.200 "Gene" sind Eigentum geworden, von Konzernen, Staaten oder forschenden Einzelpersonen. Auch das Know-How der Körpertechniken zur genetischen Manipulation ist eine patentrechtliche Angelegenheit. Körperteile sind veräußerbare Handelsware, der Frauenleib ist bearbeitbares "Weltstück".

Im Rahmen des deutschen Genomanalyseprojektes dürfen die wichtigsten Pharmafirmen -darunter BASF, Bayer, Boehringer Mannheim, Hoechst und Merck- das erwirtschafteten Wissen über die Gene nach Patentfähigkeit überprüfen.

Nachdem die Sklaverei der Kolonialzeit überwunden schien und die Frage, wem Arbeitskraft und Waren gehören, viele Generationen zum politischen Handeln veranlaßte, nach alle dem tritt nun eine neue Eigentumsfrage auf die Bühne der Geschichte. Gen- und Fortpflanzungstechnologien sowie die Transplantationsmedizin haben den Leib selbst unter Verwertungsgesichtspunkte gestellt. Wer darf ihn profitabel machen? Wer hat die Entscheidungsgewalt bei möglich gewordener Veräußerung? Wie wandelt sich das rechtliche Verhältnis zu anderen? Kann der Körper zum Objekt der eigenen Bewirtschaftung werden? Wie sieht, im Zeichen des "Rohstoffseins" unsere Selbst- und Fremdwahrnehmung, wie unsere Leibverfassung aus?

ERIKA FEYERABEND, ESSEN

Nachfolgend dokumentieren wir einen akutellen Fall von Pressezensur. Schauplatz des Geschehens ist das, von der ev. Kirche getragene Sonntagsblatt. Betroffen ist der freie Journalist Klaus-Peter Görlitzer, dessen Texte mehrfach auch in der 'randschau' publiziert wurden.

PRESSEZENSUR

Entwurf eines Briefes an

Horst Hirschler
Herausgeber des „Sonntagsblattes"

Verlag und Redaktion
Postfach 13 08 68
20108 Hamburg

Mit Durchschrift an:

Essen, den 22 .8. 1997

Sehr geehrter Herr Hirschler,

seit Jahren verfolgen wir mit Interesse die Berichterstattung des „Sonntagsblattes" zum Themenbereich „Ethik und Medizin".

Positiv zu erwähnen ist vor allem Ihre Serie zur umstrittenen Bioethik-Konvention des Europarates. Unterschiedliche Stimmen aus Kirche, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik kamen hier ebenso zu Wort wie Journalisten und Journalistinnen, die die Genese dieses Völkerrechtsvertrages seit Jahren engagiert begleiten -durch ihre fachlichen Analysen und auch gesellschaftspolitischen Einordnungen. Gerade auf dem Hintergrund der hiesigen Medienlandschaft, die zunehmend mehr auf Aktualität und Kürze setzt, war dies ein -überregional einzigartiger- fundierter und notwendiger Beitrag zur Meinungsbildung in diesem Lande.

Ein weiteres aktuelles Beispiel, wie wichtig die Rolle der Printmedien sein kann, war die Berichterstattung zum Thema „Richtlinien zur Sterbebegleitung und Behandlungsbegrenzung" der Bundesärztekammer. Eine schnelle Änderung dieser standesrechtlichen Empfehlung hätte die Gefahr heraufbeschworen, daß Tötung und Selektion durch Behandlungsbegrenzung in den Bereich ärztlichen Handelns geraten. Gerade in diesem Land besteht die Pflicht, derartige Tendenzen aufzuspüren und ihnen Einhalt zu gebieten.
Vorbildlich war u.a. wieder das Sonntagsblatt. Dank gut recherchierter und sensibilisierender Artikel, ist nunmehr ein Prozeß des Nachdenkens und der öffentlichen Diskussion entstanden und die Entscheidung im Gremium der Ärztekammer verschoben worden.

All das ist nicht zuletzt dem freien Mitarbeiter Klaus-Peter Görlitzer und der zuständigen Redakteurin für Sozialpolitik, Helga Kempcke, zu verdanken. Beide stehen für uns seit langem für einen engagierten Journalismus. Gerade im Feld biomedizinischer Fortschrittsdynamik ist dies für Gemeinwesen und Kultur von außerordentlicher Bedeutung. Es ist erfreulich, daß gerade eine Zeitung, die maßgeblich von der evangelischen Kirche getragen wird, einen Raum für diese publizistische Ausrichtung bereit stellte.

Mit Befremden nehmen wir deshalb zur Kenntnis, daß der Chefredakteur Ihre Zeitung
/2

die mehr als sechsjährige, reibungslose Zusammenarbeit mit Klaus Peter Görlitzer nun einseitig aufkündigte. Inhalt und Form der Kündigung stehen im krassen Gegensatz zu Berichterstattung und öffentlichem Bild des Sonntagsblattes. Görlitzers Artikel werden auch an exponierten Stellen wahrgenommen. Dies spricht für die Qualität seiner Arbeit und verweist zugleich auf die Qualität des DS. Nach langjähriger Zusammenarbeit „aufgrund des verschwörungs-theoretischen Stils" einen arbeitsrechtlich völlig ungesicherten Mitarbeiter mit kurzer schriftlicher Mitteilung vor die Tür zu setzen, ist ein für uns absolut unerklärliches und unakzeptables Verhalten.

Und es läßt uns rätseln, welche Beweggründe dazu führten.

Haben die Ereignisse und Kontroversen zum Thema „Bioethik" innerhalb der kirchlichen Öffentlichkeit mit dieser rüden Zensur zu tun?

Hat zum Beispiel der Redaktionsbesuch des Pastors Udo Schlaudraff vom Zentrum für Gesundheitsethik an der Evangelischen Akademie Loccum für diesen rasanten Kurswechsel in Sachen medizinischer Ethik Wirkung gezeitigt? Soll dem Motto der Gründungstagung dieses Zentrums, daß nämlich „notwendige Selektionsentscheidungen" im Feld der Gesundheitsversorgung „ein Mindestmaß an Akzeptanz brauchen", nun auch noch im Sonntagsblatt zum Durchbruch verholfen werden?

Soll sich die Auffassung des führenden EKD-Vertreters Dr. Hermann Barth, der die aktuelle Fassung der Bioethik-Konvention im krassen Gegensatz zu vielen Gliederungen der evangelischen Kirche für gut befindet, als neue „Gesinnung" in Ihrer Zeitung niederschlagen -mittels Ausschaltung unbequemer Journalisten?

Was in den Redaktionsräumen Ihrer Zeitung geschah, ist von übergeordneter politischer Bedeutung. Es geht um Pressefreiheit und Meinungsvielfalt. Es geht um Demokratie, die, das hat uns das Beispiel Bioethik-Konvention gezeigt, massiv gefährdet ist.

Wenn „hinter verschlossenen Türen", ohne parlamentarische Kontrolle und an der Öffentlichkeit vorbei, Richtungsentscheidungen mit grundlegenden juristischen und ethischen Konsequenzen vorbereitet werden, dann sind Demokratie und politisches Handeln auf der Strecke geblieben.

Wenn dann auch noch Journalisten, die auf diesen Demokratieverlust aufmerksam machen, indem sie Fakten über wissenschafts- und wirtschaftspolitische Interessen und Akteure zusammentragen und die Bedenken von Bürgern und Bürgerinnen berücksichtigten, vor die Tür gesetzt werden, dann ist die Demokratie erneut auf der Strecke geblieben - diesmal in Ihrer Zeitung.

Die Brisanz der Tatsache, daß hier -via Medienpolitik- zielgerichtet kritische Analysen ausgeschaltet werden sollen, veranlaßt uns zu der Überlegung, diesen Vorgang einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Noch ist die Pressefreiheit Garant für die vierte Gewalt im Staat, noch rangiert sie im Grundgesetz vor der Forschungsfreiheit.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme.

Hochachtungsvoll

Unterzeichner/innen:

Erika Feyerabend (BioSkop, Essen), Ursel Fuchs (Journalistin, intern. Initiative gegen die Bioethik-Konvention), Dr. Hans-Jürgen Fischbeck (ev. Akademie Mülheim/a.d.Ruhr), Wilma Kobusch (Sprachwissenschaftlerin, intern. Initiative gegen die Bioethik-Konvention), Vorstand der solidarischen Kirche Rheinland, Dr. Volker v.d.Locht (Randschau, Zeitschrift der Behinderten-bewegung




Foto: Kassandra Ruhm, Bochum

regelmäßig...

Bremen: „Die Hexenhände" Gehörlosen-Frauen- und Lesbengruppe in Bremen, treffen sich an jedem zweiten Sonntag im Monat ab 11 Uhr zum Frühstücken im Bürgerhaus Weserterassen und jeden Freitag ab 20 Uhr in einer Kneipe. Jede, die Gebärden kann oder lernt, ist willkommen. Ort bitte erfragen. Wir verkaufen Postkarten mit GL-Motiven! Kontakt: Tanja Muster, Fax 0421/872 91 54, Chris, Fax 0421/37 14 90

Hamburg: AG „Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigung" Jeden vierten Mittwoch im Monat bei Autonom Leben, Langenfelder Str. 35, 22769 Hamburg, Tel. 040-43 29 01-49, Fax 040-43 29 01-47

noch mal Hamburg: Beratung für ausländische behinderte Menschen. Montags 13.30-15.00 uhr durch Herrn Diyab Gögduman (selbst behindert) bei Autonom Leben (Adresse siehe oben)

Hamburg: Stammtisch für KrüppelInnen und behinderte und nichtbehinderte MitstreiterInnen. Jeden dritten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr im Palé, Sternstr. 2 (Nähe U-Banhof Feldstr.)

Kassel: Offener Stammtisch für Frauen mit Behinderungen. Jeden zweiten Freitag im Monat im Fernando Poo, Friedrich-Ebert-Str. 78. Info: Birgit Schopmans, hess. Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Tel 0651-728 85-22, Jordanstr. 5, 34117 Kassel

Suhl: *„frau anders um 5"* Offener Stammtisch für Frauen mit Behinderungen. Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 17.00 Uhr Im Frauenzentrum , Schleusinger Str. 45, 98527 Suhl. Termine Oktober bis Dezember 1997: 8.10., 22.10., 12.11., 26.11., 10.12.. Info: Kontakt- und Beratungsstelle für behinderte Frauen „frau anders", Schleusinger Str. 45, 98527 Suhl, Tel. 03681/ 30 93 70, Fax 03681/ 30 93 80

Gewußt wo....

Netzwerke behinderter Frauen

Berlin

Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V., c/o Dr. Sigrid Arnade, Liebstöcklweg 14, 13503 Berlin, Tel. 030-431 77 16, Fax 030-436 44 42

Hamburg

Hamburger Netzwerk „Mädchen und Frauen mit Behinderung", Kontakt: Bärbel Mickler, Autonom Leben, Langenfelder Str. 35, 22769 Hamburg, Tel. 040-43 29 01-49, Fax 040-43 29 01-47

Hessen

Hessisches Netzwerk behinderter Frauen, c/o LAG Hessn „Hilfe für Behinderte" e.V., Frau Prinz, Raiffeisenstr. 15, 35043 Marburg, Tel. 06421-420 44, Fax 06421-517 15

Hessisches Koordinationsbüro behinderter Frauen, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0651-728 85-22, Fax 0561-728 85-29 (gibt „Angesagt", einen Veranstaltungskalender für behinderte Frauen, heraus)

Niedersachsen

Netzwerk behinderter Frauen Niedersachsen, c/o Büro des Behindertenbeauftragten, Rennée Krebs-Rüb, Postfach 141, 30001 Hannover, Tel. 0511-12 04 53, fax 0511-1204 43

Nordrhein-Westfalen

Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen NRW, Beelertstiege 5-6 ,48143 Münster, Tel. 0251-434 00, Fax 0251-51 90 51

Schlesig-Holstein

mixed pickles e.V. Schleswig-Holstein - Vernetzungs-und Koordinationsbüro für Frauen und Mädchen mit und ohne Behinderungen, Kanalstr. 11, Werkhof, 23522 Lübeck, Tel. 0451/ 70 60 529

bundesweit

Krüppel-Lesben-Netzwerk, c/o Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12, 44793 Bochum, Tel./Fax 0234-68 31 94

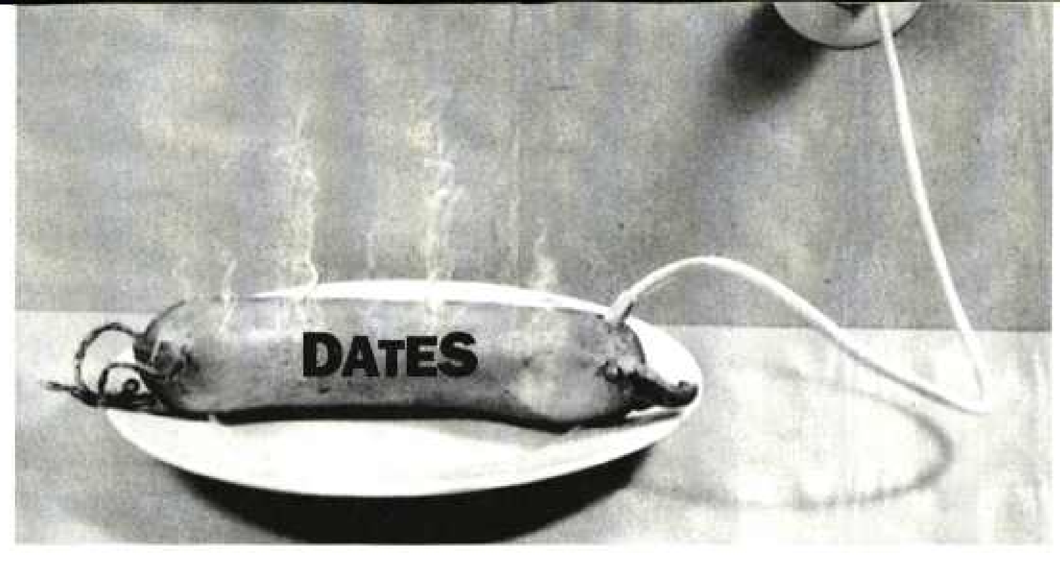
Bundesweits Netzwerk behinderter Frauen, c/o Hess. Koordinationsbüro behinderter Frauen, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0651-728 85-22, Fax 0561-728 85-29

Die Adresse von *mixed pickles* ist übrigens *nicht* deshalb hier bisher *nicht* erschienen, weil auch *nicht*behinderte Frauen mitarbeiten - so die Vermutung einer Mitarbeiterin -, sondern weil mixed pickles sich bisher nicht als Netzwerk bezeichnete und auch nicht geäußert hat, hier aufgenommen werden zu wollen. Nun aber! Alle Netzwerke o.ä., die sich hier vergeblich suchen, bitten wir dringend, sich zu melden: **die randschau, Ulrike Lux, Jordanstr. 5, 34117 Kassel**

dates für das Heft 4/97 (Termine Januar/Februar/März) bis zum 31.10.97 an

die randschau • Ulrike Lux • Jordanstr. 5 • 34117 Kassel • Fax: 0561-728 85 -29

Änderungen der regelmäßigen Veranstaltungen bitte unbedingt melden!



10.-12. Oktober 1997 in Frankfurt: **Contact Improvisation.** Integrativer Tanzworkshop. Info und Anmeldung: Andrea Rüb, Fürstenbergerstr. 27, 60322 Frankfurt, Tel. 069/ 597 13 61

11./12. Oktober 1997 in Marburg: **Wissen, Können, Brauchen, Funktionieren - Leben genießen oder Leben bewältigen -.** Fachlicher Austausch von Blinden und Sehbehinderten sowie pädagogischen Fachkräften in der Deutschen Blindenstudienanstalt.

Info und Anmeldung: Geschäftsstelle des DVBS, Frauenbergstr. 8, 35039 Marburg, Tel. 06421/ 48 14 50, Fax 06421/ 5 18 22

17.-19. Oktober 1997 in Bad Boll: **Kultur der Solidarität - was Menschen dazu bringt sich zu engagieren.** An Beispiel der Behindertenpolitik wird gezeigt, wie Motivation gefördert wird, welche Wege gewählt werden, um Bewußtsein zu bilden und Handeln anzuregen. Info und Anmeldung: Ev. Akademie Bad Boll, Referat Behinderte, Frau Buchwald, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel. 071 64/ 79 211 (vormittags)

22.-25. Oktober 1997 in Düsseldorf: **REHA 97.** Messegelände

01. November 1997 in Münster: **„Arbeit für Behinderte".** Öffentliche Veranstaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Landschaftverband Westfalen-Lippe im Landeshaus Münster, Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48133 Münster. Info: Brigitte von Schoenebeck, Fraktionsbüro Bündnis 90/ Die Grünen, Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48133 Münster, Tel. 0251/ 591 245, Fax 0251/ 591 246

07.-09. November 1997 in Edertal-Anraff: **ENTDECKEN UNSEREN INNEREN LEBENDIGKEIT.** (Das stand wirklich so in der Ankündigung! Anm. U.L.) Auch für blinde und sehbehinderte Frauen. Info und Anmeldung: Frauenbildungshaus Anraff e.V., Königsberger Str. 6,35549 Edertal-Anfaff, Tel. 05621/ 32 18 (Mo, Mi, Do, Fr, 10-12 Uhr, Di 17-19 Uhr)

07.-9. November 1997 in Kassel: **"Sozialpolitisches Forum 97"** unter dem Titel: **"Die Zukunft des Sozialstaats - Handlungsperspektiven gegen Sozialabbau".** Veranstalter: AG SPAK und Sozialpolitische Gesellschaft. Ort: Gesamthochschule Kassel. Teilnahmebeitrag: 80 DM. Anmeldung: AG SPAK, Marga Mitterhuber, Raifeisenweg 12, 86923 Finning, Tel. & Fax: 08806 / 9 50 94.

10.-12. November 1997 in Bad Segeberg: **„Davon lassen wir uns doch nicht unterkriegen"** Alltag und Biographien von Mädchen und jungen Frauen mit Behinderungen. Fachtagung für MitarbeiterInnen in der „Mädchen- und Behindertenarbeit". Info und Anmeldung: Ev. Akademie Bad Segeberg, Frau Gerwinsky, Marienstr. 31, 23795 Bad Segeberg, Tel. 04551/ 8009-31

20.-22. November 1997 in Mönchengladbach: **„Dir werd ich helfen...- Zwang und Gewalt in der Gemeindepsychiatrie".** Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. in der Niederrhein. Fachhochschule für Sozialwesen. Info und Anmeldung: DGSP e.V., Stuppstr. 14, 50823 Köln, Tel. 0221/ 51 10 02, Fax 0221/ 52 99 03

21.-23. November 1997 in Hamburg: **2. Vernetzungstreffen für SonderpädagogInnen,** Thema **„Menschen mit Behinderungen in der sog. Dritten Welt".** Info: Marianne Hürelberg, Weidenallee 30b, 20357 Hamburg, Tel. 040/ 44 34 80 und Daniela Glunz, Von-Axen-Str. 7, 22083 Hamburg, Tel. 040/ 227 86 46

28.-30.November 1997 in Bad Boll: **Sehnsucht und Widerstand im Lebensalltag von Frauen mit Behinderung.** Ein Wochenende mit der Tanztherapeutin Mona Dorsch. Info und Anmeldung: Ev. Akademie Bad Boll, Referat Behinderte, Frau Buchwald, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel. 071 64/ 79 211 (vormittags)

Veranstaltungsreihe **„Gegen sexuelle Gewalt an behinderten Frauen und Mädchen"** in Regensburg:

23. Oktober 1997 **Sexuelle Gewalt gegen Frauen mit geistiger Behinderung.** Vortrag von Andrea Friske. 20.00 Uhr im Ev. Bildungswerk, Am Ölberg 2

24./25. Oktober 1997 **„Ich hab halt gedacht, das ist normal so" Sexuelle Gewalt als Lebenswirklichkeit von Frauen mit geistiger Behinderung.** Fortbildung für Fachfrauen, die mit geistig behinderten Frauen und Mädchen arbeiten. Im I.T.P.F., Landshuter Str. 37. Info und Anmeldung: I.T.P.F., Landshuter Str. 37, 93053 Regensburg, Tel. 0941/ 60 47 6, Fax 0941/ 70 62 09

Veranstaltungen der **VHS Köln,** Themenkreis Behinderung, z.B. Bildungsurlaub, Gesprächs- und Arbeitskreise, Veranstaltungen, Semiare für Frauen mit Behinderung, Gebärdensprachkurse, PC-Kurse... Programm und Info: VHS am Neumarkt, Josef-Haubig-Hof 2, 50676 Köln, Tel. 0221-221-24 86, Fax 0221-221-3803 (Marita Reinecke)

Veranstaltungen des **Bildungszentrums Nürnberg,** Programm für behinderte und nichtbehinderte Menschen, z.B. Aktions- und Arbeitskreis „Selbstbestimmt Leben", Informationen für behinderte Menschen über Internet, viele Arbeits- und Gesprächskeise, Studienreisen... Programm und Info: Bildungszentrum, Fachbereich Behinderte - Nichtbehinderte, Gewerbemuseumsplatz 1, 90403 Nürnberg, Fax 231-58 33, Tel.231-34 63 (Michael Galle-Bammes), 231-58 26 (Gabriele Eder)231-54 26 (Christine Schröder)

Seminare des **bifos - Bildungs- und Forschungsinstitut zum Selbstbestimmten Leben Behinderter** und NEU! Weiterbildung für behinderte Beraterinnen des **bifos-Frauenprojekts** Infos und Anmeldungen bei bifos e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561-728 85-40, Fax 0561-728 85-44. Das vollständige Programm kann gegen 2,- DM in Briefmarken dort bestellt werden.

02.-05. Oktober 1997 in der JH Melsungen: **Treffen des Bundesweiten Forums der Krüppel-und Behindertenintiativen,** kurz: KrüppelInnentreffen. Thema: Behinderte in Europa.

Info und Anmeldung:

Jörn Schadendorf, Fiebiger Str. 275, 22419 Hamburg, Tel. 040/ 53 11 266

Nur die Nerven behalten...



Ich will 'die randschau' abonnieren und zwar in ihrer gedruckten, aufgelesenen oder digitalisierten Fassung. Die Abo-Bedingungen sind denkbar einfach: Gezahlt wird für 4 Ausgaben im voraus (Erscheinungsweise vierteljährlich) durch Überweisung auf das Konto von 'krüppeltopia' e.V. bzw. durch Übersendung eines Verrechnungsschecks oder Bargeld. Nach Ablauf der 4 Hefte (bzw. Cassetten bzw. Disketten) gibt es eine Rechnung für die 4 folgenden Exemplare.

Ich will **das Abo** als Heft für 25,00 DM (Ausland 35,00 DM)
das Cassetten-Abo für 30,00 DM (Heft & Cass. 40,00 DM)
'die randschau' auf Diskette (Nur Text/ASCII) 30,00 DM

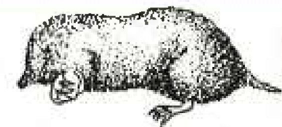
Den Abobeitrag von DM
überwiesen auf das Konto 1009 424 bei der Kasseler Sparkasse (BLZ: 520 503 53) - 'krüppeltopia' e.V.
in Scheinen / als Scheck beigelegt

Mit den Abobedingungen erkläre ich mich einverstanden

Ausschneiden, eintüten, frankieren und senden an:

die randschau ◆ Jordanstraße 5 ◆ 34117 Kassel

BioSkop



Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien

*„Du hast Deine Rolle gespielt.
Besser eine Weile Maulwurf sein: wühlen,
wühlen. Lautlos und unsichtbar, und an
einer Ecke herauskommen, wo dich keiner vermutet."*

Heinrich Böll, 1978

Die Biowissenschaften und ihre Technologien sind nicht allein Mittel der Naturbeobachtung sondern Werkzeuge der Naturproduktion. Im wissenschaftlichen Blick nimmt sich die Gesamtheit des Lebendigen aus, wie ein ungeheuer großes Stück Stoff aus dem beliebig herausgeschneidert und „effizient" wieder zusammengebaut werden kann.

Die biowissenschaftlichen Visionen lauten: mehr Lebenszeit durch wiederverwendbare Organe, Gewebe und Embryonen; „gesündere" Kinder durch vorgeburtliche Kontrollen oder aus der Petrischale; „nützlichere" Tiere, Pflanzen, Bakterien durch herauspräparierte Gene; „Überleben" durch Arzneien, die von genetisch veränderten Lebewesen geliefert werden.

Landwirte und besonders Klein-Bauern in südlichen Kontinenten sind Verlierer im Gebiet der wissenschaftlichen Möglichkeiten und neuenstandenden Märkte. Ihr Erfahrungswissen im Umgang mit alten Kulturpflanzen und Tieren wird von multinationalen Saatgut- und Pharmakonzernen kapitalisiert. Zahlreiche Patentämter in den Industriestaaten verwandeln ihre Pflanzen in ausbeutbare „Gen-Ressourcen".

Neue Märkte werden erschlossen. Nichts und niemand soll mehr außerhalb der Sphäre von Produktion und Machbarkeit existieren. Patentierbare Verfahren, lizenzpflichtige Gene, zirkulationsfähige Körperteile, Angebot und Nachfrage, schließlich neu zusammengesetzte Körper bestimmen das Bild eines biowissenschaftlichen Marktes, dessen Rohstoff das Lebendige selbst ist. So wird der Herstellung von Waren die Anhäufung von Lebenszeit und mitgelieferter „Qualitätssteigerung" zur Seite gestellt. Die leichte Verderblichkeit, die Flüchtigkeit der individuellen Existenz soll vergessen gemacht werden. Kein Zufall, kein Geworden- und kein Geworfensein, kein Anderssein soll uns mehr überraschen. Das Gemachte ist dem Gewordenen prinzipiell überlegen, lautet die Grundannahme in Technologie und Wissenschaft.

Moderne „Lebenswissenschaften" - die Biologie im Verbund mit der Medizin - haben den neuen Einheitswert „Leben" geschaffen. Das alte Wort wurde ein neuer Begriff, auf den sich Fachmänner berufen, um den individuellen Leib, die „Bevölkerung" und im Globalmaßstab den „Gattungskörper" für bearbeitbar zu erklären. Endlich sollen sich auch die Träume der Genetiker des 19. Jahrhunderts erfüllen. „Es wird eine Art Eugenik sein, gewiß, aber eine Eugenik, die bewahren will, nicht eliminieren, eine humanitäre nicht eine totalitäre Eugenik" lautet das Motto der Genomforscher (in diesem Fall des französischen Wissenschaftlers Daniel Cohen).

Die Normalisierung gegenwärtiger Gesundheits- Sozial- und Behindertenpolitik zeigt an, daß die Kehrseite dieser Utopie ein Gesellschaftsentwurf ist, der nicht auf gegenseitiger Hilfe, sondern auf Vermeidung, Verhinderung und einem Verlassen all jener basiert, die nicht der Utopie von Gesundheit und Normalität entsprechen. Der internationale Trend in Diskussion und Gesetzgebung reicht mittlerweile bis zum institutionell abgesicherten Mord, der sog. Euthanasie bei alten, schwerstbehinderten, hoffnungslos kranken und komatösen Patienten und Patientinnen.

In Alltag und Gemeinwesen sind die Biowissenschaften „zu einer totalen sozialen Tatsache" geworden, die „ihre Wahrheiten den Ethiken, den Rechtsnormen, der Politik, den Religionen, den Philosophien aufzwingen". (Michel Serres)

Bioethik heißt der vergleichsweise neue Berufsstand, der eine begriffliche Wahrung und institutionelle Struktur, Gesetze, Konventionen und Kommissionen dafür bereitstellt. Nur die Reflexion über die „Biologie" scheint noch Berechtigung zu haben. Nur den Erfordernissen von Wissenschaft und Technik dienliche Politik, Rechtsprechung, Philosophie und Religion scheint noch gehört zu werden. Allein Experten sprechen, planen und handeln, obwohl hier doch vor allem der Umbau des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Arbeitens debattiert wird - und fachgerechte Tötungsvorhaben plausibel gemacht werden sollen.

BioSkop ist eine Assoziation von Individuen, die an ihren sozialen und beruflichen Aufenthaltsorten - im Journalismus, in Initiativen, in Wissenschaft, Kirche oder Nachbarschaft, in Frauenkreisen und Behindertengruppen, an der Küste, im Münsterland, Ruhrgebiet und Rheinland, in den Niederlanden, im Rhein-Main und Rhein-Neckar-Gebiet und anderswo gegen die Machtwirkungen moderner Biowissenschaften und ihrer Technologien denken und handeln wollen.

Unter unserem Wappentier, dem bodenwühlenden Maulwurf, wollen wir in der Geschichte graben, statt den Zukunftsvisionen der biopolitischen Experten Glauben zu schenken. Wir wollen uns gemeinsam um aktuelle wie auch um vergrundsätzlichende Kritik bemühen, statt uns in der Rede vom „technologischen Sachzwang" zu verfangen. In Veranstaltungen, in Wort und Schrift, in unserem Rundbrief „Denkzettel" (der 3-4 mal im Jahr erscheint) möchten wir vielfältige Stimmen zum technogenen Zeitgeschehen zu Gehör bringen. Als Ansprechpartner /innen bei der Suche nach Meinungen, Erfahrungen, Fakten und Referenten/innen können wir behilflich sein. In Seminaren nehmen wir uns Zeit zum Nachdenken über die gegenwärtige Lage. An politischen Kampagnen beteiligt, versuchen wir Sandkörner im Getriebe der Normalität zu sein.

BioSkop braucht Mitarbeit. Um den vielen undramatischen und spektakulären Ereignissen auf der Spur zu bleiben, haben wir ein Archiv, das anderen Interessierten zur Verfügung steht, das aber auch Meinungen und Meldungen aller Art braucht. Mit dem „Denkzettel", in BioSkop-Seminaren, in regionalen Gesprächskreisen halten wir Ausschau nach Widerspruch, neuen Ideen, Anregungen und Bekanntschaften.

BioSkop braucht Unterstützung. Wir senden gerne regelmäßig den „Denkzettel" zu und freuen uns über eine Kostenbeteiligung durch Spenden. Darüberhinaus brauchen wir Förderinnen und Förderer in Gestalt steuerabzugsfähige Dauer- oder Einzelspenden auf das BioSkop-Konto Nr. 5559 88-439, BLZ 360 100 43, Postgiro Essen.

BioSkop - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien e.V.
Grendplatz 4 • 45276 Essen • Tel.: 0201/51 26 47 • Fax: 0201/51 97 92